

Hinterland

42/2019 4,50 euro



zweiundvierzig

BEHINDERUNG IST REBELLION KÖSKIVAL

DIVERSITY DIFFERENCE
DISABILITY

29.6.-29.9

★ SCHRENKSTR 8

4.7. PARADE

MODENSCHAU

OPEN STAGE

AB 18.00

KÖSKIVAL



gefördert von der
Landeshauptstadt
München



behinderungistrebellion.de

Hinterland



Das Magazin
für kein ruhiges.

Hinterland #42
Sommer 2019

IMPRESSUM

Titel: Matthias Weinzierl, 2019

Herausgeber:
Bayerischer Flüchtlingsrat
Augsburgerstraße 13
80337 München

Verantwortlich für diese Ausgabe:

Başak Özdemir, Marianne Walther
und Pit Kühnöl

Redaktion: Agnes Andrae, Başak Özdemir,
Christine Wolfrum, Florian Schäfer, Joshua
Hamel, Katharina Martl, Marianne Walther,
Matthias Weinzierl, Mohamad Kord, Pit Kühnöl,
Stephan Dünnwald, Tuuli Reiss

(Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wiedergeben.)

Kontakt: redaktion@hinterland-magazin.de

Gestaltung: Matthias Weinzierl, Agnes Andrae

Druck: Ulenspiegel Druck GmbH & Co. KG
Birkenstraße 3, 82346 Andechs

Auflage: 1.700 Stück

Website: Anton Kaun

Anzeigen: anzeigen@hinterland-magazin.de

Jahresabo: 21,00 Euro

Abo-Bestellung: abo@hinterland-magazin.de

www.hinterland-magazin.de

Eigentumsvorbehalt:

Diese Zeitschrift ist solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. Zur Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht ausgehändigt, so ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung in Form eines rechtsmittelfähigen Bescheides zurückzusenden.

Diese Ausgabe wird gefördert von:



UNO
Flüchtlingshilfe

Deutschland
für den UNHCR

„How much is the fish?“

(Scooter)

*Liebe Fragenden und Suchenden,
liebe Leser*innen,*

*die Antwort auf alle Fragen ist da! Ihr haltet sie in
Händen. Das Suchen hat ein Ende und alles bekommt
endlich einen Sinn. Vielleicht ...*

*In seinem Erfolgsroman The Hitchhiker's Guide to the
Galaxy schreibt Douglas Adams, dass „42“ die
Antwort auf alle Fragen, auf die Frage „nach dem
Leben, dem Universum und dem ganzen Rest“ sei.
Und so kann die Hinterland #42 natürlich auch nicht
weniger sein als eben jene Antwort auf alle Fragen. Ja,
das ist ein großes Ziel – und ja, das ist verdammt
nerdy.*

*Doch was sind überhaupt die Fragen, die uns alle
umtreiben? Welche Fragen stellen sich in Damaskus
oder in Tripolis, welche auf Lesbos, welche in Mün-
chen, Kassel oder in Görlitz? Welche Fragen stellen
sich für queere Geflüchtete? Welche Fragen stellen sich
auf dem wochenlangen Weg durch die Sahara?
Welche Fragen stellen sich beim Anblick des rostigen,
seeuntauglichen Seelenverkäufers, der die Strecke über
das Mittelmeer niemals überstehen wird? Welche
Fragen stellen sich, wenn die gewalttätigen Erfül-
lungsgehilf*innen von BIA, Pegida und AfD sich mit
Pistolen bewaffnen und an deiner Tür klingeln?*

*Wie stoppen wir den Klimawandel und wie stoppen
wir die Rechten? Wie überwinden wir Armut, Unge-
rechtigkeit und Kapitalismus?*

*Und dann ist da noch die Frage aller Fragen: Was ist
der Sinn des Lebens? ... Liebe? Kinder? Reichtum?
Anderen Menschen helfen? Oder doch einfach nur so
viel Spaß haben wie möglich? Die Antworten sind so
vielfältig und bunt wie die Menschen es selber sind.
Und manchmal rennen wir ein Leben lang einem Ziel
hinterher, um am Ende zu erkennen, dass alles bloß
ein Irrtum war. Manchmal verkehrt sich Sinn in
Unsinn. Und manchmal wird einfach alles bedeu-
tungslos, wird die große Frage auf eine sehr kleine,
aber bedeutende Antwort heruntergebrochen – und
die Frage nach dem Leben ist die Frage nach dem
reinen Überleben.*

*Doch es müssen auch gar nicht die großen Fragen
über Leben und Tod und das Universum sein –
manchmal sind auch die kleinen Fragen existenziell.
Wo kannst du mit deinem prekären Einkommen noch
Tomaten einkaufen, wenn der Aldi um die Ecke
zumacht? Wieso räumt niemand die Küche nach
Benutzung wieder auf? Was haben der völkische
Trachten-Pseudorocker Andreas Gabalier und die
Münchener Komikerlegende Karl Valentin gemein? Ist
ein Hotdog ein Sandwich? Fragen über Fragen.*

*Eines hatten wir bei all den Fragen allerdings nicht
bedacht: Der im Buch mit der Findung der Antwort
beauftragte Supercomputer Deep Thought benötigte
insgesamt 7,5 Millionen Jahre, um zu einem Ergebnis
zu kommen – vielleicht waren die drei Monate, die
uns für die Erstellung dieses Heftes zur Verfügung
standen, dann doch etwas sportlich gedacht.*

*Und so konnten wir nicht auf alle Fragen eingehen,
die uns so umtreiben. Einige der obigen haben wir
beantworten können. Einige wirklich wichtige blieben
unbeantwortet. Da ist die große Frage des Transzen-
dentalen, nach Gott und der Religion zum Beispiel.
Warum suchen die einen Halt im Glauben, während
andere dem engen Korsett der religiösen Unterdrück-
ung entfliehen wollen? Oder auch die uns alle immer
bewegende Frage nach der Liebe. Was ist die Liebe?
Wo finden wir sie? Und wie verlieren wir sie nicht
wieder?*

*Ja, das alles hätten wir euch noch gerne beantwortet.
Doch liegt nicht gerade auch in der Suche nach dem
Sinn ein Sinn? „Wir müssen uns Sisyphos als einen
glücklichen Menschen vorstellen“, schreibt Camus.
Und so rollen wir wieder den Stein auf den Berg und
stellen uns weiter die großen Fragen. Wenn wir eine
Antwort finden, teilen wir sie euch natürlich mit.*

*Eure Fragensteller*innen von der
Hinterland-Redaktion*



Wir wollen Euch!

Ein Magazin zu machen ist viel Arbeit. Der Dank dafür ist gering und der Lohn nicht vorhanden. Typisch linke maximale Selbstaussbeutung. Der Ruhm muss Lohn genug sein. Doch es ist nicht immer nur Arbeit. Manchmal haben wir sogar Spaß. Ziemlich oft sogar. Und manchmal macht auch die Arbeit Spaß.

Vor ein paar Wochen waren wir zum Beispiel auf Klausurtagung in Berlin, haben dort die Redaktionen der Siegessäule und der taz besucht, haben uns mit einem Redakteur der Jungle World getroffen und uns bei Pizza und Bier über das redaktionelle Arbeiten ausgetauscht. Auch ein paar stimmungsaufhellende Getränke haben wir zu uns genommen. Zum Beispiel in der Tristeza, der Berliner Lieblingskneipe eines Teils unserer Redaktion. Dort durften wir freudig feststellen, dass neben anderen guten Zeitungen und Magazinen auch die Hinterland ausliegt. Ab dann verschwimmen die Erinnerungen ...

Wenn ihr auch Lust habt, euch maximal selbst auszubeuten, wenn ihr Spaß an redaktionellem Arbeiten findet, wenn ihr euch für die Thematik Flucht und Migration und allem, was damit zusammenhängt, interessiert, wenn ihr vielleicht sogar selber einen Fluchthintergrund habt und wenn ihr gerne mit coolen Leuten abhängt – dann schaut doch mal bei uns vorbei.

Meldet euch einfach unter redaktion@hinterland-magazin.de

Wir freuen uns auf Euch!



6	<i>Zitiert & kommentiert</i> Ist die Anarchie ausgebrochen? Von Hubert Heinhold	39	<i>Darf keine Antwort sein.</i> Isolation Fotostrecke von Michael Trammer	82	<i>Darf es eine Duldung zweiter Klasse geben?</i> Antwort der Redaktion: Nein. Von Hubert Heinhold
z w e i u n d v i e r z i g					
7	Ende Gelände?! Fotostrecke Von Michael Trammer	46	<i>Grüne Braune</i> Sind Ökologie und Umweltschutz automatisch links? Von Peter Bierl	84	Wie bringt uns Kunst zusammen? Bilderstrecke von Mirna Salah
14	<i>Im libyschen Fegefeuer</i> Gibt es einen anderen Ausweg als die Hölle? Von Christian Jakob	52	<i>Falsche Freunde</i> Warum hat die populistische Neue Rechte plötzlich so ein Faible für Israel? Von Pit Kühnöl	89	<i>Die Angst vorm Sterben hemmt das Leben</i> Wer ist am Ende da, Frau Verena von Plettenberg? Interview von Christine Wolfrum
17	<i>Aktivismus für Bewegungsfreiheit südlich des Mittelmeers</i> Aus den Augen aus dem Sinn? Von Clara Taxis	58	<i>Im Kopf von Dr. Sommer</i> Wovon träumt der BAMF-Chef eigentlich? Von Human	91	<i>Es gibt keine richtigen Tomaten im falschen Leben</i> Wie kann man im Supermarkt und im Kapitalismus nicht verzweifeln? Von Jan Kavka
23	<i>Zufall und Glück bei der Integration</i> Was entscheidet über Abschiebung und Bleiberecht? Von Florence Choffat	61	<i>Coming Home</i> Wie freiwillig ist die freiwillige Rückkehr, Frau Dr. Inge Kapraun? Interview von Başak Özdemir	94	<i>„Immer denkts in mir“</i> Karl Valentin und die Nazis – ist das noch lustig? Von Florian Feichtmeier
26	<i>„Du bist hier nicht zu Hause“</i> Wie rassistisch ist der Arbeitsmarkt? Von Nikolai Huke und Doreen Bormann	66	<i>Meine Reise, meine Geschichte, mein Sinn</i> Wie führen wir sinnvolle Leben? Von Goodluck Haule	d r d . d e c k t a u f	
30	<i>Antworten auf noch nicht gestellte Fragen</i> Was sollen Eltern ihren Kindern über ihre Fluchterfahrungen erzählen? Von Margarethe Mayer	70	<i>Eine Frage der Menschlichkeit</i> Wie geht es LGBTIQ*-Personen auf der Flucht? Von Vincent Lindig	101	<i>200.000</i> Gibt es dumme Antworten und was hat Horst Seehofer damit zu tun? Von Dr. Stephan Dünwald
32	<i>Cop Culture</i> Hat die Polizei ein Problem mit Rechtsextremist*innen in den eigenen Reihen? Von Pit Kühnöl	73	<i>Angst vor der Zukunft</i> Wie geht es jungen Geflüchteten in Deutschland? Von Tobias Klaus und Johanna Karpenstein	t a n t e t u u l i k o t z t	
		79	<i>Flüchtlingsgespräche #6</i> Wie überlebt man im falschen Land? Von Human	103	<i>Die nach Rechts offene Richter-Skala</i> Gibt es dumme Fragen und was passiert, wenn Sie beantwortet werden müssen? Von Tante Tuuli

„Altmeier will EuGH-Urteil nicht umsetzen“

(Süddeutsche Zeitung vom 21.5.2019)

„Justiz prüft Erzwingungshaft gegen bayerische Politiker“

(Süddeutsche Zeitung vom 27.8.2018)

„Die Abschiebung des Sami A. verhöhnt den Rechtsstaat“

(heise online vom 25.7.2018)

„Verfassungsgericht - kommunaler Ungehorsam“

(Süddeutsche Zeitung vom 27.3.2018)

Von Hubert Heinhold.



Hubert Heinhold
ist Rechtsanwalt und
im Vorstand bei Pro
Asyl

Es häufen sich die Meldungen, dass Verwaltung und Politiker*innen sich weigern, bindende gerichtliche Entscheidungen zu befolgen. Herrn Altmeier passt das Urteil des Europäischen Gerichtshofs nicht, das die Arbeitgeber*innen verpflichtet, die Arbeitszeiten objektiv zu erfassen; die Bayerische Landesregierung will die Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofs über mögliche Diesel-Fahrverbote nicht befolgen und das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge und die Landesregierung Nordrhein-Westfalen tricksen das Verwaltungsgericht aus, um eine politisch erwünschte Abschiebung durchzuführen. Der Höhepunkt – trotz klammheimlicher Sympathie wegen des Gegenstands der Entscheidung (es ging um eine NPD-Wahlkampfveranstaltung) – ist aber, dass sich ein Oberbürgermeister weigert, eine Einstweilige Anordnung des Bundesverfassungsgerichts zu befolgen. Ist die Anarchie ausgebrochen? Kann jeder machen was er will? Sollen wir uns

darüber freuen, weil man uns dann auch nicht mehr den zivilen Ungehorsam gegen menschenrechtswidrige Abschiebungen, „illegales“ Kirchenasyl, Schulschwänzen bei *Fridays for Future* oder Regelverstöße bei Demos et cetera vorwerfen kann?

Irrtum, Freunde.

Hierbei handelt es sich um nichts anderes als um die Arroganz der Macht. Die Herrschaften wollen ihre Interessen (und die ihres Klientels) nicht durch das Prinzip der Gewaltenteilung, obwohl es für die Demokratie konstitutiv ist, beschränken lassen. Sie sehen sich als diejenigen, die die Regeln machen und gegebenenfalls auch ignorieren dürfen.

Orban, Kaczynski und Strache sind nicht allein.<

Ende Gelände?!

Eine Fotostrecke von Michael Trammer





Ende Gelände Aktionswoche

*Das Aktionsbündnis Ende Gelände rief vom 21. bis 23.6.2019 zu Protesten im rheinischen Braunkohlerevier auf. In mehreren Gruppen versuchten Aktivist*innen Infrastruktur und Kohleminen zu erreichen. Circa 800 Personen blockierten am Freitag die Kohlebahn, die das Kraftwerk Neurath und Niederaußem versorgt. Somit war das größte Kraftwerk Deutschlands von der Kohlezufuhr abgeschnitten. Laut dem Bündnis Ende Gelände sind vom Protestcamp in Viersen am Freitagmorgen weitere 2.000 Aktivist*innen losgezogen. Insgesamt waren damit über 6.000 Menschen in Aktion.*



Stillstand

Ein RWE-Mitarbeiter beobachtet die Blockade vom Zug aus

Gegen jeden Widerstand

*Zwei Gruppen von je etwa tausend Menschen drangen am 22.6.2019 in den Tagebau Garzweiler ein, um diesen zu blockieren. Zeitgleich besetzten Aktivist*innen die Hambach Bahn beim Tagebau Hambach. Die Blockade der Kohlebahn nach Neurath blieb auch am Samstag noch aufrecht. Damit hat das Aktionsbündnis alle zentralen Knotenpunkte des Rheinischen Kohlereviere blockiert. Parallel finden mehrere Großdemonstrationen von Fridays for Future, Umweltverbänden und dem Bündnis Alle Dörfer bleiben! direkt am Tagebau Garzweiler statt.*







Blockade im Tagebau Garzweiler
*Im Tagebau stehen die Bagger still und die Polizist*innen Spalier*



“Wir haben dieses Wochenende Klima-Geschichte geschrieben. Noch nie war die Bewegung so vielfältig und noch nie waren wir so entschlossen. Denn die Zeit drängt: Die Klimakrise erfordert einen sofortigen Kohleausstieg. Weil die Politik versagt, haben wir selbst dafür gesorgt, dass die Kohle-Bagger stillstehen“, so Nike Malhaus, Pressesprecherin von Ende Gelände



Im libyschen Fegefeuer

Mit Hilfe zahlreicher Mechanismen stellen die EU-Staaten sicher, dass Migrant*innen und Geflüchtete niemals den Weg von Libyen nach Europa bewältigen. Dort werden sie unter menschenunwürdigen Bedingungen inhaftiert und geraten im Bürgerkrieg direkt in die Schusslinien zwischen den verfeindeten Parteien. Von Christian Jakob.

Kaum jemand lebt so sehr von dem Versprechen, keine Geflüchtete ins Land zu lassen, wie Italiens Innenminister Matteo Salvini. Doch im April und Mai ordnete Salvini an, jeweils rund 150 Männer und Frauen aus Libyen nach Italien zu fliegen. Es war ein weidlich ausgeschlachtetes Manöver im EU-

Wahlkampf. Aber Salvini hätte es kaum erwogen, wenn sich die Lage für die rund 3.300 Menschen, darunter rund 1.300 Kinder, in dem gut Dutzend Internierungslagern des libyschen *Directorate for Combatting Illegal Migration* nicht dramatisch zugespitzt hätte.

Zwischen den Fronten des Bürgerkrieges

Im April hatte die *Libysche Nationale Armee (LNA)* unter dem abtrünnigen General Chalifa Haftar eine Offensive auf Tripolis begonnen. Haftar versucht, den glücklosen Präsidenten Fayiz as-Sarradsch zu entmachten. Dessen Einheitsregierung *Government of National Accord (GNA)* ist zwar international anerkannt, hat aber im Land nur wenig Einfluss. Bis Mitte Juni starben bei den Kämpfen zwischen den LNA- und GNA-treuen Milizen mindestens 460 Menschen, 75.000 Menschen wurden vertrieben.

Schon sehr früh gerieten die internierten, meist subsaharischen Migrant*innen und Geflüchteten zwischen die Fronten. Am 23. April machten erstmals die UN darauf aufmerksam. Fünf der Lager befanden sich in Gebieten, die bereits von den Kämpfen erreicht worden seien, sechs weitere lägen „in unmittelbarer Nähe der Kämpfe“, sagte UN-Sprecher Stéphane Dujarric. Die Situation in diesen Haftanstalten werde „immer verzweifelter“, Wachen würden ihre Posten verlassen und Menschen im Inneren gefangen lassen. In einem der Lager gebe es seit Tagen kein Trinkwasser mehr.

Am Tag zuvor waren Bewaffnete in das berüchtigte Qasr Bin Gashir Lager, 20 Kilometer südlich von Tripolis eingedrungen. Dort waren zu diesem Zeitpunkt rund 900 Gefangene untergebracht. *Ärzte ohne Grenzen (MSF)* berichtete drei Tage später, Insassen seien „erschossen und verletzt“ worden. Nichts rechtfertige einen solchen Angriff auf Zivilist*innen, die in einer Konfliktzone gefangen seien, sagte MSF-Notfallkoordinatorin Karline Kleijer. Die Verurteilung der Gewalt gegen Migrant*innen und Geflüchtete sei „sinnlos, wenn die internationale Gemeinschaft nicht unverzüglich Maßnahmen ergreift, um die verbleibenden Tausend in Sicherheit zu bringen“.

Die libysche Regierung transferierte die Gefangenen aus Qasr Bin Gashir zwei Tage später in das Lager Zawiya. Das liegt etwas weiter entfernt von der Front. Kurz darauf berichtete die irische Journalistin Sally Hayden, dass Insassen aus fünf Lagern zum Kämpfen gezwungen worden seien. Dabei habe es sich um die Camps Abu Salim, Sabaa, Tajoura, Triq al-Sikka und Ain Zara gehandelt. Diese unterstehen teils dem libyschen Staatsrest, teils den Milizen, die auf Seite der Regierungstruppen stehen. Insassen berichteten

Hayden, dass Wachen sie aus den Zellen geholt und gezwungen hätten „an vorderster Front gegen die Armee von General Khalifa Haftar zu kämpfen“, so Hayden. Die Männer hätten Munition transportieren und Waffen laden müssen.

Lippenbekenntnisse der EU

Der *UNHCR (United Nation High Commissioner for Refugees)* hatte nach eigenen Angaben in den folgenden Wochen größte Schwierigkeiten, Zugang zu den Lagern zu erhalten. Es gelang immerhin, einige Hundert der Insassen in eine neue Ausreisereinrichtung bringen. Diese hatte das *UNHCR* im März 2019 nahe Tripolis eröffnet. Die Anlage mit etwa 1.000 Plätzen dient dazu, Geflüchtete unterzubringen, bevor sie über ein *Emergency Transit Mechanism (ETM)* genanntes Programm nach Niger oder nach Europa evakuiert werden. Am 19. April konnte das *UNHCR* 163, am 20. Juni dann weitere 131 Geflüchtete von dort nach Niamey, die Hauptstadt von Niger, ausfliegen.

Mit dem im Wesentlichen von der EU bezahlten *ETM* versucht Brüssel einem der wohl schwerwiegendsten Vorwürfe zu begegnen, der ihr heute gemacht wird: dass das Martyrium tausender Menschen in den

Die Lager in Libyen gehören zu den gefährlichsten Orten für Geflüchtete auf der Welt

libyschen Lagern Baustein ihrer Migrationsabwehr ist. Im März behauptete die EU-Kommission in einem Videoclip, dass sie keine „Migranten nach Libyen zurückschickt“. Allerdings, und das verschweigt der Clip, bezahlt die EU seit 2017 Libyen dafür, dass dessen Küstenwache die Menschen aufhält. Danach werden sie wieder in die Lager eingesperrt. Auch dass die EU die Bedingungen dort „stillschweigend dulde“, sei ein „Mythos“, heißt es in dem Video. Stattdessen arbeite sie „unermüdlich“ daran „Migranten aus Libyen zu evakuieren und aus der Haft zu befreien.“

Tatsächlich bezahlt die EU auch die UN-Organisationen *IOM (International Organization for Migration)* und *UNHCR* dafür, dass sie die Gefangenen wieder aus der Gefangenschaft herausholt. Doch sie aus den Lagern zu befreien ist wesentlich schwieriger, als dafür

Christian Jakob
ist Redakteur bei
der taz und lebt in
Berlin. Im Oktober
erscheint von ihm:
Angriff auf Europa.
Die Internationale
des Rechtspopulis-
mus im Ch. Links-
Verlag

zu sorgen, dass sie hineinkommen. Das liegt auch daran, dass eine Rückkehr in ihr Herkunftsland nur für jene möglich ist, die aus halbwegs sicheren, friedlichen Ländern stammen – etwa Senegal oder Togo. Über 30.000 Migrant*innen hat die *IOM* seit 2017 auf EU-Kosten aus Libyen in solche Länder ausgeflogen, 1.500 Euro Existenzgründungszuschuss inklusive. „Geförderte Rückkehr“ heißt das.

Doch Geflüchtete aus Sudan oder Eritrea kann die UN nicht zurückfliegen. Dort, wo sie herkommen, ist es zu gefährlich für sie. Deshalb konnte das *UNHCR* von Ende 2017 bis Mitte Juni nur 4.239 von etwa 55.500 in Libyen registrierten Geflüchteten evakuieren. Priorität haben diejenigen, die in den Lagern untergebracht sind. Knapp 1.300 kamen nach Europa, der Rest nach Niger. Doch für diese Befreiten ist Niger nur eine Zwischenstation, sie werden hier geparkt. Die Regierung will nicht, dass sie im Land bleiben. Sie sind vorerst gerettet, aber in einem Niemandsland des internationalen Flüchtlingsschutzes.

Aufnahmeland haben nur rund 3.600 Plätze bereitgestellt, davon Deutschland 600. Niger will offiziell nicht mehr als 1.000 Evakuierte ins Land lassen. Und Libyen lässt in der Regel nur Menschen aus den Lagern, die das *UNHCR* noch am selben Tag ins Flugzeug setzt. Der Weg aus der Hölle der Lager ist ein sehr schmaler Pfad.

Blockade sicherer Häfen

Dass sich die Regierung in Niamey überhaupt auf das *ETM*-Projekt eingelassen hat, ist nicht selbstverständlich. Kein anderes Land der Welt wollte dem *UNHCR* als Parkplatz für die Evakuierten dienen. Und das dünn besiedelte Land hat derzeit ohnehin ein gewaltiges eigenes Flüchtlingsproblem: Fast 370.000 Vertriebene gibt es im Land. Allein 170.000 Menschen mussten zuletzt vor Islamisten aus Mali und Nigeria nach Niger fliehen, fast genauso viele Niger*innen flüchteten nach Überfällen von Dschihadist*innen aus den Grenzregionen zu Burkina Faso und Nigeria ins Landesinnere.

Dass die Regierung in Niamey trotzdem noch die Evakuierten aus Libyen aufgenommen hat, dürfte im Wesentlichen daran liegen, dass Niger seit 2017 Hilfszahlungen von über einer Milliarde Euro aus Europa zugesagt wurden. Entsprechend ist man in Niamey um ein weiterhin gutes Verhältnis zu Brüssel bemüht. Doch Niger hat Bedingungen gestellt. Eine davon: Bevor die Evakuierten wieder ausreisen können, muss auch die nigrische Asylkommission

feststellen, ob die Person tatsächlich Schutz braucht. Es ist eine vollkommen überflüssige Schleife, auf die Niger dennoch besteht – wohl, um seine Souveränität in dem internationalen Flüchtlingsverteilsystem auf seinem Territorium zu betonen.

Der UN-Hochkommissar für Flüchtlinge, Filippo Grandi, sagte bei der Vorstellung des Weltflüchtlingsberichts in Berlin, die Lager in Libyen gehörten zu den gefährlichsten Orten für Geflüchtete und Migrant*innen auf der Welt. Die EU müsse mehr Aufnahmeplätze für das *ETM* bereitstellen.

Insgesamt halten sich mittlerweile 700.000 bis 800.000 afrikanische Migrant*innen und Geflüchtete in Libyen auf. Viele erwarten, dass ein Teil von ihnen versuchen wird, nach Europa zu gelangen. Doch vor der Küste halten sich kaum noch Rettungsschiffe auf. Und die, die vor Ort sind, können Gerettete kaum noch an Land bringen – weder in Südeuropa, noch in Tunesien.

Die EU verhandelt deshalb seit Monaten über eine Koalition der Willigen – eine Gruppe von Staaten, die prinzipiell bereit wäre, Gerettete aus Seenot aufzunehmen, so dass sie nicht in Italien blieben. Auch Deutschland zählt zu diesen Staaten. Auftrieb bekommen hat das Projekt auch durch die Mitte Juni verabschiedete Erklärung von über 50 deutschen Städten und Gemeinden, „Sichere Häfen“ zu werden. Sie kündigten schriftlich ihre Bereitschaft zur Aufnahme beim Bundesinnenministerium an. Bislang scheitert eine Einigung über einen Verteilmechanismus allerdings daran, dass manche EU-Staaten, darunter Deutschland, nur Geflüchte mit hoher Asyl-Wahrscheinlichkeit aufnehmen wollen, also etwa Somalis und Syrer*innen, aber keine Westafrikaner*innen. Andere Staaten sind der Auffassung, ein solcher Mechanismus sei nur sinnvoll, wenn zunächst die gesamte Gruppe der Geflüchteten aufgeteilt und dann individuell über ihren weiteren Aufenthalt entschieden werde.<



Sensibilisieren - Dokumentieren - Retten

*Hauptziel des Alarmphone Sahara ist die Rechte von Migrant*innen zu schützen*



Radio, what's new?

Die Sensibilisierung geschieht unter anderen über Ibrahim Manzo Diallos Radio. In staatlichen Quellen wird oft nicht adäquat berichtet

Aus den Augen aus dem Sinn?

Aktivismus für Bewegungsfreiheit südlich des Mittelmeers

Die horrend gefährlichen und unmenschlichen Bedingungen fliehender Menschen in Europa und vor allem auf dem Mittelmeer finden zum Teil ihren Weg in die Medienberichterstattung, wenn auch noch bedeutend weniger, als es angebracht wäre. Doch die Informationslage, wie schwer es die fliehenden Menschen auf dem afrikanischen Kontinent selbst haben, ist noch bedeutend schlechter. Um gegen diesen Missstand vorzugehen, gründete sich das *Alarm Phone Sahara*, von dem Clara Taxis berichtet.

Viele von uns engagieren sich auf verschiedenste Art für Menschen auf der Flucht. Der Kampf um die Seenotrettung auf dem Mittelmeer hat darunter die besondere Rolle, dass er im Scheinwerferlicht der europäischen Öffentlichkeit stattfindet. Trotzdem gerät oft aus dem Blick, dass viele Menschen die Mittelmeerküste erst gar nicht erreichen, da sie bereits in der Sahara auf europäische Grenzschutzmaßnahmen stoßen – für manche bedeutet das den Tod in der Wüste. Wie kann man als Aktivist*in auf diese Situation reagieren?

Das migrationspolitische Interesse und Engagement der EU in den subsaharischen Ländern Afrikas wächst seit 2011 stetig an. Trotzdem blieben die Migrationsbewegungen durch die Sahara bis 2015 weitgehend legal, da die Abkommen der *ECOWAS* (Economic Community of West African States) Bewegungsfreiheit garantieren. Dieses Recht wird seit 2015 jedoch stark eingeschränkt, da die EU immer weitere Abkommen mit den subsaharischen Staaten schließt, die finanzielle Unterstützung an strengere Grenzkontrollen und die Kriminalisierung von Migration knüpft. Im Falle des Nigers wurde 2015 erstmals ein Gesetz verabschiedet, das jede Beförderung von Migrant*innen kriminalisiert.

Das Projekt *Alarm Phone Sahara* als Reaktion

Die Idee für das Projekt entstand Ende 2016 aus dem Netzwerk *afrique-europe interact* und dem *Watch the Med Alarmphone Mediterranean*. Es verbindet Aktivist*innen in verschiedenen subsaharischen, nordafrikanischen und europäischen Ländern. Hauptziel ist es, die Rechte der Migrant*innen zu schützen. Das Motto lautet: „Sensibilisierung – Dokumentation – Rettung“. Zu diesem Zweck wurde ein Büro von Aktivist*innen in der Stadt Agadez im Niger eingerichtet, die für viele als Startpunkt für die Durchquerung der Sahara dient. Ibrahim Manzo Diallo ist einer der Aktivisten vor Ort. Er ist Gründer einer Zeitung und eines Radiosenders, die für das *Alarm Phone Sahara* zentral sind.

Auch Agadez ist von der Externalisierung der EU-Außengrenzen und der Illegalisierung der Migration betroffen. Die lokale Ökonomie ist stark beschädigt, da kaum mehr Menschen durch Agadez reisen beziehungsweise dies nur noch illegal und damit möglichst unsichtbar tun können. Ibrahim Manzo Diallo befürchtet, dass die vielen, vor allem jungen Menschen, die durch die Kriminalisierung der Beförderung und Versorgung von Migrant*innen arbeits-

Clara Taxis
studiert Internationale Migration und Interkulturelle Beziehungen und fühlt sich am Mittelmeer zu Hause

los geworden sind, sich bewaffneten Gruppen anschließen könnten. Er spricht diesbezüglich von bis zu 7500 Menschen, die durch die neuen Gesetze arbeitslos wurden. Die EU Gelder zur Kompensation bleiben meist in der Hauptstadt des Nigers, in Niamey, hängen und haben nur circa 300 von ihnen erreicht. Ibrahim fordert:

„Was getan werden müsste, um die Dynamiken zu ändern ist: Der Jugend Hoffnung geben. Es muss ihnen eine annehmbare Zukunft zu Hause garantiert werden. Dazu muss „good governance“ unterstützt und angeregt werden. Ernsthaft und nicht, wie es im Moment geschieht, nur die Demokratie preisen und sie fordern, während die Diktatoren freundschaftlich umarmt und an der Macht gehalten werden.“

Seine Kritik an der europäischen Politik im subsaharischen Afrika ist scharf, da sie sich nicht an langfristigen Perspektiven und auch nicht an der lokalen Gesellschaft vor Ort orientiert, sondern an den Wahlkampfkonstellationen in Europa: „Das politische Europa sollte Afrika seine eigenen Wege suchen lassen und es aus den eigenen Fehlern lernen lassen“, so der Aktivist.

Information und Aufklärung

Das erste Ziel der Organisation, die Sensibilisierung, geschieht unter anderem über Ibrahim Manzo Diallos Radio. Es werden Informationen für Migrant*innen veröffentlicht, gleichzeitig soll aber auch die lokale Bevölkerung darüber aufgeklärt werden, was in der Wüste nördlich der Stadt geschieht. In staatlichen Quellen wird darüber nicht adäquat berichtet. Den Aktivist*innen in Agadez ist es wichtig, dass die Menschen ihre Entscheidung, in Richtung Sahara weiterzureisen, nicht auf Basis von falschen oder fehlenden Informationen treffen. Es gibt verschiedene Gruppen von Migrant*innen, die durch Agadez kommen oder auch dort stranden. Einerseits diejenigen, die auf ihrem Weg Richtung Norden sind. Sie kommen meist aus angrenzenden Staaten wie Nigeria und Kamerun, aber auch aus Ländern, die weiter westlich liegen. Auf der anderen Seite kam es in den letzten Monaten wiederholt zu Bewegungen in die entgegengesetzte Richtung. Algerien sorgte seit Anfang des Jahres durch gewaltsame Abschiebungen teilweise anerkannter Geflüchteter und anderer Migrant*innen für Aufsehen. Die Menschen wurden in der Wüste

ausgesetzt und erreichten die nigrische Grenze zu Fuß. Gleichzeitig evakuieren die *IOM* (Internationale Organisation für Migration) und der *UNHCR* (United Nations High Commissioner for Refugees) Menschen aus den Haftlagern in Libyen und bringen sie zeitweilig in Agadez unter, welches vor der Kriminalisierung als Drehscheibe oder Knotenpunkt bezeichnet wurde. Dieser Ort wird zunehmend zur Endstation für viele Menschen auf der Flucht.

Die Arbeit des *Alarm Phones Sahara* besteht neben der Aufklärung der Migrierenden aus der Dokumentation der Menschenrechtsverletzungen an den Migrant*innen. So werden nach Möglichkeit Fotos gemacht und die genauen Ortsangaben der in der Wüste Verunglückten dokumentiert. Das dritte Ziel von *APS*, die Rettung, ist derzeit nicht möglich. Sechs Monate lang unterstützte *Medico International* das Projekt, was die Lokalisierung vereinfachte und auch die Rettung von Migrant*innen in der Wüste erlaubte. Seit dem Auslaufen dieser Kooperation suchen Ibrahim Manzo Diallo und seine Kolleg*innen nach neuen Finanzierungsmöglichkeiten. Da momentan keine Rettungen möglich sind, versucht das Netzwerk die Autoritäten zu alarmieren, wenn sie von gestrandeten

Wenn die Staaten auf den Menschenrechten herumtrampeln, wie sollen sie dann von Individuen respektiert werden?

ten Migrant*innen kontaktiert werden. Diese informieren wiederum die *IOM*. Die Rettung ist für die Migrant*innen jedoch gleichzeitig das Ende ihrer Reise, da sie im Anschluss zur Rückkehr in ihre Heimatländer bewegt werden oder in Auffanglagern der internationalen Organisationen bleiben müssen.

Die Verantwortung liegt bei uns allen

Ibrahims Kritik bezieht sich deswegen nicht nur auf die europäischen, sondern auch auf den nigrischen Staat, der sich in seinen Worten „zur Grenzpolizei Europas“ machen lässt: „Der Preis ist die panafrikanische Mobilität, die die einzige Hoffnung auf Selbstentwicklung ist.“ Er fragt: „Wenn die Staaten auf den Menschenrechten herumtrampeln, wie sollen sie dann von Individuen respektiert werden?“

Abgesehen von der staatlichen Verantwortung sieht Ibrahim Manzo Diallo auch die europäische Öffentlichkeit in der Pflicht: „Ihr und wir haben ein gemeinsames Ziel: Darüber reden, was passiert. Wir müssen die Leute aufklären und sensibilisieren – bis sie irgendwann sagen: Nicht in meinem Namen! Und nicht mit meinen Steuergeldern!“.

Trotz der Dramatik und dem berechtigtem Fokus auf die Situation im Mittelmeer sollten wir die Etappen der Menschen, die vor dem Mittelmeer liegen, nicht aus den Augen verlieren. Es liegt in unserer Verantwortung, die Politik unserer Regierungen zu beobachten, zu dokumentieren und ihr zu widersprechen!<

Spendenkonto für das Alarm Phone Sahara:

Name: Globale Gerechtigkeit e.V.

Kontonummer: 2032 237 300 Bank: GLS Gemeinschaftsbank

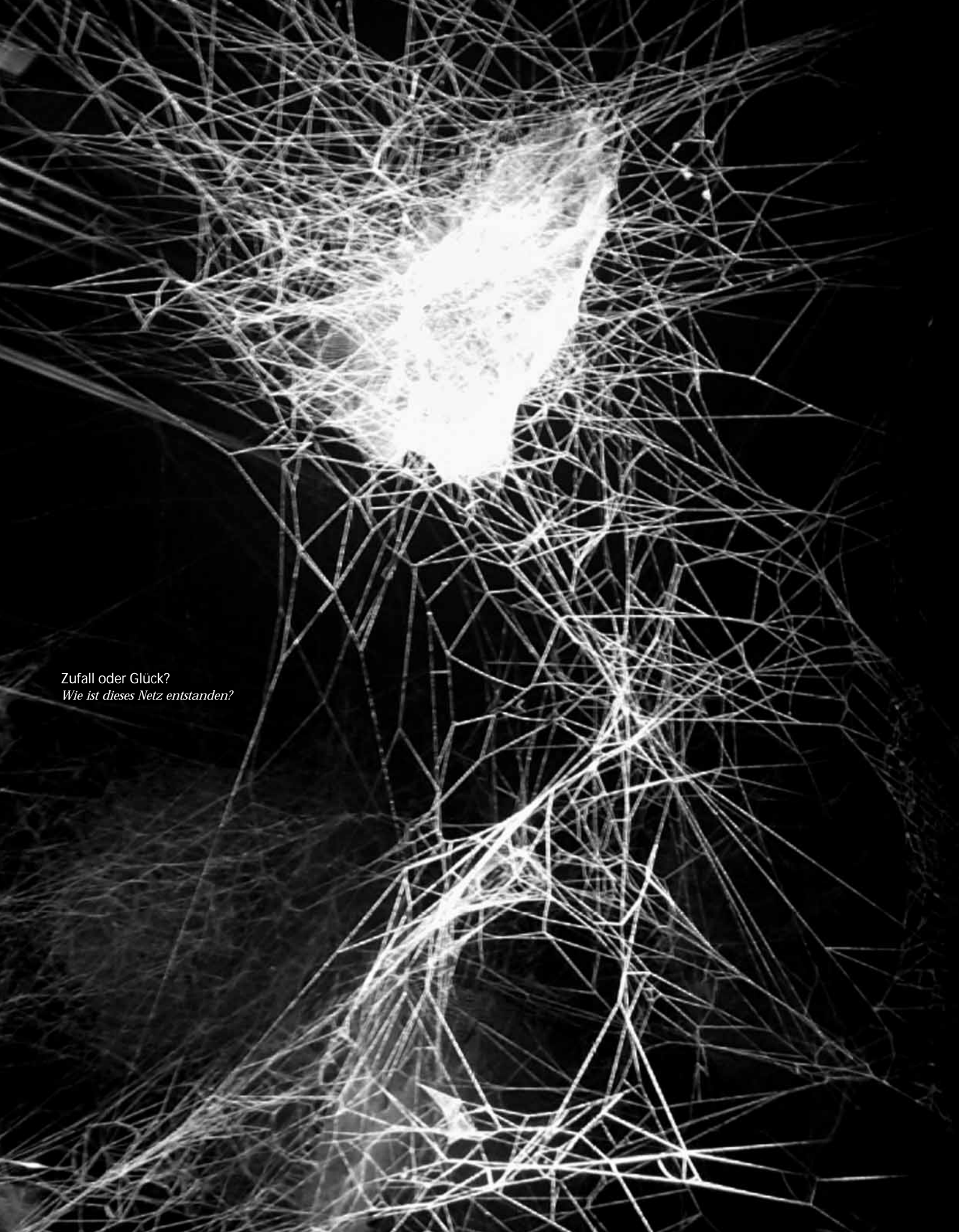
BLZ: 430 609 67

IBAN: DE67 4306 0967 2032 2373 00

BIC: GENODEM1GLS

Als Verwendungszweck kann das APS angegeben werden.





Zufall oder Glück?
Wie ist dieses Netz entstanden?

Zufall und Glück bei der Integration

Die Prozesse, wie es zu Abschiebungen, Abschiebehaft oder einer Aufenthaltserlaubnis kommt, scheinen in Deutschland und Bayern äußerst schleierhaft. Die Hintergründe sind in vielen Fällen absolut nicht nachvollziehbar. Das Fallbeispiel soll diese diffusen Prozesse illustrieren. Von Florence Choffat.

Im Fachdienst Integrationsbegleitung unterstützen wir neuzugewanderte Jugendliche und junge Erwachsene unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus bei ihrer Ausbildungs- und Arbeitssuche. Der Asylstatus beeinflusst maßgeblich die Möglichkeiten, die Geflüchtete in Deutschland haben: Zum Beispiel, ob sie einen Deutschkurs finanziert bekommen, eine eigene Wohnung beziehen können oder arbeiten dürfen. Das ist bekannt. Dass sich aber für Jugendliche mit gleichem Asylstatus oftmals durch Zufall und Glück ganz andere Perspektiven eröffnen, wird dagegen kaum thematisiert. In unserer täglichen Arbeit werden wir damit regelmäßig konfrontiert. Der Wohnort, die Ausländerbehörde, der Zugang zu Informationen und zu Anwält*innen spielen eine zentrale Rolle, aber die Geflüchteten haben darauf kaum einen Einfluss. Zur Illustration dieser Problematik werde ich mich im Folgenden auf zwei Beispiele beziehen. Anhand der Laufbahn zweier Jugendlicher mit ähnlichen Biografien und Voraussetzungen lässt sich zeigen, wie durch Zufall und Glück ihr Leben in Bayern einen radikal anderen Weg eingeschlagen hat.

Zufälliger Erfolg durch eine Entscheidung

A. Hamidi* aus Afghanistan kam im Oktober 2015 über die Balkanroute nach Deutschland. Er konnte in seiner Sprache lesen und schreiben, hatte aber noch nie eine Schule besucht. Im Februar 2016 wurde er in Deutschland eingeschult und besuchte die Berufsintegrationsklasse einer Berufsschule. Auf Anraten eines Anwaltes hinsichtlich seiner Bleibeperspektiven entschloss er sich, im Dezember 2016 bereits nach einem dreiviertel Jahr Schulbesuchs eine Ausbildung als Hotelfachmann zu beginnen. Es wurde ihm jedoch verschiedentlich davon abgeraten, da seine damaligen Deutschkenntnisse wenig Hoffnung auf den erfolgreichen Abschluss einer dualen Ausbildung böten. Doch zum Glück willigte sein Vormund ein, und A. Hamidi beantragte die Arbeitserlaubnis für die Ausbildung bei der zuständigen Ausländerbehörde. Zu dieser Zeit hatte A. Hamidi bereits einen Asylantrag gestellt, aber die Entscheidung darüber lag noch nicht vor. Die Arbeitserlaubnis für die Ausbildung wurde problemlos erteilt. Es war ausreichend, einen Ausbildungsvertrag vorzulegen. Weder Geburtsurkunde noch

Schulnoten waren dafür nötig. Der Asylantrag wurde circa ein Jahr später abgelehnt. Daraufhin beantragte A. Hamidi eine Ausbildungsduldung, die ihm wiederum problemlos genehmigt wurde. Er hatte mittlerweile die geforderte Geburtsurkunde zur Identitätsklärung beschaffen können und es lagen auch keine Straftaten vor. Nach Noten wurde er erneut nicht gefragt. A. Hamidi ist mittlerweile im 3. Ausbildungsjahr und wird seine Gesellenprüfung statt nach den regulären 3 Jahren schon nach 2,5 Jahren ablegen. Anschließend wird er die Aufenthaltserlaubnis für qualifizierte Geduldete beantragen. Einer sicheren Bleibeperspektive in Deutschland steht dann nichts mehr im Wege. A. Hamidi hat es geschafft!

Florence Choffat
arbeitet im Fach-
dienst Integrations-
begleitung des
Caritasverbandes für
Stadt und Landkreis
Passau

A. Hamidi hat durch Zufall und Glück die richtige Entscheidung getroffen. Hätte er die Berufsschule regulär erst nach zwei Jahren im Februar 2018 abgeschlossen, wäre ihm zu diesem späteren Zeitpunkt die Arbeitserlaubnis verweigert worden. Bei Geflüchteten aus Ländern mit geringer Bleibeperspektive, deren Asylantrag abgelehnt wurde und die sich im Klageverfahren befinden, verlangt die Ausländerbehörde nämlich das Original der Geburtsurkunde, keine Straftaten, gute Integration und überdurchschnittlich gute Schulnoten. Die Arbeitserlaubnis wäre an der damals noch fehlenden Geburtsurkunde gescheitert.

Die Forderungen der Ausländerbehörde hören sich zunächst relativ vernünftig an. Trotzdem stellt sich die Frage, wie besorgt sich zum Beispiel ein Afghane, der noch nie eine Geburtsurkunde besessen hat und dessen Eltern illegal im Iran leben, eine Geburtsurkunde? Es ist zwar in den meisten Fällen möglich, aber es benötigt viel Zeit, Geld und Ausdauervermögen. Zum Straftäter wird man bereits durch Schwarzfahren oder wenn man unter Jugendlichen in eine Schlägerei verwickelt wird. Gut integriert heißt nicht nur gute Deutschkenntnisse vorzuweisen und in Deutschland arbeiten zu wollen, sondern zum Beispiel auch Mitglied in einem Verein zu sein oder sich ehrenamtlich zu engagieren. Und wenn man nur wenig oder nie eine Schule im Heimatland besucht hat, ist es dann nicht eine unglaubliche Leistung nach zwei Jahren in Deutschland den Mittelschulabschluss zu erlangen, wenn auch mit einer Note Drei oder Vier im Zeugnis? Betrachtet man Lebenserfahrungen und Lebensumstände, ist es schon erstaunlich, was so ein Mensch in

zwei bis drei Jahren erreicht, wenn man ihm die Chance gibt sich weiterzubilden.

Ein Fall mit weniger Glück:
Wenn die Restriktionen greifen

Die Geschichte von A. Ahmedi* aus Afghanistan, der ebenfalls 2015 nach Deutschland kam, ist eine andere. Wie A. Hamidi hatte auch er in seinem Land kaum eine Schule besucht, da er schon früh arbeiten musste. In Deutschland besuchte er die regulär vorgesehenen 2 Jahre Berufsintegrationsklasse der Berufsschule, erlangte den Mittelschulabschluss und bekam eine Ausbildungsstelle als Zimmerer. Diese konnte er allerdings im Gegensatz zu A. Hamidi nicht antreten,

Wie besorgt sich ein Afghane eine Geburtsurkunde, die er noch nie besessen hat?

da sein Asylantrag zu der Zeit schon einmal abgelehnt worden war und er sich im Klageverfahren befand. Laut zuständiger Ausländerbehörde haben Afghan*innen im Klageverfahren eine geringe Bleibeperspektive. Jedoch wissen wir, dass 2018 58 Prozent der von Afghan*innen bei den Verwaltungsgerichten eingegangenen Klagen erfolgreich waren, das heißt, die Asylbescheide waren fehlerhaft. Aufgrund der angenommenen Bleibeperspektive verlangte die Ausländerbehörde von A. Ahmedi eine Geburtsurkunde, die er zwar beantragt hatte, die aber noch nicht vorlag. Ohne Geburtsurkunde keine Arbeitserlaubnis. Zudem reichten seine Noten im erlangten Mittelschulabschluss nicht aus, sie waren nicht außergewöhnlich gut. In ihrem Ermessen beschloss die Ausländerbehörde, keine Arbeitserlaubnis zu erteilen. Hingegen verlangen andere Ausländerbehörden im Klageverfahren ausschließlich einen Ausbildungsvertrag.

A. Ahmedi war der Weg versperrt. Außer rumsitzen und warten blieb ihm nichts übrig. Seine Klage wurde abgelehnt. Er landete nach über einem Jahr Hoffen und Bangen in Abschiebehaft. Er war gerade 18 Jahre alt, und es lagen keine Straftaten vor.

A. Hamidi und A. Ahmedi haben ähnliche Biografien, jedoch der Zufall wollte, dass der eine die Arbeitserlaubnis für die Ausbildung bekam und heute gut

integriert ist, während sie dem anderen nicht erteilt wurde und er so Perspektivlosigkeit und Angst vor Abschiebung ausgesetzt wurde.

Es bleibt Ratlosigkeit

Bayern ist das restriktivste Bundesland, was die Erteilung einer Arbeitserlaubnis anbelangt. Das Gefühl der Ungerechtigkeit ist groß, wenn die gut integrierten aber perspektivlosen jungen Erwachsenen hören, wie einfach ihren Freund*innen und Bekannten, die durch Zufall anderen Bundesländern zugeteilt wurden, Arbeitserlaubnisse erteilt werden.

Bayern kann sich mit den Berufsintegrationsklassen rühmen, das beste Schulsystem für Geflüchtete und die geringste Arbeitslosigkeit in Deutschland zu haben. Junge Geflüchtete werden also bestens für den Arbeitsmarkt vorbereitet, der sie dringend braucht. Traurig ist hingegen der Ruhm, die radikalste Abschiebe- und Abschreckungspolitik zu betreiben. Viele junge Geflüchtete sind, wie A. Hamidi und A. Ahmedi, diesen beiden an Willkür grenzenden Entscheidungen ausgesetzt.

Am Ende stellt sich die Frage, was ist für Deutschland und die Betroffenen wünschenswert: Das Schicksal von A. Hamidi oder das von A. Ahmedi? Und was bedeutet das für unseren Rechtsstaat, wenn Zufall und Glück so einen wichtigen Platz einnehmen? <

**Namen geändert*

„Du bist hier nicht zu Hause“

Im Rahmen des Forschungsprojekts *Willkommenskultur und Demokratie in Deutschland* haben wir mit Geflüchteten, Behörden und Beratungsstellen über den Prozess der Arbeitsmarktintegration gesprochen. Dabei wurde deutlich, dass Geflüchtete in einigen Betrieben rassistischer Ausgrenzung und Diskriminierung ausgesetzt sind. Von Nikolai Huke und Doreen Bormann.

In Betrieben sind Geflüchtete beim Berufseinstieg in einigen Fällen aggressiver rassistischer Diskriminierung und Ausgrenzung durch Kund*innen oder Kolleg*innen ausgesetzt. Eine erfolgreiche Integration in den Arbeitsmarkt wird dadurch teilweise deutlich erschwert oder sogar verunmöglicht. „Es ist ein raues Klima im Handwerk“, stellt eine Beratungsstellenmitarbeiterin aus Baden-Württemberg fest, „gerade als Schwarzer Mensch muss man schon ein dickes Fell haben. Als Azubi sowieso und dann noch als Schwarzer, da bist du ganz unten in der Hierarchie.“

Alltagsrassismus ist dabei nicht immer klar von Ausbeutung und Diskriminierung aufgrund (formeller oder informeller) betrieblicher Hierarchien zu unterscheiden, erklärt der Mitarbeiter einer Beratungsstelle in Sachsen: „Alltagsrassismus ist oft ziemlich implizit. Ich habe hier keine Geschichten, wo ein Mitarbeiter ‚Affe‘ genannt wurde oder sowas. Eher, dass man das Gefühl hat, man wird ein bisschen ausgegrenzt: Man wird nicht in die Gespräche der anderen Mitarbeiter so richtig mit inkludiert. Man wird vielleicht extra viel an der Spüle eingesetzt. Es wird erwartet, dass du weiterarbeitest, wenn die anderen eine Pause machen. Dass man Überstunden macht. Man wird ein bisschen abfällig behandelt, ohne dass explizit rassistische Kommentare kommen.“

Es sei daher im Einzelfall schwer zu sagen, ob es sich um Rassismus handle oder einfach nur um Ausbeutung. Geflüchtete, stellt ein Mitarbeiter einer Hamburger Berufsschule uns gegenüber fest, müssten in

Ausbildungsbetrieben teilweise „auf gut deutsch gesagt die Drecksarbeit leisten“ und das sei auch diskriminierend.

Geduldete Schikane

Es gebe in Betrieben jedoch auch Fälle offen rassistischer Diskriminierung, erzählt uns ein Mitarbeiter einer anderen sächsischen Beratungsstelle. Er berichtet uns von einem Fall von rassistischem Mobbing aus Ostsachsen: „Das ist so richtige Schikane, dass dann der Schrank zugeklebt wird und Aufkleber drangemacht werden. ‚Du bist hier nicht zu Hause‘. Also diese typischen AfD-Aufkleber.“

Von Vorgesetzten wird Rassismus in einigen Fällen toleriert oder geduldet, erzählt uns die Mitarbeiterin der Beratungsstelle in Baden-Württemberg. „Ich betreue gerade einen Jugendlichen, der hat eine Einstiegsqualifizierung gemacht, Maler und Lackierer, und macht jetzt im selben Betrieb die Ausbildung und da habe ich das mitverfolgt, wie dieser Rassismus in den Betrieben ist: unglaublich! Dass die Leute geschützt werden vom Chef“, stellt sie fest. „Der macht sicherlich Sachen falsch, wie jeder Auszubildende, der ist ja da, um Sachen zu lernen. Und dann ist er aber Schwarz und wenn Menschen Schwarz sind, dann wird doppelt hingeguckt und dann heißt es, ‚der Afrikaner‘ kann halt nichts. Und das ist bei ihm auch passiert, dass ein Kollege dann gesagt hat: ‚mit dem Depp, mit dem Neger will ich nicht mehr zusammenarbeiten. Das ist ein Hampelmann, der kann nichts‘.“



MACH
MEINEN
KUMPEL
NICHT
AN!

Und dann hat das wie so ein Feuer um sich gegriffen, dann haben immer mehr Leute gesagt, mit dem wollen sie nicht mehr arbeiten. Und die Chefs, die decken dann ihre langjährigen Mitarbeiter. Ist ja nicht so, dass die sagen: ‚Das ist Rassismus, das will ich hier nicht haben.‘“

Rassismus und Ratlosigkeit

Andere Betriebe nehmen offenen Rassismus von Teilen der Belegschaft hingegen durchaus als Problem wahr, auch da sie aufgrund von Bewerbermangel für Lehrstellen auf Beschäftigte mit Fluchthintergrund angewiesen sind. Sie sind jedoch ratlos, wie sie mit rassistischen Vorfällen umgehen sollen, berichtet die Mitarbeiterin einer Hamburger Beratungsstelle. Es habe Fälle gegeben, in denen Jugendliche Praxismaßnahmen im Betrieb gemacht haben, die Arbeitgeber*innen von ihnen begeistert gewesen seien und sie gerne halten wollten. Ein Arbeitgeber habe daraufhin angerufen und gesagt: „Das kann ich nicht machen, wir haben hier eine ganz große Baustelle im Betrieb, die mir vorher nicht bewusst gewesen ist, aber zwei Mitarbeiter äußern sich dermaßen rassistisch gegenüber dem Praktikanten, das kann ich dem nicht antun, dass der bei mir in die Ausbildung geht. Ich kann ja auch nicht Mitarbeiter für einen Praktikanten entlassen.“ Dadurch habe sich ein ganz neues Themenfeld für den Arbeitgeber aufgetan, „zu sagen: ‚Ich habe doch auch den Wunsch an Haltung und an Umgang miteinander, weil sich auch Belegschaft verändern wird.‘“

Nikolai Huke und Doreen Bormann arbeiten im durch das BMBF geförderten Projekt Willkommenskultur und Demokratie in Deutschland

In Extremfällen stehen Arbeitgeber*innen rassistischen Belegschaften vollkommen hilflos gegenüber, berichtet uns ein Beratungsstellenmitarbeiter aus Sachsen: „Wir beobachten, dass es sinnvoll wäre, die Einstellung von Geflüchteten mit der Belegschaft zu besprechen. Als Geschäftsführer machst du dir da im Vorhinein nicht so einen großen Kopf, erst wenn du vor die Herausforderung gestellt bist, weil deine Belegschaft in irgendeiner Weise reagiert, die du nicht erwartet hast. Das ist zum Teil ein Problem, dass ein Geflüchteter super arbeitet, gute Arbeitszeugnisse bekommt, pünktlich ist, was auch immer. Die Leitungsebene ist zufrieden, aber im zwischenmenschlichen Bereich funktioniert es unter den Kolleginnen und Kollegen nicht. Gerade bei etwas kleineren Betrieben. Wir hatten zwei Fälle, wo die Belegschaft geschlossen auf

den Geschäftsführer zugegangen ist und gesagt hat: ‚Hör mal, wir wollen das nicht‘. Und die Entscheidung ist, wenn du halt acht, neun Mann hast ... Der saß weinend und sich erklärend uns gegenüber. Aber der sagte: ‚Du, das ist mein Leben, das ist meine Firma. Ich kann nicht einen beschäftigen und neun rauswerfen.‘“

Manche Betriebe zeigen Haltung

Dass Betriebe in Konfliktfällen aber auch konsequent Haltung gegen Rassismus zeigen können, verdeutlicht ein anderes Beispiel, von dem uns die Beratungsstellenmitarbeiterin aus Hamburg berichtet: „Der junge Mann saß damals in Abschiebehaft. Der Betrieb kannte den jungen Menschen gar nicht, sondern nur vom Hörensagen und hat ihm den Ausbildungsplatz ungesehen angeboten, was ein Glücksgriff war, für den einen wie für den anderen.“ Die kleine Glaserei in einem kleinen Stadtteil, die den Geflüchteten als Auszubildenden einstellte, bringt unter anderem Spiegel in Badezimmern an. Eine Frau habe daraufhin den Betrieb angerufen: „Sie kommen dann ja zum Spiegel anbringen, aber ich möchte nicht, dass sie den Schwarzen da mitbringen. Der kommt mir nicht in die Wohnung.“

Der Betrieb habe diese rassistische Ausgrenzung jedoch nicht akzeptiert, sondern dem Geflüchteten den Rücken gestärkt: „Dann muss Frau Müller-Meier-Schmidt sich halt eine andere Glaserei suchen. Das ist

Rassistische Übergriffe untergraben im Betrieb die Solidarität zwischen Beschäftigten

mein Mitarbeiter und wenn sie meinen Mitarbeiter nicht im Hause haben will, dann geht das nicht. Das ist der Mitarbeiter, der das alleine kann und der geht da hin und hängt den Spiegel auf. Wenn ihr das nicht passt, geht's halt nicht.“ Das mache aber natürlich nicht jeder Betrieb, was auch nachvollziehbar sei, „gerade wenn es kleine Familienbetriebe sind mit nur einem Mitarbeiter oder nur dem Inhaber und einem Auszubildenden, wenn sie Angst haben überhaupt Aufträge zu bekommen.“

Willkommenslots*innen und Integrationsmoderator*innen?

Für die Geflüchteten kann Rassismus beim Berufseinstieg und im betrieblichen Alltag jenseits der unmittelbaren Folgen für ihre Arbeitsmarktintegration (wie beispielsweise Ablehnungen oder Entlassungen) mit schwerwiegenden psychischen Konsequenzen wie Depressionen, Zwangserkrankungen, Suchterkrankungen und anderen gesundheitlichen Beschwerden einhergehen.

Die Fallbeispiele zeigen daher erstens, dass ein flächendeckendes Netz an Opferberatungsstellen gegen Diskriminierung sowie rechter und rassistischer Gewalt notwendig ist, um Betroffene gegebenenfalls begleiten und unterstützen zu können. Zweitens verweisen sie auf den Beratungsbedarf von Betrieben, die Geflüchtete beschäftigen. Willkommenslots*innen und Integrationsmoderator*innen begleiten daher Betriebe im Prozess der Arbeitsmarktintegration aktiv, wobei sie teilweise auch Belegschaften in Entscheidungsprozesse mit einbinden. Drittens wird deutlich, dass Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände Antirassismus und die präventive Durchsetzung eines interkulturellen Universalismus auf betrieblicher Ebene als Querschnittsaufgabe ihrer politischen (Bildungs-) Arbeit begreifen sollten.

Für Gewerkschaften untergraben rassistische Übergriffe im Betrieb die eigene Arbeitsgrundlage: die Solidarität zwischen Beschäftigten. Für Betriebe haben sie zur Folge, dass ihnen qualifizierte und motivierte Beschäftigte verlorengehen. Es sei bisher schwierig gewesen, eine Lernortkooperation mit den Betrieben zu etablieren, erzählt uns der Mitarbeiter der Hamburger Berufsschule, „um sie ein bisschen sensibler zu machen für Diskriminierung. Was ich mir wünsche ist, eine Fortbildung für die Betriebe anbieten zu können, wie gehen wir eigentlich im Betrieb mit den Geflüchteten um, um diskriminierungssensibel zu werden, um nochmal auf die sprachlichen Schwierigkeiten zu gucken, um Unterstützungsmöglichkeiten zu eruieren.“<

Antworten auf noch nicht gestellte Fragen

Du schaust mich mit deinen großen Augen an und ich kann es immer noch nicht fassen, dass du da bist. Unser kleines Mädchen. Die perfekte Mischung aus uns.

Dann frage ich mich, was wir dir später erzählen werden. Über deinen Papa und mich.

Dass er in einem dreckigen Mehrbettzimmer in einem Asylbewerberheim lebte, von 40 Euro im Monat und Essenspaketen, die ungenießbar waren? Wirst du uns das glauben? Jetzt, hier, in unserer schönen, großen Wohnung mit Balkon, mit unserem wunderbaren Garten, den dein Papa und ich mit viel Liebe hergerichtet haben. Naja, mehr dein Papa, weniger ich. Aber der Garten war eines unserer ersten Projekte zusammen. Wir haben uns heimlich im Gartenhaus geküsst. Weil niemand wissen durfte, dass wir uns lieben. Die Deutsche und der Asylbewerber aus Afghanistan.

Sollen wir dir wirklich erzählen, wie es war, als dein Papa ohne Duldung hier leben musste, monatelang Angst hatte, auf die Straße zu gehen?

Dass die bayerische Regierung deinen Papa nach fast acht Jahren in Deutschland einfach abschieben wollte, obwohl er Afghanistan schon als Kind verlassen musste, weil das russische Militär sein Dorf kaputt gemacht hatte. Obwohl seine Familie auch hier in Deutschland ist und alle einen Aufenthalt haben. Nur dein Papa sollte zurück.

Wie ich unter Tränen und hochschwanger darum gekämpft habe, dass dein Papa endlich bei uns wohnen darf. Obwohl ich schon lange im Mutterschutz war, hat die Ausländerbehörde die Zustimmung zum Auszug aus der Asylbewerberunterkunft

*einfach monatelang nicht beantwortet und dann zweimal verweigert. Erst als sich Politiker*innen an die Regierung gewandt haben und ich kaum noch den Alltag allein bewerkstelligen konnte, kam der Brief, dass wir zusammenwohnen dürfen.*

Du hast keine Ahnung davon, dass ich nächtelang weinend im Zimmer saß, dass deine große Halbschwester das Schuljahr wiederholen musste, weil es ihr so schlecht ging, aus Angst, euer Papa muss weggehen. Bei jedem Klingeln an der Tür bekam ich Magenkrämpfe.

*Sollen wir dir wirklich erzählen, wie wir monatelang voller Panik auf die Abschiebung gewartet haben? Unzählige Briefe und Mails an Politiker*innen geschrieben? Unser komplettes Geld für Anwalt*innen ausgegeben haben?*

*Sollen wir dir erzählen, dass du gerade mal zehn Tage alt im Gerichtssaal warst, weil wohl die Ausländerbehörde deinen Papa angezeigt hat, wegen illegalem Aufenthalt, obwohl sein Pass vorlag und wir heiraten wollten? Alle unsere Freund*innen kamen zur Verhandlung und als der Richter verkündete, dass das Verfahren eingestellt wird, standen sie alle auf und klatschen und ich weinte. Vor Erschöpfung, vor Anstrengung und auch Erleichterung. Wirst du das wirklich verstehen können?*

Sollen wir dir erzählen, wie ich in der Ausländerbehörde heulend zusammengebrochen bin, weil sie zuerst wollten, dass dein Papa ausreist, um mit Visum zurück zu kommen. Ausreisen in den Krieg, während seine Familie, während du hier in Deutschland bist. Zum Glück hat die Behörde dann eingelenkt, und dein Papa konnte bei uns bleiben.

Aber vielleicht werden wir dir erzählen, wie dein Papa und ich das erste Mal gemeinsam abends verabredet waren. Auf dem Kneipenfestival vor vielen Jahren. Wie wir nachts lachend aus der Disko nach Hause liefen, nachdem wir einen ganzen Abend getanzt hatten.

Vielleicht erzählen wir dir von den Nächten im Asylbewerberwohnheim, in denen dein Papa für mich gekocht hat und wie ich gelernt habe, persisch zu lesen und zu schreiben. Dein Papa ist ein wunderbarer Lehrer. Nur etwas ungeduldig.

*Oder von der Erstaufnahmeeinrichtung in unserer Stadt, wo dein Papa so vielen Afghan*innen und Iraner*innen geholfen hat, anzukommen. Wie er oft täglich bei Ärzt*innen, Behörden übersetzt hat und den Menschen hier Orientierung gegeben hat, obwohl er selbst nicht wusste, was mit ihm passiert. Und wenn wir spät abends fertig waren mit der Kleiderkammer und Essensausgabe, hat er mir den köstlichsten Tee der Welt gemacht.*

Oder ich erzähle dir von unserem ersten Besuch bei der Familie deines Papas, als mein Auto fast abgeschleppt wurde und ich mit Händen und Füßen versucht habe, mit seiner Familie Dari zu sprechen. Deine Sprache, die dein Papa mit dir redet. Es war so unglaublich berührend, als dein Papa seine Mama und Geschwister nach langen sechs Jahren in die Arme nehmen konnte und wie wir alle vor Glück geweint haben, in Sicherheit hier in Deutschland.

Oder wie wir fassungslos auf den Schwangerschaftstest starrten, Angst und Freude gleichzeitig verspürten, und als wir dich das erste Mal im Ultraschall gesehen haben; sogar deine Stupsnase konnten wir erkennen.

Dass dein Papa bei deiner Geburt geweint hat vor Glück und dass deine afghanische Oma mit deine Tanten und Onkels gleich danach zu uns zu Besuch kamen und sich in den ersten Wochen nach deiner Geburt rührend um mich und dich gekümmert haben, weil das in Afghanistan so Tradition ist und uns das sehr gut getan hat.

*Wie wir mit unseren Familien, Freund*innen und dir unsere afghanisch-deutsche Hochzeit gefeiert haben, als sogar im Standesamt die Beamtin so sehr gerührt war, dass wir nach über zwei Jahren Kampf endlich heiraten durften. Dass am Abend alle zu afghanischer Musik tanzten und wir bis in die frühen Morgenstunden so glücklich waren, während du im Kinderwagen geschlafen hast.*

Oder dass ich jede Woche von ihm Blumen bekomme, und dass er früher in der Asylbewerberunterkunft oft von seinem wenigen Geld noch Granatapfel oder Melone gekauft hat, falls ich zu Besuch komme.

Ganz bestimmt erzählen wir dir, wie du monatelang nur auf dem Bauch von Mama oder Papa schlafen wolltest. Dass du in Italien mit zehn Monaten die ersten Schritte vor einem toll beleuchteten Brunnen in die sicheren Arme deines Papas gelaufen bist. Dass du unser Leben völlig auf den Kopf gestellt hast und unsere Liebe perfekt gemacht hast.

Vielleicht ist auch all das Schreckliche, was dein Papa und ich erlebt haben, dann gar nicht mehr so deutlich in meinem Kopf, wenn du uns Fragen darüber stellst, wie es denn war: Unser Leben, bevor du kamst. Vielleicht hat genau diese furchtbare Angst uns noch mehr zusammenwachsen lassen, weil wir immer daran geglaubt haben, dass unsere Liebe keine Grenzen kennt.<

Margarethe Mayer
- Name von der
Redaktion geändert -
lebt nach ihrem
Studium wieder in
Oberfranken, ist seit
vielen Jahren
gesellschaftlich
engagiert und setzt
sich für Menschen
aus aller Welt und
eine humane
Asylpolitik ein





Ich hab' Polizei.

*„Wenn du bisschen frech wirst, holt Polizei SEK / Polizei funkt kurz, tatütata, Verstärkung da / BePo aus Bayern, BePo aus Sachsen / Kommen im VW-Bus, brechen dir Beppo die Haxen / Lutsch am Tonfa, du Opfer, jetzt siehst du Sterne / Widerstand zwecklos, Polizei haut gerne“
(Polizistensohn aka Jan Böhmermann)*



Cop Culture

Hat die Polizei ein Problem mit Rechtsextremist*innen in den eigenen Reihen? Über Morddrohungen und Terrorismus, über mangelhafte Ermittlungen und „Kriegermännlichkeit“, über Einzelfälle und strukturelle Probleme. Von Pit Kühnöl.

Seda Başay-Yıldız vertrat während des Prozesses gegen den *Nationalsozialistischen Untergrund (NSU)* in München die Familie des ersten Mordopfers Enver Şimşek als Anwältin der Nebenklage. Im August 2018 erhielt die Frankfurter Juristin einen Brief, in dem ihre Privatadresse und der Name ihrer zweijährigen Tochter stand – Daten, die nicht öffentlich zugänglich sind. Dazu eine Morddrohung: „Verpiss dich lieber, solange du hier noch lebend rauskommst, du Schwein! Als Vergeltung schlachten wir deine Tochter.“ Unterschrieben war der Brief mit „NSU 2.0“. Başay-Yıldız erstattete Anzeige.

Im Zuge der darauffolgenden Ermittlungen wurde bekannt, dass die Adresse der Anwältin an einem Dienstcomputer einer Frankfurter Polizeiwache in einem internen Verzeichnis abgerufen wurde. Wer für das Drohschreiben verantwortlich ist, ist bis heute noch nicht abschließend geklärt.

Weitere Recherchen führten zu Gruppenchats in Messenger-Diensten, in denen mehrere Polizist*innen rechtsradikale Inhalte geteilt und sich rassistisch geäußert haben sollen. Inzwischen wird deshalb gegen 38 Beam*innen ermittelt. Einer der im Fokus stehenden Beamten habe laut Angaben der Tageszeitung *taz* in seiner Garage ein „museum eingerichtetes Zimmer mit diversen NS-Devotionalien“, mit „historischen Wehrmachts- und SS-Uniformen, Fahnen, Plakaten, Orden und Abzeichen“ – dazu noch erlaubnispflichtige Waffen und Munition.

Bis Anfang des Jahres erhielt Başay-Yıldız immer neue Drohbriefe. Fünf Beam*innen wurden infolgedessen suspendiert, ein 30-jähriger Polizist aus Frankfurt, der

als Hauptverdächtiger gilt, kurzzeitig verhaftet. Die Ermittlungen laufen noch. Für das Hessische Innenministerium und die *Gewerkschaft der Polizei (GdP)* sind dies alles nur Einzelfälle, Verbände kritischer Polizist*innen in Hessen bemängeln allerdings, dass insgesamt das Thema Rechtsradikalismus in der Polizei verschwiegen würde. Es ist schon sehr auffällig, dass Behörden, Politik und ein Teil der Medien immer nur von Einzelfällen oder Einzeltäter*innen sprechen, wenn es um rechtsextremistische Vorfälle geht, nicht aber von Netzwerken oder strukturellen Problemen.

Eine kleine und zufällige Auswahl einiger solcher Einzelfälle bei der Polizei, die es in den letzten Wochen in die Medien geschafft haben.

Machokultur und Antisemitismus in Bayern

Das *Unterstützungskommando (USK)* ist eine Sondereinheit der bayerischen Polizei, die 1988 vom damaligen Innenstaatssekretär Peter Gauweiler ins Leben gerufen wurde und dessen Aufgabengebiet geschlossene Einsätze mit einer besonderen Gefährdungslage sind. Demonstrationen, Fußballspiele mit Risiko-Einstufung oder die Bekämpfung organisierter Kriminalität. Es handelt sich dabei um einen nahezu reinen Männerbund, der durch unnötige Gewalt bei Einsätzen schon manches Mal mediale Aufmerksamkeit erlangt hat.

An einem Abend im November 2018 vergnügten sich nun einige aktive und ehemalige Beamte des *USK* der Münchner Polizei auf einer Mottoparty in einer Diskothek am Spitzingsee. Aufgrund des erwarteten erhöhten Alkoholkonsums wurden Hotelzimmer in der Nähe

gebucht. Einer der Beamten ging in weiblicher Begleitung auf das Zimmer. Was dann geschah, wird von dem Beamten und der Frau unterschiedlich dargestellt – sie erstatte Anzeige wegen eines möglichen Sexualdeliktes.

Bei den darauffolgenden Ermittlungen wurde, ähnlich wie in Frankfurt, ein Chat mit rechtsradikalen Inhalten entdeckt – mehrere antisemitische Videos kursierten in der WhatsApp-Gruppe. Inzwischen wird gegen 47 aktive und ehemalige USK-Beamte ermittelt, 14 Beamte wurden suspendiert oder versetzt. Strafrechtliche Folgen hatte es bis heute keine. Der Münchner Polizeipräsident Hubertus Andrä zeigte sich dem *Bayerischen Rundfunk* gegenüber aufrichtig besorgt, dass dieses Verhalten einzelner das kostbare Ansehen der Münchner Polizei beschädigen könnte.

Lieber gegen Linke als gegen Terroristen in Berlin

Im Jahr 2017 wurden Drohbriefe an Bewohner*innen, Unterstützer*innen und das vermeintliche Umfeld eines Hausprojekts in der Rigaer Straße in Berlin-Friedrichshain geschickt. Das Hausprojekt ist ein bekannter Treffpunkt der linken Szene und erhielt wegen einer geplanten Räumung große Unterstützung. In den Drohbriefen fanden sich Namen, Adressen und teilweise auch Fotos einiger Dutzend Personen, sowie die Ankündigung, diese Informationen an gewalttätige Rechtsextremist*innen wie die *Identitäre Bewegung* oder die *Autonomen Nationalisten* weiterzuleiten. Anhand der Fotos war klar, dass dieses Material aus dem internen Datensystem der Polizei stammte – und somit ein Polizist oder eine Polizistin es abgesendet haben musste.

Inzwischen wurde der Absender der Drohbriefe ermittelt, ein Beamter des *Landeskriminalamtes (LKA)*, und zu einer Geldstrafe von 3.500 Euro verurteilt; ein Disziplinarverfahren gegen ihn läuft noch. Gegen seine Lebensgefährtin, über deren Computer die Daten abgerufen wurden, gab es jedoch keine Ermittlungen – obwohl sie beim Staatsschutz des *LKA* für Linksextremismus zuständig war.

Dieser Fall erhält aktuell erneute Brisanz. Wie die Wochenzeitung *Die Zeit* Anfang Juni 2019 berichtete, steht diese *LKA*-Beamtin in Verdacht, im Juni 2016 einige Observationsteams für die Überwachung der Rigaer Straße angefordert und von einem anderen Objekt abgezogen zu haben. Die Teams waren ursprünglich zuständig für die Observation des Terrorverdächtigen Anis Amri – jenes islamistischen

Attentäters, der am 19. Dezember 2016 auf dem Weihnachtsmarkt des Berliner Breitscheidplatz elf Menschen ermordet und mehrere schwer verletzt hat.

Inwieweit die anti-linke Paranoia der Berliner Polizei und vor allem des damaligen Innensenators Frank Henkel (*CDU*) eine Mitschuld an der missglückten Überwachung und somit an dem Anschlag selber tragen, bleibt zu klären.

Pegida, AfD und rechte Symbole in Sachsen

Bei der kürzlich abgehaltenen Stichwahl zum Oberbürgermeister der sächsischen Stadt Görlitz ist der Kandidat der rechtsextremen *AFD*, Stefan Wippel, nur knapp gescheitert. Wippel ist Polizeikommissar und beim letztjährigen Zuckerfest, der Feier zum Ende des muslimischen Fastenmonats Ramadan, durch rassistische Aussagen aufgefallen. Er verteilte während des Festes Postkarten mit der Aufschrift „Syrien vermisst Dich!“ und forderte Geflüchtete und Migrant*innen auf, Deutschland zu verlassen. Symptomatisch für das Bundesland, dessen stellvertretender Ministerpräsident Martin Dulig (*SPD*) konsterniert feststellen musste, dass in der dortigen Polizei die Sympathien für *AFD* und *Pegida* besonders groß seien. Und somit rechte Einstellungen.

So habe ein Polizist in Dresden den Holocaust relativiert, wie die *Dresdner Neueste Nachrichten* im April berichteten. Bei einem Protest gegen einen Stand der *AFD* habe der Polizist nicht nur Sympathien für die rechtsextreme Partei gezeigt, sondern auch infrage gestellt, dass sechs Millionen Jüdinnen und Juden während des NS-Regimes ermordet worden seien. Ein Verfahren gegen ihn läuft nicht.

Ein Polizeischüler in Leipzig hat Ende 2018 seine Ausbildung abgebrochen, nachdem er rechtsextremistische und rassistische Äußerungen seiner Mitschüler*innen und Ausbilder*innen nicht mehr ertragen wollte. In einer WhatsApp-Gruppe soll gegen Afrikaner gehetzt worden sein, Mitschüler*innen hätten Lieder der Rechtsrockband *Stahlgewitter* gesungen und erzählt, dass sie *NPD*-Veranstaltungen besuchten. Laut *taz* soll ein Schießausbilder gesagt haben, dass sie das Schießen üben müssten, weil jetzt so viele „Gäste“ nach Deutschland kämen; und der stellvertretende Leiter der Polizeischule fühle sich in seiner Heimat nicht mehr wohl, da an Silvester so viele „Ausländer“ auf der Straße laut gefeiert hätten.

Sachsen ist auch schon länger für seine Einzelfälle bekannt. Im Dezember 2017 hatte die sächsische

Polizei sich einen schicken neuen Panzer für ihr *Spezialeinsatzkommando (SEK)* gekauft. Der wurde so geliefert, wie er bestellt wurde. Inklusive des gestickten Logos auf den Sitzbezügen, das in seiner Gestaltung und durch die dort verwendete Frakturschrift stark an die in rechtsextremen Kreisen übliche Symbolik erinnert. Dasselbe *SEK* übrigens, aus dem ein Beamter auf einer antirassistischen Demonstration in Wurzen einen Aufnäher trug, der ein in der rechten Szene gerne verwendetes Symbol zeigte.

Oder man denke auch an das Fotografieren und Weiterverbreiten des Haftbefehls gegen den angeblichen Täter von Chemnitz durch einen Justizmitarbeiter. An den *Pegida*-Wutbürger und *LKA*-Mitarbeiter aus Dresden. An Clausnitz. Einzelfälle, natürlich ...

Cop Culture und Kriegermännlichkeit

Anhand dieser Beispiele eine von vielen Betroffenen subjektiv schon immer wahrgenommene – und oftmals erfahrene – scheinbar allgemeine rechte bis rechtsextreme Grundhaltung der Polizei zu bestätigen, ist allerdings schwierig. Nicht nur, weil es zu wenige wissenschaftliche Untersuchungen gibt, die belastbare Zahlen und Informationen liefern könnten. Polizeiwissenschaftler*innen und Soziolog*innen gehen davon aus, dass die Polizei nicht grundsätzlich rechte Personen anziehe, dass sie aber strukturelle Probleme habe, die rechtes Gedankengut begünstige und die Aufklärung rechtsextremer Vergehen erschwere.

Ein Teil dieser problematischen Struktur ist die sogenannte „Cop Culture“. Sie findet sich besonders ausgeprägt bei jüngeren Polizisten und in geschlossenen Einheiten. Der Polizeiwissenschaftler Rafael Behr beschreibt diese sehr ausführlich in einem Essay für die *Bundeszentrale für politische Bildung*. Kernaspekte der Cop Culture sind demnach eine ausgeprägte Körperlichkeit, „Kriegermännlichkeit“ und Korpsgeist. „Die polizeiliche Kategorie des Schutzmanns befindet sich ebenso wie die der Schutzfrau aktuell in der Defensive, die polizeiliche Bühne betritt nun wieder der Polizei-Krieger, gern auch als Held im Kampf gegen das Böse“ (Behr).

Der Habitus junger Polizisten (meist eben der männlichen) ist oftmals bestimmt von Aggression, von Gewalt und Gegengewalt. Ziel ist nicht die Um- oder

Durchsetzung staatlichen Rechts an sich, primärer Reibungspunkt, wenn die Auseinandersetzung mit dem Gegner, mit Demonstrant*innen oder Kriminellen, ansteht, ist vielmehr ein spätadoleszendes männliches Krätemessen. Es ist der körperlich ausgetragene Konflikt zweier sich stark ähnelnder Seiten, die „dabei um ihre Ehre oder ihren Autoritätserhalt kämpfen und beide ihre Körper beziehungsweise ihre Gesundheit riskieren“ (Behr). Dabei empfinden die Polizisten aber, trotz ihren Kontrahenten ähnlicher psychologischer Ausgangslage in diesem Krätemessen, ihre eigene Gewaltanwendung als legitim, als staatlichen Willen,

Der polizeiliche Alltag begünstigt, verstärkt oder bringt erst rechtsextremistische Verhaltensweisen und Denkmuster hervor

die ihnen entgegengebrachte hingegen als überraschend und illegitim. Sie suchen die Auseinandersetzung, wollen aber keine Gegenwehr.

Die Polizeikultur ist nach Rafael Behr also von einer „kriegerischen Mentalität“, einer „Kriegermännlichkeit“ durchzogen, die jederzeit aktiviert werden könne. Die momentanen Zeiten werden als unsicher und instabil wahrgenommen und bedürfen der entsprechenden, zur Not gewalttätigen Handlungen. In entsprechenden Gefahrenlagen ist es also „situationsabhängig [...], ob die Organisation ihre kriegerische oder ihre bürgerfreundliche Seite zeigt“ (Behr), ob die Polizei also deeskalierend arbeitet oder die körperliche Auseinandersetzung sucht.

Dieser Habitus wird auch in aktuellen Werbekampagnen und in der Öffentlichkeitsarbeit der Polizei präsentiert, so in einigen Videos. Es dreht sich nicht mehr um das Idealbild der netten Streifenpolizistin oder des „Freund und Helfer“, wie es so schön heißt, sondern um Action und Abenteuer, um Technik und Equipment. Und darum, zusammen mit den High-Tech-ausgerüsteten Kamerad*innen in scheinbar gefährlichen Situationen gegen „die Bösen“ zu gewinnen, um sich zu bestätigen. Denn „Angst ermöglicht Heroismus, und die Kriegermännlichkeit ist eine heroische Männlichkeit“ (Behr). Und gerade junge Männer wollen gerne „Helden“ sein.

Pit Kühnöl ist
Politikwissenschaftler
und befasst sich mit
den Bereichen
Nationalismus,
Antisemitismus und
Verschwörungstheorien

Autoritäre Charaktere

Ob oder wie stark diese strukturelle „Kriegermännlichkeit“ dazu führt, dass der Polizeiberuf attraktiv für auffällig aggressive oder autoritäre Charaktere ist, die für rechtsextremistische Einstellungen anfällig sind, lässt sich empirisch nicht wirklich belegen. Die Polizei lässt sich ungerne untersuchen und es dringt wenig nach außen. Korpsgeist, Verschwiegenheit und gegenseitiges Decken ist ja Teil der Cop Culture. Das Problem sind in dieser Kultur nicht diejenigen, die Übergriffe oder rechtsextremistische Äußerungen begehen, sondern diejenigen, die das melden. Whistleblower sind Kameradenschweine.

Laut dem Kriminologen Tobias Singelstein von der Juristischen Fakultät der *Ruhr-Universität Bochum* lässt sich allerdings feststellen, dass bei der Polizei zwar selten offen rechtsradikale, aber meist wertkonservative Einstellungen überwiegen und dort eher autoritär eingestellte Personen anzutreffen sind – wohingegen dezidiert linke Positionen die absolute Ausnahme bilden. Jörg Radek, der stellvertretende Bundesvorsitzende der *Gewerkschaft der Polizei (GdP)*, warnte Ende Juni gegenüber der *Rheinischen Post* davor, dass viele Beamt*innen „Sympathien für das rechtsnationale Parteienspektrum“ hegen und der *AfD* nahestehen.

Dazu kommt, dass der polizeiliche Alltag rechtsextremistische Verhaltensweisen und Denkmuster begünstigt, verstärkt oder gar erst hervorbringt. Polizist*innen sind in ihrem Berufsalltag häufig mit gesellschaftlichen Problemen und Konflikten konfrontiert, sie müssen an sozialen Brennpunkten arbeiten, sie sehen zwangsläufig nur die dunklen Seiten der Gesellschaft. Dass dies, in Verbindung mit eigenen Ohnmachtserfahrungen und Frustrationen auf der einen sowie der „Kriegermännlichkeit“ auf der anderen Seite, dazu führen kann, dass Ressentiments gebildet und autoritäre bis rechtsextreme Ansichten bestärkt werden, ist trivial. Diese Strukturen des Polizeiberufs ermöglichen Rassismus und Rechtsextremismus.

Auch banale Dienstvorgaben, wie der Zwang, eine hohe Anzahl an sogenannten Vorgängen, also an aufgenommen Anzeigen, vorweisen zu können, begünstigt rassistische Handlungen. Denn auch Polizist*innen wollen es sich leicht machen und Vorgaben ohne große Eigengefährdung erfüllen. Und dies funktioniert zum Beispiel bei denjenigen Anzeigen, die wegen der Verletzung der Residenzpflicht ausgestellt werden. Geflüchtete dürfen sich

nämlich oftmals nur in bestimmten Gebieten aufhalten, unterliegen also der Residenzpflicht – und die Polizei kann es sich nun leicht machen und Geflüchtete, also potenzielle Vorgänge, nach optischen Kriterien (Racial Profiling) auswählen, um so ihr Soll zu erfüllen. So führt ein an sich ohnehin schon diskriminierendes Gesetz auch noch zu rassistischem Verhalten.

Ein strukturelles Problem

Natürlich sind nicht alle Polizist*innen rechtsextrem oder rassistisch eingestellt. Es gibt auch bei der Polizei Beamt*innen, die über diese rechtsextremistischen Vorfälle schockiert sind, die nicht aus einem autoritären Charakter heraus ihren Beruf gewählt haben, sondern weil sie private wie berufliche Sicherheit suchen und weil sie tatsächlich hoffen, anderen Menschen helfen zu können. Doch tragen auch diese Polizist*innen durch ihren Korpsgeist und ihr Schweigen mit dazu bei, dass diese Vorfälle nicht ordentlich aufgeklärt werden.

Rechte und rassistische Einstellungen sind kein individuelles Problem und keine Einzelfälle. Es ist ein strukturelles Problem von Polizei und Sicherheitsbehörden – nicht nur in Deutschland. Und in Zeiten, in denen durch zum Beispiel die *AfD* die Grenzen des Sagbaren immer weiter nach Rechtsaußen verschoben werden, verwundert es auch nicht, dass rechte Einstellungen innerhalb der Polizei – nicht anders als in der Gesellschaft als Ganzes – zusehends anwachsen.<

Isolation

Im Sommer 2018 stellte Horst Seehofer sein neues Konzept zum Umgang mit der „Mutter aller Probleme“ vor. Migrant*innen sollen in sogenannten Anker-Zentren isoliert und abgeschottet werden. Außerhalb von Ballungsräumen, ohne soziale Anbindung und mit Gewalt konfrontiert verzweifeln viele Geflüchtete. Eine Fotostrecke von Michael Trammer.







*Die Industriehalle in Stephansposching dient als Dependance des Anker-Zentrums Deggendorf. In dem Abschiebelager im Niemandsland kam es bereits zu mehreren Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Bewohner*innen, bei denen teils Hundertschaften eingesetzt wurden.*



Das Abschiebelager in Stephansposching liegt im Plattlinger Industriegebiet zwischen einem Sägewerk und einer Zuckerraffinerie.



"Dort, wo das Camp ist, haben wir keine Nachbarn. Wir sind die einzigen Leute dort. Es gibt nur Fabriken und Industrieanlagen, das ist nicht gut für uns. Wenn man zum Beispiel zum Bahnhof oder zum Supermarkt will, muss man mindestens 30 Minuten zu Fuß gehen." Jusu Sesay, ein Bewohner.

*In Bayern gibt es in jedem Regierungsbezirk ein Anker-Zentrum mit mehreren Dependancen. Diese Abschiebelager sollen Modellcharakter haben und laut Koalitionsvertrag bundesweit eingeführt werden. Die Bewohner*innen leiden unter anderem unter der ständigen Angst vor Abschiebung, massiven Polizeieinsätzen, schlechter Kantinenversorgung, unzureichendem Schulzugang für Kinder und Isolation.*





Grüne Braune

Sind Ökologie und Umweltschutz automatisch links? Über die Aspekte rechter Ökologie und darüber wie neurechte Ideolog*innen den umweltpolitischen Diskurs aufgreifen, um ihre menschenfeindliche Agenda zu legitimieren. Von Peter Bierl.

Allen Bekenntnissen der bürgerlichen Gesellschaft und Wahlerfolgen der Grünen zum Trotz schreitet die Umweltzerstörung voran: Artenschwund, Bodenerosion, Vergiftung von Luft, Wasser und Boden, die Verschmutzung der Meere und die Ausbreitung von Wüsten. Der Klimawandel wird zu einer „Heißzeit“ führen, einem Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur von vier bis fünf Grad, warnen Wissenschaftler*innen aus aller Welt. Das gesamte Erdsystem könnte aus dem Gleichgewicht geraten, sagt Hans Joachim Schellnhuber, Direktor des Potsdamer *Instituts für Klimafolgenforschung*. Es geht nach Ansicht des Physikers um nichts Geringeres als um den „Weiterbestand unserer Zivilisation“.

Teile der Erde werden unbewohnbar, der Meeresspiegel wird ansteigen, um zehn bis 60 Meter. Schon heute steht fest, dass Inselstaaten evakuiert, die Hälfte von Bangladesch und Millionenstädte wie Lagos in Nigeria im Meer versinken werden.

Die ökologischen Zerstörungen verschärfen die sozialen Widersprüche, sie bedeuten für Millionen von Menschen Elend und Vertreibung, Krankheit und vorzeitigen Tod. Sie gefährden die Biosphäre des Planeten und damit das einzige Habitat, das uns zur Verfügung steht. Deshalb hat die ökologische Frage eine enorme Bedeutung.

Es wäre verfehlt, eine Apokalypse als unvermeidlich anzusehen oder einem ökologisch bedingten Zusam-

menbruch des Kapitalismus das Wort reden. Denn es ist nicht ausgeschlossen, dass Staat und Kapital die ökologische Herausforderung der Gegenwart in irgendeiner Form meistern, zumal dafür auch ökofaschistische Lösungen in Betracht kämen. Das Resultat könnte eine neue Barbarei sein, ein weltweites System der Apartheid aus abgeschotteten Festungen der Wohlhabenden inmitten von Elendszonen. Spätestens wenn der Klimawandel und seine Folgen außer Kontrolle geraten, besteht die Gefahr von Diktaturen sowie einer Ausgrenzungs- und Vernichtungspolitik, die sich durch pseudoökologische Argumente legitimieren könnten.

Dafür leisten rechte, esoterische und ökofaschistische Gruppen ideologische Vorarbeit. Insofern dürfen wir uns nicht durch die antiökologische Haltung der *AfD* täuschen lassen. Dabei muss es nicht bleiben. Nachdem die ökologische Frage wieder in den Vordergrund rückt, werden die Rechten in diesem Bereich aktiver werden. Sie haben den Vorteil, dass sie auf Fakten schießen und wirre bis menschenverachtende Vorstellungen beliebig kombinieren können.

Autoritäre neurechte Ökologie

Meine Prognose lautet, dass neofaschistische Parteien und Bewegungen angesichts der Umweltzerstörung eine Doppelstrategie verfolgen werden. Einerseits werden sie die Interessen des Kapitals sowie die relativ privilegierte Lebensweise und das gewohnte

Konsummodell für Ober- und Mittelschicht schützen, andererseits aber Lippenbekenntnisse zum Umweltschutz ablegen, kombiniert mit autoritären und repressiven Maßnahmen, insbesondere gegen die Menschen im globalen Süden. Besonders dafür geeignet sind rassistische Diskurse, wie die Überbevölkerungslegende. Die Festung Europa, eine Diktatur, Rohstoffkriege, Antisemitismus und Rassismus und Massenmorde lassen sich ziemlich gut ökofaschistisch begründen.

Einige Ideolog*innen der sogenannten Neuen Rechten haben das Thema Ökologie auf dem Schirm, und selbst in der *AfD* existiert ein kleines Ökoflügelchen. Sie können Überzeugungstäter*innen sein oder zur Umweltfrage ein instrumentelles Verhältnis haben, gefährlich sind sie allemal. Zumal es ideologische Schnittmengen mit dem liberalen und linken Spektrum, mit Umweltbewegung und Globalisierungskritiker*innen gibt.

Ernst zu nehmen sind die Ambitionen völkischer Ideolog*innen jene Deutungshoheit in Umweltfragen wieder zu erringen, die ihre Vorläufer in den 1970er-Jahre verloren haben. Das passt zu ihrer allgemeinen „metapolitischen“ Strategie, gesellschaftliche Diskussionen zu beeinflussen und zu prägen, Hegemonie zu gewinnen und eine vermeintliche Deutungshoheit der 68er-Linken zu brechen. Deshalb teilen die Ideolog*innen der Neuen Rechten nicht die Ignoranz der Dumpfbacken von *Pegida* oder des *AfD*-Fußvolkes oder den Ansatz der neoliberalen und rechtslibertären Strömungen der Rechten in Bezug auf die Umweltfrage. Zwar haben die neofaschistischen Vordenker*innen keine Lösungen anzubieten, aber sie wollen die Umweltfrage nutzen, um antisemitische und rassistische Vorstellungen zu verbreiten und Anhänger*innen zu gewinnen.

Eine „neue rechtsökologische Radikalität“

Schon auf der ersten Sommerakademie im August 2000 hatte das neurechte *Institut für Staatspolitik (IfS)* einen Beitrag im Programm, der sich auch mit der ökologischen Krise befasste. Markant ist das „Ökomanifest von rechts“, ein Text, den Philip Stein im September 2014 in der Zeitschrift *Sezession* publizierte. Stein, Jahrgang 1991, ist Inhaber des Jungeuropa-Verlages, Pressesprecher der Deutschen Burschenschaften und Vorstand des Vereins „*Ein Prozent für unser Land*“, einer Art Crowdfunding-Projekt.

In dem Manifest schreibt Stein: „Von den vielen Deutungsschlachten, die von der deutschen Rechten in den letzten Jahrzehnten verloren wurden, wiegt der vorherrschende Alleinanspruch des linken Milieus auf Themen und Begriffe wie Umwelt, Natur und Ökologie nachträglich wohlmöglich am schwersten, und tritt gleichzeitig so erdrückend zu Tage.“ Das Resultat sei, dass die grüne Bewegung von der gleichnamigen Partei sowie zahlreichen Vereinen, Initiativen und NGOs dominiert werde, die Umwelt und Natur in „linkes Hoheitsgebiet verlagert haben“. Damit einher gehe ein gesellschaftlicher Konsens, wonach „die Natur immer links stehe“.

Stein will diese Situation ändern und plädiert für eine „neue rechtsökologische Radikalität“, man müsse die Grünen an Radikalität überholen. Statt sie als

Esoterischer Quark liefert den Kitt

Spaßbremsen und Verbotsparterei zu schmähen, setzt er einen drauf: Die Forderung nach einem starken Staat (mit Verweis auf den Nazi-Kronjuristen Carl Schmitt), letztlich der Ökodiktatur. Außerdem plädierte Stein für eine Befreiung vom „Wachstumswang“, er fordert eine schrumpfende Wirtschaft und greift damit Gedanken der sogenannten Degrowth-Bewegung auf.

„Zurück zum Ursprung“

In seinem Ökomanifest plädierte Philipp Stein für ein „zurück zum Ursprung“, geistig, kulturell, wirtschaftlich und vor allem seelisch. Dabei greifen die Ideolog*innen der Neuen Rechten auf die Heimatschutzbewegung und deren Vordenker*innen zurück, einer der ersten grün-braunen Bewegungen im Kaiserreich, die völkisch-antisemitischen Nationalismus mit kulturpessimistischen Deutungen und einer antimodernistischen Orientierung am Ideal einer agrarisch-handwerklich ständischen Gesellschaft verband.

Bemerkenswert ist, dass die Positionen der rechtsökologischen Vordenker*innen und der Klimawandel-leugner*innen gar nicht so weit auseinanderliegen, wobei esoterischer Quark den Kitt liefert. So behauptet Reinhard Falter, die Vorstellung, es könne einen



Der Apfel fällt nicht weit vom Stamm und wird schnell braun
Wenn Rechtsextreme sich für etwas interessieren, weiß man am Anfang schon, was am Ende dabei herauskommen wird. Menschenfeindliche Ideologie lässt sich auch in ökologischen Thesen verpacken

menschengemachten Klimawandel geben, sei nur ein Symptom menschlicher Hybris, dabei handele es sich um einen „Selbstheilungsprozess von Gaia“.

Reinhard Falter ist ein ehemaliger Grünen-Funktionär aus München, der in anthroposophischen Blättern publizierte. Inzwischen ist er beim IfS aufgetreten und hat der Zeitschrift *Umwelt & Aktiv* aus dem NPD-Umfeld ein Interview gegeben, in dem er die Heimatschützer um 1900 lobt, die noch ein intuitives Wissen besessen hätten, frei vom technischen Denken

Der Begriff Heimat roch nach Mief und Muff, nach röhrendem Hirsch und Kitsch

der modernen Umweltbewegung.

Heimat und Identität

Man muss der Neuen Rechten zubilligen: Wo sie recht hat, hat sie recht. So schreibt Stein im Ökomanifest, Themen und Begriffe, die „von der politischen Linken seit '68 als Vehikel für marxistische Gesellschaftsideen genutzt werden“, seien „durch ihre unbedingte und unabdingbare Verbindung mit dem Wert der Heimat, ja auch dem biologisch-völkischen Erbe, ursprünglich und genuin rechts zu verorten“. In der Zeitschrift *Compact*, die verschwörungsideologischem Geraune zum Klimawandel ein Forum bietet, greift Rüdiger Lenhoff auf Friedrich Nietzsche und die deutschvölkischen Romantiker des frühen 19. Jahrhunderts zurück, die „Geist und Seele des Volkstums wiederentdeckten und damit ein neues Heimat- und Nationalgefühl“ stifteten.

Tatsächlich war Heimat zunächst ein juristischer Begriff. Das Heimatrecht besagte, dass die Armen von der Dorfgemeinschaft unterstützt werden mussten, es schloss aber Fremde in Not rigoros aus, Dörfer wehrten sich gegen Zuwanderung. Seit der Romantik wurde der Begriff emotional aufgeladen. Aus der Heimatliebe sollte die Liebe zum großen Ganzen, zu Volk und Nation erwachsen, die vermeintlich Fremden, die „Welschen“ und Jüdinnen und Juden, waren ausgeschlossen. Die Heimatschutzbewegung schloss direkt an diese Perspektive an. Nach dem Zweiten Weltkrieg dienten Heimatroman und Heimatfilm der Verdrängung der NS-Verbrechen, während sich alte Kameraden als Heimatvertriebene ausgaben, um

revanchistische Ziele zu verfolgen.

Eine Zeitlang war der Begriff Heimat unter aufgeklärteren Zeitgenossen deshalb diskreditiert, er roch nach Mief und Muff, nach röhrendem Hirsch und Kitsch, bis sich die alternative Linke der 1970er-Jahre als Pionierin betätigte. Am Anfang stand die Begeisterung über den Regionalismus, der als Form des Widerstands und einer nicht entfremdeten, herrschaftsfreien, basisdemokratischen Identität entdeckt wurde.

Im Rückblick muss diese Begeisterung als Zwischentappe betrachtet werden, weil der Heimatbegriff noch tabu war. Bald aber hieß es, der Heimatbegriff könne emanzipatorisch besetzt und den Konservativen und Rechten entwendet werden –

oder aber, die Nazis hätten den Heimatbegriff bloß missbraucht. Vor diesem Hintergrund mühen sich Teile der Linkspartei wie der Grünen als bessere Heimatpartei aufzutreten. Nach der Bundestagswahl starteten die Grünen im Herbst 2017 eine patriotische Kampagne: „Wir lieben dieses Land. Das ist unsere Heimat. Diese Heimat spaltet man nicht. Für diese Heimat werden wir kämpfen“, erklärte Grünen-Parteichefin Karin Göring-Eckhardt.

Ökologischer Antisemitismus und deutscher Wald

Was den Antisemitismus betrifft, kann die Neue Rechte auf die Vorarbeit einiger Ökolog*innen, Friedensfreund*innen, Biozentrist*innen und Tierrechtler*innen aus den 1980er-Jahren zurückgreifen, die Umweltzerstörung und Tierquälerei auf das antike Judentum zurückführten, weil dieses eine rein instrumentelle Sichtweise auf die Umwelt begründet habe. Die Held*innen der Ökopax-Bewegung recycelten damit einen Vorwurf der Völkischen aus dem Kaiserreich, wonach Jüdinnen und Juden als Wüstenvolk keinen Bezug zur Natur hätten. In der NS-Propaganda spielte dieser Vorwurf eine wichtige Rolle.

Heute findet sich dieser Aspekt bei der Neuen Rechten wieder. Nach Ansicht von Reinhard Falter gehört eine „religiös bedingte Naturfeindschaft“ zur kulturellen „Tradition des Judentums“. Der „Kampf des Wüstengottes gegen die Göttlichkeit der Naturmächte“ wirke bis heute fort. In seiner Schrift zur Postwachstumsdebatte schiebt Alain de Benoist die Schuld an der Umweltzerstörung ebenfalls einem jüdisch-christlichen Monotheismus in die Schuhe. Dieser habe den

Menschen von den kosmischen und natürlichen Zusammenhängen gelöst. Die jüdisch-christliche Religion habe die naturverbundeneren polytheistischen und heidnischen Religionen verdrängt. Benoist zitiert den französischen Philosophen Michel Serres mit den Worten, er hasse „den Monotheismus für diesen Holocaust der Gottheiten“.

Im Gegensatz dazu gelten die Deutschen als Waldvolk. Schon während der napoleonischen Kriege entdeckten Dichter und Denkerinnen den Wald als Symbol deutschen Wesens, insbesondere deutscher Gemüts-tiefe und Naturverbundenheit, in Abgrenzung zu Frankreich. Der Publizist Wilhelm Heinrich Riehl, der als Begründer des Heimatschutzes gilt, konstruierte Mitte des 19. Jahrhunderts einen Zusammenhang zwischen Nationalcharakter und Umwelt. Demnach seien Engländer*innen und Französ*innen als urbane Nationen kulturlos geworden. Ihre Landschaften bestünden nur noch aus gezähmten Parks und gerodeten Feldern. Dagegen setzte Riehl eine „deutsche Waldfreiheit“, den wildnishaften Wald als Sinnbild für die „Kraft des natürlichen, rohen Volkstums“. Nationalist*innen behaupteten einen „blutsmäßigen Zusammenhang“ von Volk und Wald und attackierten die „Fremdstämmigen“ als Wald- und Volksfeind*innen.

Die Neue Rechte knüpft an diese Vorstellungen unmittelbar an. Der Versand *Phalanx Europa*, gegründet von den Identitären-Chefs Martin Sellner und Philipp Lennart aus Österreich, setzt den Gedanken visuell um, in Grafiken, in denen ein Baum und seine Wurzeln zu sehen sind, mit dem Titel „Heimat, Freiheit, Tradition“ und dem Slogan „Bäume haben Wurzeln – Menschen auch“. Darin schwingt auch die völkische Aversion gegen die Stadt mit. Björn Höcke zitierte diesen Gestus, als er sich im vergangenen Jahr von einer Spiegel-Reporterin für eine Homestory nur unter der Bedingung interviewen ließ, dass das Gespräch im Wald stattfindet.

Die Lizenz zum Kinderkriegen

Jenseits „metapolitischer“ Aktivitäten fände im Bereich der Agitation und Realpolitik vermutlich die Legende von der Überbevölkerung die größte Resonanz. In der Schweiz möchte eine Gruppe namens *Ecopop* (*Ecology und Population*) auf der Grundlage einer Tragfähigkeit die Bevölkerungszahl fixieren. *Ecopop* gehört der *European Population Alliance* an, die solche Ziele im Namen des Umweltschutzes vertritt. Auf internationaler Ebene gibt es die *Foundation for Deep Ecology*, die immer wieder Kampagnen zur

Bevölkerungskontrolle lanciert.

In einem Sammelband aus den USA riefen Tiefen-ökolog*innen und Biozentrist*innen, darunter Dave Foreman, der Gründer von *Earth First*, und Paul Watson, der Gründer von *Greenpeace*, dazu auf, den Ökomalthusianismus wieder stark zu machen. Sie fordern eine drastische Schrumpfung der Weltbevölkerung schon in diesem Jahrhundert und sprechen Frauen die Selbstbestimmung ab. Foreman und Watson wollen eine Lizenz zum Kinderkriegen einführen und bestreiten Eltern ein Recht auf Kinder, zumindest bis die Zahl der Menschen stark gesunken ist. Außerdem fordern die Autor*innen des Buches einen Einwanderungsstopp. Kritiker*innen beschimpft Foreman als linke Gestapo.

In der *Sezession* erschien 2015 eine mehrteilige Artikelserie von Felix Menzel zum Thema Wachstums-kritik, in der prominent die vermeintliche Überbevölkerung abgehandelt und ein Einwanderungsstopp gegen die vermeintliche „Bevölkerungsexplosion“ gefordert wurde. Björn Höcke ließ sich im November 2015 über vermeintlich unterschiedliche Reproduktionsstrategien von Afrikaner*innen und Europäer*innen aus. Er folgerte daraus, dass Deutschland die Grenzen schließen müsse, um die Afrikaner*innen zu einer „ökologisch nachhaltigen Bevölkerungspolitik“ zu bewegen. Denn dort gebe es zu viele Menschen. Ähnliche Argumente finden sich bei *NPD* und *FPÖ*.

Dieser Malthusianismus ist gefährlich, weil er als gemeinsamer Nenner zwischen Faschist*innen, Liberalen und sogar Teilen der Linken dienen kann. Die Vorstellung, es gebe zu viele Menschen und diese seien die Hauptursache ökologischer Zerstörungen, hat enormes Potential bis weit in die Mitte der Gesellschaft. Mit Verweis auf eine vermeintliche Überbevölkerung, gar eine „Bevölkerungsexplosion“, lassen sich Grenzen aus ökologischen Gründen schließen und Geflüchtete abweisen. Wobei die „zu Vielen“ immer die anderen sind. Kein Fan der Überbevölkerungslegende hat je den Rat von Erich Mühsam beherzigt, sich konsequent selbst zu entleiben. Darum lässt sich Malthusianismus immer rassistisch beziehungsweise gegen als minderwertig definierte Gruppen und Klassen aufladen.<

Peter Bierl ist freier Journalist, Mitglied der Gewerkschaft Verdi und lebt mit seiner Familie in der Nähe von München. Zuletzt sind von ihm erschienen „Einmal-eins der Kapitalismuskritik“ (Unrast-Verlag 2018) und „Grüne Braune: Umwelt-, Tier- und Heimatschutz von rechts“ (Unrast-Verlag 2014)



„Sie haben mich ins Gesicht gefilmt!“
*Nicht nur in Bezug auf die Medien haben Huthürger*innen und Neue Rechte
verschobene und unlogische Ansichten*

Entspannung

Probiere die Eistee-Fusion
mit dem Geschmack von
Tee, Fruchtsaft und Kräutern.

fuze fuze



Falsche Freunde

Warum hat die populistische Neue Rechte plötzlich so ein Faible für Israel? Sie stellt sich als Freundin des jüdischen Staates dar, doch ist diese angebliche Freundschaft so falsch wie sie taktischer Natur ist – und dabei in ihren Begründungen selbst noch zutiefst von antisemitischen Vorstellungen durchzogen. Von Pit Kühnühl.

Es ist absurd: Ausgerechnet Teile der extremen politischen Rechten gerieren sich heute als Freundin des jüdischen Staates und als Beschützerin der Jüdinnen und Juden. Von Marine Le Pens *Rassemblement National*, über Viktor Orbáns *Fidesz* oder Matteo Salvinis *Lega*, über den brasilianischen Präsidenten Jair Bolsonaro, bis hin zu *Pegida*, *AfD* und *FPÖ* stellt sich die populistische Neue Rechte heute scheinbar an die Seite des Judentums und Israels. Dabei stehen doch gerade *AfD* und *FPÖ* in der politischen und ideologischen Tradition derer, die einst den größten Massenmord der Geschichte an Jüdinnen und Juden begangen haben – und auch, wenn sie sich selber lieber in der Tradition der national-konservativen oder gar der liberalen Parteien sehen, ihre Ideologie ist klar eine völkische. Und auch der *Rassemblement National* hatte unter Marine Le Pens Vater Jean-Marie, damals noch als *Front National*, eine dezidiert judenfeindliche Ausrichtung.

Nun aber redet die populistische Neue Rechte nicht mehr von Blut und Boden oder von Volk und Rasse, sondern von den Werten eines „christlich-jüdischen Abendlandes“. Doch hat eben dieses Abendland Juden und Jüdinnen über Jahrhunderte hinweg verfolgt und ermordet. Erst im Namen des Christentums, dann im Namen von Nation und Volksgemeinschaft.

Von den klassischen Neonazis trennt die populistische Rechte wenig, man erkennt jedoch deutliche rhetorische Bruchlinien: Die klassischen Neonazis stehen weiterhin offen in der Tradition des Nationalsozialismus, verbreiten eine antisemitisch konnotierte, verkürzte Kapitalismuskritik, bedrohen Jüdinnen und Juden und hetzen gegen Israel. Die neue populistische Rechte jedoch verhält sich bedeckter, umgarnt jüdische Menschen und den Staat Israel und stellt sich selber als Kämpferin gegen den Antisemitismus dar. Zumindest solange er von Linken, Geflüchteten oder Migrant*innen ausgeht.

Wenn es um Antisemitismus aus den eigenen Reihen geht, ist die populistische Neue Rechte durchaus etwas toleranter und vergisst die Solidarität mit Jüdinnen und Juden rasch wieder. Einer Studie des *Instituts für Demoskopie Allensbach* zufolge stimmen 55 Prozent der *AfD*-Sympathisant*innen dem eindeutig antisemitischen Satz „Juden haben auf der Welt zu viel Einfluss“ zu – und dennoch findet sich der Antisemitismus der Rechtspopulist*innen weniger in direkten Angriffen Jüdinnen und Juden gegenüber als vielmehr in der Relativierung des Nationalsozialismus und des Holocausts sowie in der Verbreitung von Verschwörungstheorien.

Imaginierte Bedrohungen

Die populistische Rechte in Deutschland – nicht nur in der *AfD* – stellt sich selber gerne als die „neuen Juden“ dar, die angeblich von „Gutmenschen“, von „linksgrün versifften“ Medien und/oder von einer volksfeindlichen Elite verfolgt würden. Politische Gegenrede und Kritik an ihrer Hetze setzt sie mit faschistischer Zensur und Sprechverboten gleich, Demokratie mit Nationalsozialismus. Die Rechte hat sich schon immer gerne als Opfer dargestellt, um in Ruhe Täterin sein zu können. Auf der anderen Seite aber bezeichnet sie Holocaustleugner*innen nur euphemistisch als „Dissidenten“, so wie es zum Beispiel der baden-württembergische *AfD*-Politiker Wolfgang Gedeon macht. Dies ist eine Verharmlosung und eine Relativierung der Verbrechen der nationalsozialistischen Diktatur und damit der Shoah. In der Politikwissenschaft spricht man bei diesen Relativierungen auch von einer Form des „sekundären“ oder „Schuldabwehr-Antisemitismus“.

Die Funktionsweise von verschwörungstheoretischem Denken wiederum ist eine strukturell antisemitische, geht es doch von kleinen und geheimen Gruppen aus, die einzelne Ereignisse manipulierten oder gar die Geschehnisse der gesamten Welt im Verborgenen leiteten. Wenn sich nun mehrere einzelne Verschwörungsmymen zu einem gefestigten Weltbild, einer Welterklärung verbinden, so läuft es am Ende auch meist wieder auf eine Gruppe hinaus, die angeblich die Welt beherrschen wolle und alle Fäden im Hintergrund ziehe: Jüdinnen und Juden. Schon die Nazis sahen sich von einer angeblichen „jüdisch-bolschewistischen Weltverschwörung“ bedroht.

Beliebte Verschwörungstheorien (nicht nur) der populistischen Rechten sind zum Beispiel die Behauptungen, dass die europäischen Völker durch Feminismus und die Gleichberechtigung Homo- wie Transsexueller geschwächt und dezimiert werden sollten. Oder dass die europäischen Völker mittels gesteuerter Migration durch Menschen aus Afrika und dem arabischen Raum ersetzt werden sollten, da diese sich besser kontrollieren ließen und deshalb effizienter für die Gewinnmaximierung multinationaler Unternehmen arbeiten würden. Als Schuldigen dieses sogenannten „Großen Austausches“, haben die Rechten eine jüdische Verschwörung ausgemacht, personalisiert projiziert auf George Soros, einen in den USA lebenden Investor jüdisch-ungarischer Herkunft, der sich für Demokratie und Menschenrechte einsetzt (siehe auch *Hinterland* #39 „Das Gerücht über George Soros“). Selbst der Rassismus der Rechten fußt also auf einer

antisemitischen Begründung.

Soros ist aktuell das Feindbild der weltweiten Neuen Rechten: Ob Trump, Bolsonaro oder Orbán, ob *Identitäre Bewegung*, *AfD* oder der kürzlich auf Ibiza über zu viel Vodka-Red Bull gestolperte, ehemalige österreichische Vizekanzler Heinz-Christian Strache von der *FPÖ*, sie alle haben sich auf George Soros geradezu schon wahnhaft fixiert. Es ist das klassische, hier auf eine einzelne Person fokussierte antisemitische Narrativ vom kosmopolitisch lebenden, im Verborgenen agierenden Juden, dem es darum gehe, nationale Gemeinschaften zu zerstören.

Instrumentelle Israelsolidarität

Und trotz dieser eindeutig antisemitischen Weltbilder versucht sich die populistische Rechte als die angeblich einzige Verbündete des jüdischen Staates darzustellen. Was Israel aber wirklich macht, ist ihr egal. Ihr Interesse an Israel und ihre vorgebliche Sorge um Jüdinnen und Juden ist vor allem taktischer Natur: Es ist der Versuch sich von der eigenen historischen Verantwortung weißzuwaschen und vom eigenen Antisemitismus abzulenken.

Wenn ausschließlich der – durchaus vorhandene – Antisemitismus und die Israelfeindlichkeit von Linken, von Migrant*innen oder von Menschen aus dem islamischen Raum thematisiert wird, kann die populistische Rechte das rhetorisch ausnutzen und sich selber in ein besseres Licht rücken. Renommiertere Antisemitismusexperten wie Stephan Grigat und Samuel Salzborn sprechen in diesem Zusammenhang berechtigterweise von „instrumenteller Israelsolidarität“. Und auch jüdische Organisationen wie der *Zentralrat der Juden* in Deutschland erkennen das falsche Spiel, distanzieren sich deutlich von der populistischen Rechten und engagieren sich gegen sie.

Ein weiteres Ideologeelement der klassischen wie der Neuen Rechten neben dem Antisemitismus war schon immer ihr Rassismus, heute vor allem der auf alles als muslimisch wahrgenommen gerichtete – und um diesen zu rechtfertigen und ausleben zu können, verstecken sie sich hinter ihrer angeblichen Israelsolidarität und übertragen ihr rassistisches Weltbild auf den jüdischen Staat. Sie imaginieren Israel als „Frontstaat“ im Kampf gegen die von ihnen ausgemachte Islamisierung Europas und unterstellen dem jüdischen Staat, dass er so muslimfeindlich sei wie sie.

Dass Israel nicht gegen „den Islam“ oder eine „Islamisierung“ kämpft, sondern sich gegen konkrete

antisemitische Angriffe und Vernichtungsdrohungen, wie die des iranischen Mullah-Regimes, verteidigen muss, spielt im Weltbild der Rechten keine Rolle. In Europa aber wird kein Land mit der Vernichtung bedroht; die einzigen, die in Europa jemals ihre Nachbarn vernichten wollten, waren die Deutschen. Und wenn sich die populistische Rechte nun mit Israel gleichsetzt und behauptet, unter derselben Bedrohung zu leiden, nur um das eigene rassistische Weltbild zu rechtfertigen, verharmlost sie damit die realen Bedrohungen, mit denen Israel konfrontiert ist.

Israel kämpft eben nicht gegen Moslems und Muslimes, Israel kämpft um seine Existenz. Natürlich findet man auch in Israel, so wie in jeder bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft, rassistische Mechanismen, dennoch hat es eine vielfältige und heterogene Gesellschaft. So vielfältig und bunt wie kein europäisches Land. Alle Bürger*innen Israels genießen de jure dieselben staatsbürgerlichen Rechte, egal ob sie muslimischen oder jüdischen Glaubens sind, egal ob sie atheistisch oder agnostisch sind. Der größte Teil der israelischen Bevölkerung hat einen Migrationshintergrund. Circa 20 Prozent sind Menschen muslimischen Glaubens; Menschen, die bei Polizei und Armee arbeiten, als Richterinnen oder Ärzte, die wählen dürfen und sogar im Parlament sitzen – eigentlich doch eine Horrorstellung für die europäischen Rechtspopulist*innen und Rechtsextremist*innen, die von homogenen, „reinen“ und „nicht durchmischten“ Volksgemeinschaften träumen.

Antisemitischer Philo-Semitismus

Und auch abseits aller strategischen Unternehmungen strotzt die angebliche Israelsolidarität der Rechten nur so vor antisemitischen Klischees. So war es zum Beispiel das Bestreben des ehemaligen FPÖ-Vorsitzenden Jörg Haider, sein Verhältnis zu Israel deshalb zu verbessern, weil er an einen großen Einfluss des kleinen Landes auf die Weltpolitik glaubte – schließlich beherrschen in antisemitischen Vorstellungen ja die Juden die Welt.

(Haiders Nachfolger Heinz-Christian Strache setzte sich bei einem Besuch der Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem bei Jerusalem im Jahre 2010 nicht, wie dort üblich, eine Kippa oder eine neutrale Kopfbedeckung auf, sondern die Kappe einer schlagenden deutschnationalen Burschenschaft. Ein eindeutiges Zeichen wie

er es denn wirklich mit Gedenken und Erinnerung hält. Kein Wunder also, dass die israelische Regierung ein Kontaktverbot zur FPÖ hält.)

Und auch die angebliche Israelsolidarität fundamentalistischer Christ*innen, von denen es in der Neuen Rechten (wie auch bei den US-amerikanischen Republikanern) eine starke Strömung gibt, rührt nicht aus einer plötzlichen Zuneigung dem Judentum gegenüber her, sondern aus esoterisch-religiösen Gründen. Viele christliche Fundamentalist*innen glauben nämlich an eine baldige Wiederkehr Gottes auf Erden. Der neue Messias könne jedoch erst dann wieder erscheinen, wenn sich alle Jüdinnen und Juden in Israel versammelt hätten. „Dies impliziert allerdings auch“, wie der Antisemitismusforscher Stefan Dietl in der *Jungle World* konstatiert, „eine – bis auf Israel – judenfreie Welt.“ Solidarität sieht anders aus.

Der „Ausnahmejude“ unter den Staaten

Doch die antisemitischen Klischees treten nicht immer so offen zutage. Die Neue Rechte ist seit den 1970er Jahren rhetorisch von ihren klassischen rassistischen Mustern abgekommen und behauptet nicht mehr, dass

Die größten Antisemiten waren auch immer gleichzeitig die größten Arbeitsfetischisten

es qualitative Unterschiede zwischen angeblichen Rassen gäbe, sondern dass Ethnien, Völker und Kulturen mittels einer ominösen mythischen Kraft mit dem Boden ihrer Herkunft verwurzelt seien und diesen nicht verlassen wollten – und vor allem auch nicht sollten. Dieses Konzept nennt sich Ethnopluralismus. Auch wenn nicht mehr im klassisch rassistischen Sinne von Höher- und Minderwertigkeiten oder von Rassen gesprochen wird, läuft dieses Konzept auf denselben Wunsch hinaus: ein rein weißes, christliches (oder je nach Strömung auch: neuheidnisches) und völkisch geprägtes Europa. „Blut-und-Boden“-Ideologie im neuen Gewand. Dieses System der völkisch fein sortierten Schubladen erlaubt weder das Fremde – das von außen Kommende, also Migrant*innen oder Geflüchtete –, noch das Andere – das Abweichende von innen, also Andersdenkende und Andersseiende, das Kosmopolitische. Und in diesem Konzept des

„Anderen“ sieht man die antisemitische Traditionslinie, war das „Andere“ doch schon immer auf das Judentum gerichtet.

Die Jüdinnen und Juden in Israel sind nun aber nicht mehr das Andere, sind sie ja nicht mehr dort, wo sie stören, sondern – aus ethnopluralistischer Sicht – dort, wo sie zu sein haben. Sie sind dort nicht mehr die „wurzellosen“, „heimatlosen“ Wesen, die angeblich den Nationalstaat mittels liberaler (Kapitalismus) oder linker (Marxismus) Theorien auflösen wollen. So wie es Antisemit*innen schon immer egal war, was Jüdinnen und Juden wirklich machen, so wie immer nur die Idee über die Juden, „l'idée de juif“ (Jean-Paul Sartre) ausschlaggebend war, so ist in dieser verdeckten Form des Antisemitismus auch egal, ob Israelis jüdisch sind oder nicht, da ihnen die Idee des Jüdischseins nicht zugeschrieben wird. Für die angeblich proisraelische Rechte ist die Idee des Jüdischen nur auf kosmopolitische Personen, wie George Soros, bezogen.

Die größten Antisemiten waren auch immer gleichzeitig die größten Arbeitsfetischisten – Luther, Ford, Hitler. Ihr Arbeitsfetischismus ließ nur harte Arbeit als ehrliche gelten. Den Jüdinnen und Juden jedoch wurde unterstellt, dass sie eben nicht selber arbeiten würden, sondern nur das Geld des armen ausgebeuteten Volks arbeiten ließen. Der nationalsozialistische Klassiker der guten und deutschen „schaffenden“ und der schlechten und jüdischen „raffenden“ Arbeit.

Und diesem antisemitischen Idealbild entspricht der jüdische Staat eben nicht mehr, der sich natürlich nur durch – aus rechter Perspektive – „schaffende Arbeit“ aufbauen konnte. Wie Heribert Schiedel vom *Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands (DÖW)* feststellt, ist es für die Neue Rechte möglich, „sich für Israel zu begeistern und gleichzeitig gegen Jüdinnen und Juden zu hetzen. Dazu musste die Feindgruppe nur gespalten werden: Hier die ‚Muskeljuden‘, die sich schaffend ans Aufbauwerk machen, dort die kosmopolitischen ‚Zersetzungsdenker‘ und die ‚internationale Hochfinanz‘, die überall auf der Welt nationale oder religiöse Gemeinschaft bedrohen.“ Auch hier entspricht der jüdische Staat nicht mehr der „idée de juif“.

Gleichzeitig muss Israel aber dennoch als jüdisch wahrgenommen werden, denn sonst geht die Taktik der populistischen Neuen Rechten nicht auf, ihren Antisemitismus hinter Jüdinnen und Juden zu verstecken und diese in die Komplizenschaft für den Kampf gegen die angebliche Islamisierung Europas zu

zwingen. Israel muss also gleichzeitig jüdisch und nicht-jüdisch sein – es ist somit nicht nur der Jude unter den Staaten, der immer besonders beäugt wird, sondern der Staat gewordene „Ausnahmejude“, den Hannah Arendt in *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft* beschreibt: Er ist nur scheinbar akzeptiert, um sich mit ihm zu schmücken und ihn auszunutzen. Denn eigentlich verachtet die Rechte das Judentum wegen seiner Liberalität und seinem Streben nach Wissen und Aufklärung, wohingegen die Rechte Teile des Islams für seine Autorität und seine antimoderne Agenda bewundert – nur eben nicht in Europa, da wollen sie die Starken sein und da wollen sie keine „Durchmischung“ ihres geliebten Volkskörpers.

Jüdisches Feigenblatt

So wie die *BDS*-Bewegung (*Boycott Divestment Sanctions*), die einen Boykott israelischer Waren und Kulturgüter fordert, ihren „Kauft-nicht-bei-Juden“-Antisemitismus dahinter zu verbergen sucht, dass ja auch jüdische Einzelpersonen und Gruppierungen die Bewegung unterstützten, so verbirgt die populistische Neue Rechte ihren Antisemitismus hinter einer instrumentellen Israelsolidarität. Jüdinnen und Juden dienen nur als Feigenblatt – so wie die Rechte sich in ihrem Kampf gegen die als Feind ausgemachten Geflüchteten und muslimisch identifizierten Menschen auch plötzlich als Beschützerin von Frauen und Homosexuellen präsentiert, obwohl sie ansonsten eine zutiefst patriarchale und heteronormative, ja misogyne und homophobe Politik betreibt.

Die populistische Neue Rechte benutzt das Judentum nur, um sich selber in einem guten Licht darzustellen und um gegen Muslim*as zu hetzen, offenbart aber letztlich ihre eigene Inkonsistenz, indem sie Verschwörungstheorien und antisemitische Stereotype verbreitet. Der Antisemitismus ist die alle rechten Strömungen verbindende ideologische Grundlage – ganz besonders bei *AFD* und *FPÖ*, die in direkter Linie zum deutschen Faschismus stehen. Denn wenn die Neue Rechte ihr Ziel erreicht hat, wird es schnell wieder so weit kommen, dass die Solidarität mit jüdischen Menschen und dem jüdischen Staat vergessen ist, der Antisemitismus wieder offen zu Tage bricht und aus dem „christlich-jüdischen“ Abendland ein rein völkisches wird.<

Pit Kühnöl ist
Politikwissenschaftler
und befasst sich mit
den Bereichen
Nationalismus,
Antisemitismus und
Verschwörungstheorien



Tsching

*Tsching tsching tsching tsching tsching tsching tsching tsching
tsching tsching tsching tsching tsching tsching tsching tsching
tsching tsching tsching tsching tsching tsching tsching tsching*

Im Kopf von Dr. Sommer

Die unten genannten Worte könnten heute als Inschrift auf dem Tor des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) stehen. Durch diese Hölle müssen alle Geflüchteten hindurch, die nach Deutschland kommen. Was geht im Kopf des Hausherrn vor? Von Human.

*„Durch mich geht man hinein zur Stadt der Trauer,
Durch mich geht man hinein zum ewigen Schmerze,
Durch mich geht man zu dem verlorenen Volke.
Gerechtigkeit trieb meinen hohen Schöpfer,
Geschaffen haben mich die Allmacht Gottes,
Die höchste Weisheit und die erste Liebe
Vor mir ist kein geschaffen Ding gewesen,
Nur ewiges, und ich muss ewig dauern.
Lasst, die Ihr eintretet, alle Hoffnung fahren!“*
(Inschrift auf dem Tor zur Hölle, dritter Gesang,
aus Dante Alighieri: Die Göttliche Komödie)

Ich sage es noch ein letztes Mal, das ist ein gewisser Irrtum bezüglich des deutschen Asylrechts, dem in dieser Runde offenbar manche, die sich zu Wort gemeldet haben, unterlegen sind, und das wollte ich schon noch einmal deutlich machen. Asyl wird in Deutschland gewährt bei politischer Verfolgung oder in Fällen, bei denen Abschiebungshindernisse bestehen. Es gibt in Deutschland, und meines Wissens übrigens in keinem anderen Land der Welt, ein allgemeines Recht für die illegale Einwanderung. Das bedeutet ganz klar: Zunächst einmal entscheidet das Bundesamt über die Asylgewährung. Dass es das sehr verantwortungsvoll tut, das sehen Sie – ich habe es so befohlen – an den Anerkennungsdaten. Bei vielen Problemländern des Bundes haben wir eine sehr niedrige Anerkennungsquote. Das habe ich so befohlen.

Die freiwillige Ausreise fördern

Zunächst einmal ist es natürlich unsere Aufgabe, die freiwillige Ausreise der abgelehnten Asylanten zu fördern. Dafür gibt es Bundesmittel, dafür gibt es auch gewisse Landesmittel, und ich würde mich freuen, wenn wir hier in Zukunft vielleicht noch etwas mehr tun könnten, denn mir ist jede freiwillige Ausreise lieber als eine zwangsweise. Das tut mir im Herzen weh, wenn ich Ausländerkinder abschieben muss. Wer das aber nicht tut – und das ist nun im Bundesrecht eindeutig vorgegeben –, den müssen wir abschieben. Abschieben, Abschieben, Abschieben. Das macht mich extrem geil. Wenn wir trotzdem in vielen Fällen eine Duldung erteilen müssen, liegt das daran, dass diese Abschiebung nicht möglich ist. Und das wiederum liegt bedauerlicherweise in sehr vielen Fällen daran, dass diese Personen über ihre Identität täuschen –

Human ist assimiliert
Ausländer und hat ein bisschen
Angst, dass nach diesem Text seine
Asylakte herausgeholt und er
abgeschoben wird.
Freut sich aber auch ein bisschen, weil er
sich eine große Solidaritätsaktion
unter #FreeHuman vorstellen kann

diese dreckigen Täuscher – und auch nicht bereit sind, bei der Identitätsaufklärung mitzuwirken.

So erzählen mir Frauen aus Afghanistan, sie wurden gezwungen, an der Seite der Taliban zu kämpfen. Die lügen dir ins Gesicht, ohne rot zu werden. Wobei ich auch täusche, lüge und mit krummen Zahlen hantiere. Aber ich bin der Sommer, niemand kann mir was anhaben.

Die Asyltouristen werden klatschend anerkennend aufgenommen und vor der Abschiebung gewarnt. Gewarnt von den sogenannten Flüchtlingsräten mit ihren blackgefacten Flüchtlingshelfern. Es wird Zeit, den sogenannten Flüchtlingsräten mit ihren blackgefacten Flüchtlingshelfern den Garaus zu machen. Was regen die mich nur auf.

Ich schaffe Tatsachen

Damit man nachvollziehen kann, wie verantwortungsvoll ich arbeite, hier mein Tagesablauf:

Ich wache jeden Tag um 6:15 Uhr auf.
Um 6:45 Uhr frühstücke ich.
Ich frühstücke Croissants mit Marmelade und Kaffee.
Um 7:18 nehme ich den Zug nach Nürnberg. Ich fahre durch die bayerische Landschaft. Ich finde, Bayern ist das schönste Land der Welt.
Um 8:30 Uhr erreiche ich die Behörde mit stark humanitär geprägten Aufgaben.
Um 9:00 befehle ich, das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge in Bundesamt zur Aberkennung und Bekämpfung von ausländischen Flüchtlingen umzubenennen.
Um 10:00 Uhr mache ich Feierabend.

Ich werde noch weitere Änderungen veranlassen, damit den Ausländerbehörden ermöglicht wird, die Ausreisepflicht – selbstverständlich unter Verletzung rechtsstaatlicher Vorgaben – so effektiv wie möglich durchzusetzen.

Ich schaffe Tatsachen. Ich möchte es nicht akzeptieren, dass mir mein Freiheitswille geraubt wird. Dieses ganze System ist am Arsch. Diese Gesellschaft, in der niemand mehr sagen kann, was er will. Wo dir vorgeschrieben wird, was du essen, wie viel du trinken und wie schnell du fahren darfst. Du bist ein Rassist, du bist ein Sexist! Die sollen alle mal die Fresse halten. Es braucht mal wieder einen richtigen Krieg.

*Ich bin ein Hipster, Tarnjacke und Rote Airs
Die AK für den Vintage-Look, Retro so wie Rote Khmer
Es is' endlich wieder Krieg, Vom Berghain an die Front, Kids
Erst wird geballert und dann wird gebombt
Die lila Wolken sind verschwunden im Fauchen der Turbinen
1000 Robota - Rauchende Ruinen
Durch den Schlamm auf allen Vieren, Ernst Jünger rezitieren
Bloodland statt Stadtstrand - Alle jubilieren
Was MDMA? Ich hab PTBS
Lars Mährholz wird als erstes von Raketen zerfetzt
Mein Vater schaut „Die Brücke“, in sein' Augen stehen Trän'
Mein Trommelfell spielt Marschlieder, kann ihn nich' verstehn'!*

Nacht für Nacht wache ich auf und mache mir Gedanken, wie ich die Ausländer loswerden kann. Um mich wieder zu beruhigen hole ich einige Asylakten hervor und lehne alles ab. Danach freue ich mich sehr. Ich weine sogar vor Freude. Dann aber vergeht die Freude und ich erschrecke über meine eigene Gehässigkeit. Woher kommt die eigentlich? Warum füllt sich mein Herz mit so viel Schmerz und Hass? Warum dürfen alle sprechen? Die armen, bedrohten Flüchtlinge dagegen schweigen.

Scheiß drauf, ich hasse sie alle. Sie sollen raus, ganz schnell raus aus der Bundesrepublik Deutschland. Raus, raus, pfiat di. Wir schaffen alle raus. Inshallah.<



Coming Home

Bund und Länder wollen, dass Geflüchtete keinen Tag länger in Deutschland verbringen, als unbedingt notwendig ist. Die meisten müssen das Land gegen den eigenen Willen verlassen – aber einige reisen freiwillig aus. Doch wie freiwillig kann eine solche Ausreise tatsächlich sein? Dr. Inge Kapraun arbeitet seit Jahrzehnten mit Geflüchteten, davon 13 Jahre im Bereich der Rückkehrhilfen. Ein Interview von Başak Özdemir.

Ich würde gerne Fragen stellen über Menschen, die zu dir kamen, die sich für eine Rückkehr entschieden haben oder sich beraten lassen wollten. Wer kommt und lässt sich beraten für eine Rückkehr und wer sind diese Menschen?

Wir reden jetzt hier speziell von der Rückkehr von geflüchteten Menschen, das ist ja ein besonderer Personenkreis. Die Menschen, die Rückkehrer*innen, über die wir sprechen, das sind Menschen, die erstens mal nicht unbedingt freiwillig aus ihren Ländern nach Deutschland gekommen sind. Meistens sind es ja Geflüchtete aus entweder Kriegssituationen oder Perspektivlosigkeit und zweitens muss man sich daneben auch anschauen, was für eine Form diese Rückkehr ist: Ist es eine freiwillige Rückkehr, oder ist es eine erzwungene Rückkehr? Was ist überhaupt eine freiwillige Rückkehr? Ich habe in dem Bereich gearbeitet und dieser Begriff der freiwilligen Rückkehr ist natürlich ein sehr schwieriger.

Ich habe im Rahmen meiner Arbeit vor Jahren schon mal einen Vortrag gehalten zu dem Thema und habe damals die ganzen Definitionen zur freiwilligen Rückkehr zusammengefasst. Ich kann mich an eine extreme Definition erinnern: In einem skandinavischen Land beispielsweise wurde freiwillige Rückkehr so definiert, dass nur ein Mensch mit einem festen Aufent-

halt freiwillig zurückkehren kann. Und das andere Extrem war, glaube ich, die Definition der *IOM* [*Internationale Organisation für Migration; Anm. d. Red.*], die davon ausgeht, dass es sich um freiwillige Rückkehr handelt, solange keine Abschiebung stattfindet.

Und ich war in diesem Bereich tätig, wo es um ‚freiwillige Rückkehr‘ ging. In diesem Zusammenhang gab es tatsächlich Menschen, die sind freiwillig zurückgekehrt. Es gab sogar ein paar mit einem festen Aufenthalt, die zurückkehren wollten. Meistens hatte das familiäre Gründe.

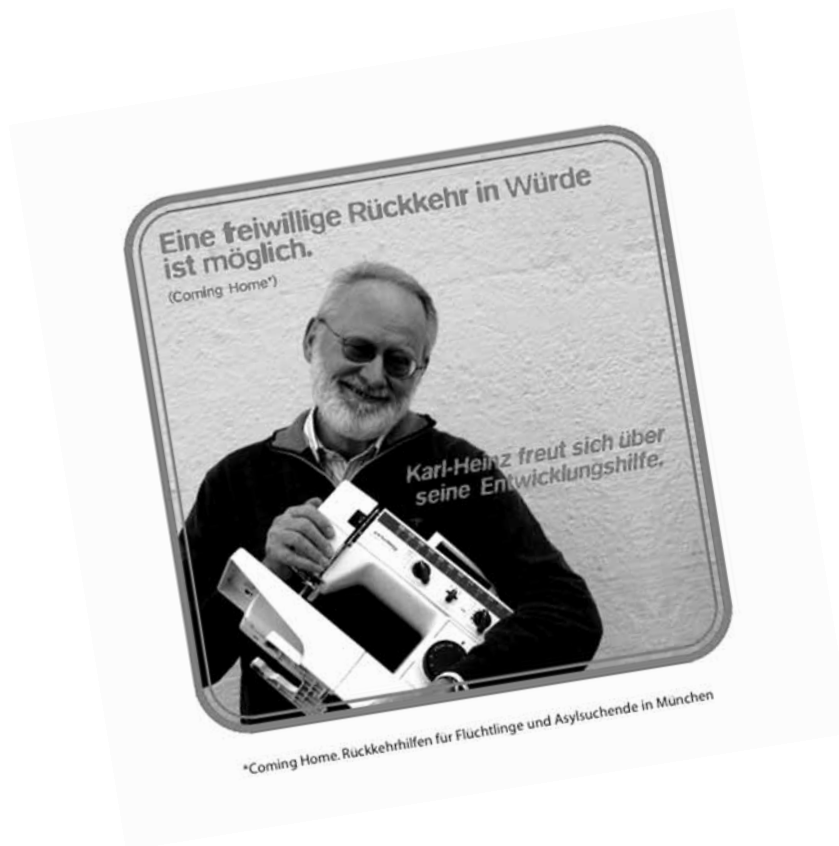
Aber der Großteil der Menschen, mit denen ich gearbeitet habe, waren eigentlich Menschen, die entweder tatsächlich ausreisepflichtig geworden sind und mit dieser ‚freiwilligen Rückkehr‘ ihre Abschiebung verhindern konnten. Oder auch Menschen, die aufgrund ihres Aufenthaltsstatus, in dem Fall meistens Duldung, oft schon sehr lange in Deutschland waren und hier keine Perspektive gesehen haben.

Aufgrund ihrer aufenthaltsrechtlichen Rahmenbedingungen konnten die Menschen hier kein Zuhause finden. Dann gingen sie lieber nach Hause. Die EU gibt in solchen Situationen Gelder für die Unterstützung und Förderung von sogenannter freiwilliger Rückkehr. Und in dem Zusammenhang habe ich

Leute beraten und darüber informiert, welche Hilfen möglich sind. Das waren einmal die Startgelder von der *IOM* und Projektgelder von der EU. Später kamen auch noch Mittel der bayerischen Landesregierung hinzu. Mittlerweile hat sich da einiges geändert, ich bin schon lange nicht mehr in dem Bereich. Aber damals gab es noch Projektgelder, womit wir zum Beispiel Existenzgründungen unterstützen konnten. Oder wir konnten Leuten medizinische Versorgung im Heimatland für eine gewisse Zeit ermöglichen. Ich muss ehrlich sagen: Wir haben mit unserer Arbeitsstelle wirklich versucht, das Möglichste zu tun, um Menschen zu unterstützen. Wirklich, das Bestmögliche. Aber es kam auch immer auf das Rückkehrland an, auch auf die Person. Da gab es sehr viele Facetten.

Du sagtest, es hat sich verändert; Existenzgründung, das hört sich ja erst mal ganz human an für eine ‚freiwillige Rückkehr‘. Mittlerweile hört man aber von irgendwelchen Beträgen, die Leute, die ‚freiwillig zurückkehren‘ möchten, bekommen. Gibt es diese Unterstützung bei Existenzgründung überhaupt noch?

Ich weiß, dass es mittlerweile viel mehr Projekte in den Heimatländern gibt, anders, als ich da gearbeitet habe. Ich war damals für Afrika zuständig und damals gab es



eigentlich so gut wie nichts. Es gab fast keine Strukturen. Ganz zum Schluss hat sich ein bisschen was entwickelt. Ansonsten gab's Projekte vor allem in Afghanistan, Irak oder Kosovo, im ehemaligen Jugoslawien. Da gab es zum Beispiel Projekte, die es für Afrikaner*innen nicht gab. Es gab verschiedene Beträge, wir hatten damals für Existenzgründungen einen Betrag von der EU. Das war ein bestimmter Rahmen, den konnte man mit einer guten Begründung auch mal überziehen. Und das gibt es immer noch. Ich weiß, dass die Gelder, die die *IOM* ausbezahlt, für bestimmte Länder sehr erhöht wurden.

Wie war denn der Entscheidungsprozess der Menschen, die da zu euch gekommen sind? Hatten die sich vorher schon entschieden oder erst bei dir, wie ist dieser Prozess abgelaufen?

Das war auch individuell völlig verschieden. Prinzipiell war unsere Beratungsstelle eine offene. Wenn jemand nach der Beratung die Hilfe nicht in Anspruch nehmen wollte, war das kein Problem. Das haben wir auch den Leuten erklärt. Nur wie gesagt, in vielen Fällen hatten die Leute gar keine andere Wahl.

Wenn eine Person also ausreisepflichtig ist, könnte sie trotzdem in die Beratung kommen und würde dann eben als ‚freiwillig rückkehrend‘ gelten?

Ja, das ist genau der Punkt. Dann gab es einen Bescheid, mit einer Ausreisefrist von normalerweise vier Wochen. Das war eigentlich gewollt, dass diese Leute dann zu uns kommen, denn Abschiebung kostet viel Geld und ist aufwändig. Die Leute sagen dann, ‚ich muss ausreisen und bevor ich abgeschoben werde, gehe ich lieber

freiwillig. Wie können Sie mir helfen?‘

Ein positiver Aspekt der Arbeit war, dass es uns wichtig war, die Leute respektvoll zu behandeln. Ich hatte oft das Gefühl, wir sind so die letzte Adresse in Deutschland für Menschen, die zum Teil so viel Unangenehmes oder Verletzendes oder Kränkendes erlebt haben. Deswegen war es uns auch immer ganz wichtig, den Leuten doch noch was mitzugeben. Dass es auch noch andere Deutsche gibt, das habe ich immer wieder als Feedback bekommen und nicht nur ich. Man gibt sich schon Mühe, aber die Rahmenbedingungen sind einfach hart.

Was waren denn für dich die negativen Aspekte?

Es war unglaublich belastend und anstrengend. Psychisch, emotional

sehr anstrengend. Klar, man versucht das Ganze professionell zu machen, das Ganze nicht zu nah an sich herankommen zu lassen und so weiter, aber ich hatte auch zum Teil Leute fast zwei Jahre bei mir. Ich kannte die, und dann hatte ich auch noch Kontakt mit ihnen, als sie wieder in ihrem Heimatland waren. Ich kann ja diese Länder nicht ändern, die Verhältnisse in diesen Ländern sind ja oft das Problem, da können wir das Beste wollen und die Leute das Beste wollen. Ich habe jemanden beraten, der hat ein Internetcafé aufgemacht. Dann schlagen da zwei Blitze ein, da ist alles hin. Und dann war es das. Und bei uns ist das dann versichert, das gibt es dort alles nicht.

Und ich habe immer wieder erlebt, wie die Existenzgründungen einfach gescheitert sind. Ich habe auch welche erlebt, die geklappt haben, aber das waren einfach meistens die, die familiär irgendwo einsteigen konnten, zumindest in afrikanischen Ländern.

Was passiert, wenn Rückkehrende keinen guten Anschluss finden, zum Beispiel keine Familie im Herkunftsland haben?

Natürlich gab es immer Leute, die wollten ganz bewusst nicht mehr zurück in die Strukturen, aus denen sie kamen, weil sie dort eben Probleme hatten. Die sind dann normalerweise in die großen Städte gegangen, Lagos zum Beispiel. Und die großen Städte sind problematisch hinsichtlich Existenzgründung. Mit 3000 Euro kann man auch in Lagos nicht viel machen. Weil da auch die Mieten teuer sind. Weil Lagos auch eine teure Stadt ist. Wenn man was aufbauen will.

Oder Angola. Ich habe mal eine Rückkehrerin beraten, die wollte

sogar unbedingt dorthin zurück. Die ist dann nach Luanda. Wir recherchieren ja auch immer, dadurch habe ich erfahren, Luanda ist die teuerste Stadt der Welt! Die Dame kam als unbegleitete Minderjährige. Sie war eine total fitte, intelligente junge Frau, hat hier ihren Schulabschluss gemacht. Die will in keinen Slum mehr, die will angemessen leben. Da stößt man an die Grenzen, vor allem in afrikanischen Ländern. Dort ist in den letzten Jahren der Abstand zwischen arm und reich noch weiter auseinandergegangen.

Habt ihr in allen Fällen geprüft, ob die rechtlichen Mittel schon alle ausgeschöpft waren, ob eine Abschiebung wirklich nicht vermieden hätte werden können?

Am Anfang habe ich sehr viele Menschen aus Togo beraten, die sehr lange in Deutschland waren. Das waren zum Teil Frauen mit Kindern in Ewigduldung, und da kam auch manchmal in der Beratung raus, dass die schwer traumatisiert waren. Wenn ich in der Beratung gemerkt habe, jemand ist traumatisiert, jemand ist krank, dann haben wir natürlich schon geschaut, was man da machen kann, wenn das die Leute wollten – und sie wollten es eigentlich immer. Und wir haben oft erreicht, das Leute noch in Therapien kommen konnten.

Ich kann mich noch an einen besonders schlimmen Fall erinnern. Das war eine Frau, schwer traumatisiert, mit zwei kleinen Kindern. Sie wollte unbedingt heim, sie kam aus dem Ostkongo. Und sie hatte dort das erlebt, was Frauen im Ostkongo erleben. Und ein Kind war das Ergebnis davon. Sie wollte unbedingt zurück, und wir haben versucht, ihr zu erklären, dass das keine gute Idee ist.

Wir haben es dann mit Projekten und Existenzgründung probiert, als sie zurück nach Kinshasa gegangen ist. Wir hatten immer Kontakt. Und dann ist alles ganz schief gelaufen. Es waren Wahlen und sie hat im Haus von einem in der falschen Partei gewohnt, dann musste sie von da flüchten. Danach ist sie nach Angola geflohen. In Angola ist sie schwerst misshandelt und beraubt worden.

Ich habe dann versucht, sie über das *UNHCR [Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen, Anm. d. Red.]* nach Deutschland zu bringen. Das hat aber nicht geklappt und irgendwann musste ich einfach den Kontakt beenden. Nach Jahren, weil wir nicht mehr konnten. Und dann habe ich erfahren, dass sie wieder nach Deutschland kam! Sie hat es tatsächlich geschafft, wieder in Deutschland einzureisen. Hat selber zwei Kinder und hat noch die drei Kinder ihrer ermordeten Schwester gefunden, und ist mit diesen Kindern durch Ostafrika geflohen.

Es heißt immer, „die muss man abschrecken, die muss man abhalten“. Ich glaube, dass wir hier völlig unterschätzen, welche Ressourcen Menschen haben, einfach was Menschen schaffen, wenn sie verzweifelt sind. Ich gönne es ihr von Herzen. Sie hat jetzt einen Aufenthaltstitel, weiß ich von der Asylberaterin, und hat jetzt eine Wohnung und Arbeit. Also alles gut. Aber da ist mir noch mal so klar geworden, dass wir hier im Westen ein ganz anderes Bild vom eigenen Leben haben und wir denken, unser eigenes Leben, das ist das Allerwichtigste. Ich glaube, dass man unterschätzt, dass viele Menschen, wenn sie auf die Flucht gehen, sich denken: „Wenn ich sterbe, sterbe ich.“

Wie stehst du jetzt im Rückblick zu dem Konzept von ‚freiwilliger Rückkehr‘?

Prinzipiell finde ich eigentlich, es ist eine gute Sache, Menschen zu unterstützen, die wirklich freiwillig in ihr Heimatland zurück möchten. Mein Problem mit dieser Unterstützung und Förderung der freiwilligen Rückkehr ist für mich eher, dass die Interessen des deutschen Staates im Vordergrund stehen, nicht die des rückkehrenden Menschen.

Man schaut dann zwar schon, dass man den Rückkehrer, soweit es irgendwie möglich ist, unterstützt. Aber das primäre Ziel ist, die Menschen außer Landes zu bringen. Und das finde ich irgendwie schade, dass so wahnsinnig viel Druck gemacht wird auf Menschen, zurückzugehen. Weil ich auch gemerkt habe, was passiert, wenn man den Leuten die Gelegenheit gibt, hier etwas Gescheites anzufangen. Wir brauchen ja die Zuwanderer*innen. Das wissen wir mittlerweile. Wir brauchen die Handwerker*innen. Ich finde, es ist widersinnig, dass man Menschen bei so einer Schicksalsfrage unter Druck setzt, wo wir im Endeffekt auch nichts davon haben. Eigentlich würde es mehr Sinn ergeben, die Leute auch am Arbeitsleben, dem sozialen Leben teilnehmen zu lassen.

Und dann ist da dieser Begriff der Freiwilligkeit, der ist wirklich schwierig. Ich weiß jetzt nicht genau, ob es einen passenderen Begriff gibt, aber mich hat es immer wahnsinnig gestört, wenn Leute sagten, die Inge führt Flüchtlinge zurück. Flüchtlingsrückführung, das ist auch so ein Wort, da kann ich überhaupt nichts damit anfangen. Entweder ich schiebe ab, oder ich lasse da. Was heißt ‚rückführen‘?

Letztendlich hast du diese Arbeit dann freiwillig aufgegeben, oder?

Ja, ich habe gewechselt, weil ich es im Endeffekt gesundheitlich nicht mehr ausgehalten habe. Ich bin richtig krank geworden. Die Arbeit war total interessant, man hat mit ganz tollen Menschen gearbeitet, sehr intensiv. Und klar, man macht auch mal Dienstreisen in die Länder, man ist im Kontakt mit den Ländern. Es ist auch wahnsinnig spannend. Aber im Endeffekt hatte ich dann so ein paar ganz schlimme Fälle, wo ich gemerkt habe, ich kann das nicht mehr. Und von daher denke ich mir schon, dass man, um in dem Bereich zu arbeiten, sich wirklich gut abgrenzen können muss. Weil die Arbeit ist an und für sich wichtig, es wäre nur schön, wenn es wirklich um Freiwilligkeit ginge. Und ein bisschen ist es so eine Heftpflaster-Veranstaltung, dass man halt ein paar Leuten hilft, das dann aber auch immer öffentlichkeitswirksam darstellt, damit die Politik nicht ganz so schlimm dasteht.

Jetzt bin ich im Bereich Integrationsberatung und bin ganz glücklich, die Arbeit mache ich wahnsinnig gern und ich merke eigentlich erst jetzt richtig, im Nachhinein, wie mich das belastet hat. Weil es mir jetzt gut geht.

Das ist ja eigentlich das Gegenteil – du berätst nicht mehr dazu, wie Menschen zurückgehen können, du berätst sie zum Dableiben.

Es hat ja nicht denselben existenziellen Charakter. Eine Rückkehr ist ein unglaublicher Einschnitt ins Leben und ich finde, das wird in der Öffentlichkeit und den Medien schändlicherweise einfach nicht gewürdigt, was das eigentlich für eine wahnsinnig wichtige, tief einschneidende Entscheidung in der Biografie von Menschen ist. Und

wir maßen uns an, einfach so da drüber zu entscheiden. Das können wir uns alle gar nicht vorstellen.

Ich selber habe auch schon mal als Migrantin fünf Jahre im Ausland gelebt und bin dann nach Deutschland zurückgekehrt, aber unter ganz anderen Bedingungen. Weil ich in dem anderen Land freiwillig war, mit einem festen Aufenthalt, und dann wieder heim gegangen bin. Ich bin damals freiwillig weg und kam freiwillig zurück und das war schon fast traumatisierend, bis ich diese Entscheidungen getroffen hatte.

Ich habe hier die besten privilegierten Rahmenbedingungen, im ähnlichen Kulturkreis, also alles halb so wild. Von daher hatte ich immer einen ganz guten Blick dafür, wirklich, was das eigentlich macht mit Menschen. Ich denke mir oft, wenn ich so an die Lebensbedingungen von Geflüchteten in Deutschland denke, eigentlich müssten wir permanent Mord und Totschlag in diesen Unterkünften haben. Es ist unglaublich, was diese Menschen ertragen.

Es ist, politisch gesehen, wirklich sehr besorgniserregend, dass wir in Deutschland wieder eine Menschengruppe schaffen, die wir eigentlich nicht gleich behandeln. Die Geflüchteten sind eigentlich eine Gruppe von Menschen, die nicht die gleichen Rechte haben wie die Deutschen. Ich würde sogar sagen, dass auch wirklich unser Grundgesetz §1 hinsichtlich der Menschenwürde verletzt wird – dass das so hingenommen wird auch in der Öffentlichkeit, auch von den Medien, das finde ich erschreckend. Gerade bei der deutschen Geschichte.<

Dr. Inge Kapraun ist seit 34 Jahren in der Arbeit mit Geflüchteten tätig. Sie war in Gemeinschaftsunterkünften und auch im Bereich der Rückkehrhilfen beschäftigt – derzeit ist sie Integrations- und Bildungsberaterin



„Letztendlich verstand ich, dass die beste Strategie, um sich nicht hoffnungslos zu fühlen, ist, aufzustehen und etwas zu tun. Nicht zu warten, bis einfach etwas Gutes passiert. Wenn man aufsteht und dafür sorgt, dass gute Dinge geschehen, dann füllt man die Welt mit Hoffnung, und fühlt sich selbst mit Hoffnung.“

Meine Reise, meine Geschichte, mein Sinn

Von Goodluck Haule.

Es gibt vielleicht nichts so quintessenziell Menschliches wie die Suche nach Sinn. Seit Anbeginn der Geschichte sind Menschen Wesen, die Sinn suchen, Sinn machen und sich nach Sinn sehnen. Wir alle wollen wissen, dass unsere Leben mehr sind als die Summe unserer Erfahrungen. Die Frage ist: Wie führen wir sinnvolle Leben?

Drei Dinge nenne ich die Säulen der Sinnhaftigkeit: Zugehörigkeit, Erzählen, und Bestimmung.

Zugehörigkeit

Das Gefühl von Zugehörigkeit speist sich aus menschlichen Beziehungen und Verbindungen, die auf gegenseitiger Fürsorge basieren. Wenn Menschen abgelehnt oder ignoriert werden, empfinden sie ihr Leben als weniger sinnvoll. Aber wenn sie sich geschätzt fühlen, empfinden sie es als sinnvoller – was Sinn ergibt. Wenn Menschen dich behandeln, als hättest du Wert, dann empfindest auch du dich als wertvoll.

Vor nicht allzu vielen Jahren fehlte mir etwas in meinem Leben. Ich fragte mich kontinuierlich: „Ist das alles? Ist das alles, was das Leben hergibt?“ Aber ich teilte diese Fragen mit niemandem, weil es niemanden zu geben schien, der es verstand. Ich fühlte mich so einsam, fast hoffnungslos, und ich hatte Angst, dass mein Leben für immer so weitergehen würde.

Was alles noch schlimmer machte – ich war erfolgreich in den Augen anderer Menschen, meiner Kolleg*innen, meiner Familie, meiner Freund*innen. Ich fühlte mich schuldig und warf mir vor, undankbar zu sein, weil ich auch nur mit der Idee spielte, meinen Job aufzugeben, für den andere Menschen alles getan hätten!

Aber ich konnte auch nicht weiter so tun, als wäre alles in Ordnung. Ich konnte nicht im Schatten weiterleben, ich konnte meine sexuelle Orientierung nicht weiter verstecken. Ich wusste tief in meinem Herzen, dass mir etwas fehlte. Und obwohl ich nicht genau wusste, was das war oder welche Schritte ich gehen konnte, wusste ich doch, dass ich so nicht weitermachen konnte. Also begann ich, meine Sexualität offen zu leben und liebevoll mit meinem Partner zu sein. Das führte dazu, dass ich entlassen wurde.

In den Jahren darauf lernte ich, mir ein Leben zu schaffen, das voll von intensiver, tiefer Sinnhaftigkeit und dauerhaftem Glück war; und voller Arbeit, die ich liebe, und mit der ich bedeutsame Veränderungen in Tansania und der Welt unterstütze.

Aber meine Flucht bleibt ein nicht enden wollender Albtraum. Die tatsächlichen Albträume habe ich immer noch, sie lassen mich nicht los. Dann vergesse ich, dass ich in meinem eigenen Schlafzimmer in der Geflüchtetenunterkunft bin. Ich vergesse die schwule Szene, die Aktivitäten, und die Beratung bei *Sub*

(Schwules Kommunikations- und Kulturzentrum München e.V.). Ich vergesse die Zeit, die ich mit LGBTIQ*-Freund*innen verbringe. Ich vergesse meine alltägliche Routine hier in Deutschland. In meinen Alpträumen bin ich wieder in Tansania, hungrig und in Furcht, verfolgt und gequält von einem barbarischen Regime.

Erzählen

Im Erzählen nehmen wir unsere Erfahrungen und flechten aus ihnen eine große Geschichte, die bestimmt, wer wir sind und woher wir kommen. So ziehen wir Sinn aus unseren Erfahrungen und der Welt um uns herum. Wenn wir versuchen, jemanden kennenzulernen, fragen wir sie damit nach ihrer Geschichte und wenn wir wollen, dass jemand uns kennenlernt, dann teilen wir unsere Geschichte mit ihnen. Das Erzählen hilft uns, andere und uns selbst zu verstehen.

Die Säulen der Sinnhaftigkeit, auf denen ich besonders ruhe, sind Zugehörigkeit und das Erzählen. Ich liebe es, mit anderen Menschen Verbindungen und Beziehungen aufzubauen – sei es meine Familie, meine Freund*innen oder einfach eine Person, die ich auf der Straße treffe. Und ich liebe es, meine Geschichte mit anderen Menschen zu teilen – ob sie gut oder schlecht ist, ich weiß, sie kann Einfluss auf andere Menschen haben.

Um Diskriminierung und Verfolgung in Tansania zu entkommen, floh ich nach Deutschland, in der Hoffnung, mich hier niederzulassen, mein Leben wieder aufzubauen und für LGBTIQ*-Menschenrechte in Tansania zu kämpfen, die Regierung zu drängen, ihrer moralischen Pflicht gerecht zu werden, auf Basis der Menschenrechtserklärung der Vereinten Nationen. Ich fordere, gleiche Rechte und Rechtsschutz für alle Bürger*innen, und ich sehne mich nach einem Land, in dem alle Menschen Leben, Freiheit und persönliche Sicherheit genießen können. Nachdem ich in Deutschland angekommen war, rief ich, „Ich bin frei, endlich frei!“ Und tatsächlich fühlte ich mich, als würde ich wie ein Adler durch die Luft fliegen, so voller Freude war ich.

Dann konzentrierte ich mich darauf, mir ein Leben aufzubauen. Ich wusste, es würde nicht einfach werden, aber ich war entschlossen und bereit, Deutsch zu lernen, deutsche Werte anzunehmen und mich in

die Gesellschaft zu integrieren, Arbeit zu finden, eine eigene Wohnung zu haben, Steuern zu zahlen und zum Sozialsystem beizutragen.

Das Leben in der Geflüchtetenunterkunft ist schwer. Ich habe Diskriminierung, Homophobie und manchmal körperliche Gewalt erfahren. Ich fühlte mich so isoliert, dass ich manchmal nicht einmal mehr sicher war, ob ich mit meiner Flucht die richtige Entscheidung getroffen hatte, weil ich nun in geteilten Räumen mit genau den schwulenhassenden Menschen wohnen muss, denen ich in Tansania entkommen war. Es ist besonders schwierig in den Unterkünften, wenn vollkommen Fremde auf winzigem Raum zusammengepfercht sind. Schwule Menschen kämpfen hier jeden Tag mit Diskriminierung, und das ist ein Problem, dem die Regierung sich widmen muss. Als besonders gefährdete LGBTIQ*-Geflüchtete und Asylsuchende sind wir sehr viel Homophobie,

Eine Sache, mit der sich LGBTIQ*-Geflüchtete besonders gut auskennen, ist Aktivismus

Intoleranz und Ignoranz seitens unserer heterosexuellen Mit-Geflüchteten ausgesetzt. Fälle von Gewalt werden meistens nicht gemeldet.

Nachdem ich monatelang frustriert gewartet hatte, ohne dass mein Flüchtlingsstatus anerkannt wurde, dachte ich darüber nach, meinen Asylantrag zurückzunehmen und zurück nach Hause zu reisen, wo mir lange Haft oder sogar Folter und Tod drohen würden. Ich begann, wegen kleinster Probleme paranoid zu werden und lag nächtelang wach. Ich hatte Angst, angegriffen zu werden, stellte zehnmal in einer Nacht sicher, dass die Tür verschlossen war. Ich schlief mit Lampen unter meinem Bett, weil ich Angst vor den Dingen unter meinem Bett hatte, wie ein kleines Kind.

Mein Wendepunkt kam mit der Therapie. Eines Tages erzählte mir ein anderer Aktivist seine eigene Geschichte und empfahl mir, einen Arzt zu besuchen. Ich begann mit einem Allgemeinarzt, der mir Antidepressiva verschrieb; aber mein Zustand wurde schlimmer, also überwies der Arzt mich zu einem Psychologen. Zuerst dachte ich, ein Psychologe würde mir nicht helfen können. Wie sehr viele Menschen dachte ich, Therapie würde nichts ändern. Also nahm er mich stattdessen nach draußen, aus der Praxis

heraus, ging mit mir Mittag essen oder Kaffee trinken und hörte mir einfach zu. Nach und nach fühlte ich mich entspannter mit ihm und schließlich begann ich meine Therapie.

Sollte ich zurück nach Tansania gehen, würde ich alles, wofür ich gekämpft habe, verlieren. Selbst wenn ich aufhörte, Aktivist zu sein, selbst wenn ich mich unauffällig verhielte, wäre es unmöglich, als schwuler Mann zu leben oder einen Partner zu haben. Meine eigene Familie würde vielleicht versuchen, mir zu schaden oder mich umzubringen. Mein Mentor bei *Sub* meint, ich würde meine Rechte verlieren, meine Würde und mein Selbstwertgefühl. Er rät mir, Geduld zu haben, mich auf Integration zu konzentrieren und weiter für meine Ziele zu kämpfen. In den letzten sechs Monaten habe ich gemeinsam mit verschiedenen Botschaften und Menschenrechtsorganisationen in Tansania dabei geholfen, zehn Fälle anzuzeigen, in denen schwule Männer verhaftet, gefoltert und anal untersucht wurden – eine Praxis, die sowohl die UN als auch die Afrikanische Union als Folter deklariert haben. Dadurch, und mit Hilfe anderer örtlichen und internationalen Organisationen, konnten sechs der Männer Tansania verlassen.

Ich selbst überlebe dank der Unterstützung, die ich von einzelnen Menschen und Organisationen wie *Sub*, dem *Lesben- und Schwulenverband (LSVD) Berlin-Brandenburg* und dem *Bayerischen Flüchtlingsrat* erhalten habe. Immer gab es Menschen, die mir Hilfe angeboten haben. Diese Menschen erinnern mich daran, dass es immer Licht am Ende des Tunnels gibt, dass ich weiter kämpfen muss und niemals aufgeben darf. Das ist es, was mich in schwierigen und dunklen Stunden weitermachen lässt.

Ich versuche, damit umzugehen, dass Gewalt und Angst mich aus meinem Heimatland getrieben haben, und dass ich alleine und mittellos in einem fremden Land angekommen bin. Ich versuche, einen klaren Kopf zu behalten, um gute Entscheidungen für meine Zukunft treffen zu können.

Bestimmung

Eine Sache, mit der sich LGBTIQ*-Geflüchtete besonders gut auskennen, ist Aktivismus. Unsere sexuelle Orientierung hat oft dazu geführt, dass wir in unseren Heimatländern politisch aktiv geworden sind – es überrascht nicht, dass viele von uns in unseren Ankunftsländern weiterhin für LGBTIQ*- und Menschenrechte kämpfen.

Mein eigener Aktivismus war immer schon zutiefst motiviert durch die Erfahrungen, die ich seit sehr jungem Alter gemacht hatte: Beleidigungen und Drohungen, körperlicher Missbrauch, Schulverweise, Diskriminierung auf der Arbeit, psychischer Druck, Ablehnung durch meine Familie und Freunde, sexueller Missbrauch, wahllose Verhaftungen. Letztendlich verstand ich, dass die beste Strategie, um sich nicht hoffnungslos zu fühlen, ist, aufzustehen und etwas zu tun. Nicht zu warten, bis einfach etwas Gutes passiert. Wenn man aufsteht und dafür sorgt, dass gute Dinge geschehen, dann füllt man die Welt mit Hoffnung, und füllt sich selbst mit Hoffnung.

Ich entschied mich, für andere Menschen ein Quell des Lichtes und der Hoffnung zu sein, mein Leben anderen Menschen zu widmen – weil ich denke, dass alle LGBTIQ*-Personen, die die Turbulenzen eines Aufwachsens in Tansania überlebt haben, Überlebende sind. Und Überlebende haben eine Verantwortung gegenüber den Menschen, die dasselbe überleben müssen.

Ich empfinde das als meine Bestimmung, die mich mit Aktivist*innen und Organisationen auf der Welt verbindet. Eine dieser Organisationen, die Geflüchteten dabei hilft, unseren eigenen Raum in der deutschen LGBTIQ*-Szene zu gestalten, ist *Rainbow Refugees*. Der *LSVD-Bundesverband* hat Netzwerke im gesamten Land entwickelt, die LGBTIQ*-Geflüchtete mit örtlichen Communities in Verbindung bringen, um Unterstützung und Rat zu finden.

Mein Dank gilt all den deutschen Menschen, die uns unterstützen, unseren Platz in der Gesellschaft zu finden.<

Goodluck Haule ist ein LGBTIQ-Aktivist, der in seinem Heimatland Tansania Verfolgung und Diskriminierung entkommen ist. Er lebt mittlerweile in München, wo er sein politisches Engagement fortsetzt*

Antike Seenotrettung

Einer altgriechischen Sage zufolge wurde der Sänger und Dichter Arion von Lesbos durch einen Delphin gerettet, nachdem er im Mittelmeer in Seenot geraten war. Ein Glück, das heute nicht allen Schiffbrüchigen zuteil wird. Und diejenigen, die auf Lesbos an Land kommen, sehen sich mit neuen Problemen konfrontiert.



Eine Frage der Menschlichkeit

In Lagern wie dem berüchtigten *Camp Moria* auf Lesbos warten Geflüchtete unter menschenunwürdigen Bedingungen auf ihre Asylanhörungen – für queere Geflüchtete ist die Lage dort besonders gefährlich. Vincent Lindig war vor Ort.

Ahmed (Name geändert) kommt aus dem Irak und sitzt in einem kleinen Zimmer in Mytilene, der Hauptstadt der Insel Lesbos. Er ist gerade 21 geworden und lebt schon seit mehreren Monaten in Griechenland. Ahmed ist homosexuell und musste deshalb seine Heimat verlassen: „Im Irak gilt Homosexualität als haram, als Sünde. Mein Vater schlug mich jeden Tag. Er hasste mich für meine Sexualität. Ich konnte dort nicht bleiben“, sagt er. Ahmed machte sich über die Türkei auf den Weg nach Griechenland. Die wenigen Kilometer, die beide Länder voneinander trennen, legte er in einem Dingi, einem kleinen Beiboot, zurück wie so viele andere Geflüchtete. Auf Lesbos landete Ahmed im berüchtigten *Camp Moria* und musste monatelang auf seine Asylanhörung warten. In dieser Zeit fanden ein paar Iraker und Syrer im Camp heraus, warum er geflohen war. Sie bedrohten ihn mit Messern, Ahmed musste aus dem Flüchtlingscamp fliehen.

Unmenschliche Zustände

Die griechische Insel Lesbos steht wie wohl kein anderer Ort für den Umgang der EU mit Geflüchteten, die Schutz vor Verfolgung oder ein besseres Leben suchen. Die Grenze zwischen Griechenland und der Türkei ist im Grunde eine Grenze zwischen Europa und dem Rest der Welt. Hunderttausende machen sich aus Afrika, Asien, dem Mittleren und Nahen Osten auf den Weg, um hier europäischen Boden zu betreten. Die Gründe für die Flucht sind so unterschiedlich wie die Menschen, die hier ankommen.

Camp Moria hat international einen schlechten Ruf und rückt immer wieder durch mangelnde Sicherheit,

katastrophale medizinische Versorgung und chaotische Zustände in den Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit. Wegen massiver Überbelegung – *Moria* ist für 3.000 Menschen ausgelegt, zurzeit werden über 7.000 im Camp vermutet – bildete sich das informelle *Olive Grove Camp*. In Olivenhainen neben dem offiziellen Camp erstreckt sich eine Ansammlung von selbst gebauten Behausungen aus Zeltplanen und Reisensäcken. Die Wege sind unbefestigt, sanitäre Anlagen oder eine Wasserversorgung existieren nicht. Die Menschen schlüpfen durch große Löcher im Zaun von *Camp Moria*, ein paar Meter entfernt stehen Soldaten und Polizisten an einem großen Tor. Kinder spielen auf dem nackten Boden, im Winter wird es hier bitterkalt und bei Regen verwandeln sich die Wege in Sturzbäche. NGOs wie *Ärzte ohne Grenzen* oder *Oxfam* kritisieren die EU immer wieder für solche Zustände – geändert hat sich seit Jahren nichts.

Ahmed suchte wie viele andere Schutz in Europa und fand das Chaos und die Rechtlosigkeit von *Moria*. Mehr als einmal wurde er innerhalb des Camps bedroht, bevor er sich entschloss abzuhausen. „Ich wurde geschlagen, und sie hielten mir ein Messer an den Hals, diese Leute wollten mich umbringen. Ich konnte nicht in *Camp Moria* bleiben, also ging ich einfach los. Ich landete auf der Straße, ohne Geld und ohne einen Platz zum Schlafen.“

Queere Geflüchtete sind besonders betroffen

Ahmed hatte Glück im Unglück: Über Umwege bekam er Kontakt zu einer kleinen Organisation, die sich um die Bedürfnisse und die Sicherheit von queeren Geflüchteten kümmert, *Lesvos LGBTIQ+ Refugee*

Vincent Lindig ist freier Journalist und besuchte Lesbos im Rahmen einer privaten Recherche. Durch einen Freund, der vor Ort regelmäßig mit einer NGO arbeitet, konnte er erste Gespräche organisieren

Solidarity. Ruby, eine vergnügte 24-jährige Britin, ist die leitende Koordinatorin der Organisation. Sie kam 2017 auf die Insel, um eine Freundin zu besuchen, die sich bei *Lesvos LGBTQ+ Refugee Solidarity* engagierte. Ruby blieb, als die vielen Freiwilligen nach dem Sommer nach Hause gingen. Inzwischen ist sie über

Wenn man in Camp Moria einmal als queer identifiziert wurde, ist man nirgendwo mehr sicher

anderthalb Jahre am Stück aktiv und kümmert sich um etwa 30 queere Geflüchtete.

Die Organisation bietet Unterstützung bei juristischen Fragen, Arztbesuchen sowie Geldproblemen. Sie sorgt für Aufmunterung an schlechten Tagen und bildet eine überlebenswichtige Gemeinschaft. Denn Lesbos ist eine kleine Insel, viele aus *Camp Moria* fahren fast täglich in die Hauptstadt Mytilene. Das macht die Sicherheit im Alltag zum schwierigsten Teil ihrer Mission, sagt Ruby: „Wenn man in *Camp Moria* einmal als queer identifiziert wurde, ist man eigentlich nirgendwo mehr sicher. Man kann natürlich versuchen, die großen Straßen zu vermeiden und nur in der Gruppe rauszugehen. Das Sicherste ist aber, gar nicht erst draußen zu sein. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass unsere Leute nach Athen verlegt werden: Dort ist es einfacher, anonym zu sein.“

Ihre Organisation stellt Ahmed ein Zimmer zur Verfügung und hilft ihm, die mentale und psychische Belastung von Isolation und ständiger Bedrohung auszuhalten. Ahmed kennt die Situation auf den Straßen und ist dort schon einmal den Männern über den Weg gelaufen, die ihn in *Camp Moria* bedroht haben. „Es ist eine kleine Welt hier, sie werden dich finden. Also gehe ich nicht viel raus. Ich esse und schlafe, das war's. Aber in *Camp Moria* haben queere Leute schlimme Probleme mit anderen Geflüchteten. Sie können dort überhaupt nicht frei leben. Wenn sie in den Augen der anderen etwas Falsches tun, werden sie getötet“, sagt Ahmed mit einem Schulterzucken.

Inzwischen ist er selbst zu einem freiwilligen Helfer geworden: „Ich arbeite als Übersetzer für Arabisch, wenn die Leute von der Organisation mich brauchen.

Ich will etwas zurückgeben, denn mir wurde so viel geholfen. Ruby war für mich da, als es mir nicht gut ging, als ich kein Geld hatte und keine Ahnung, wie es weitergehen soll. Deshalb will ich dabei helfen, noch mehr Leuten wie mir unter die Arme zu greifen. Aber meine Arbeit kann nur einen kleinen Teil von dem zurückgeben, was ich an Hilfe und Unterstützung erfahren habe.“

Alle Zeichen stehen auf Abschreckung

Der fehlende politische Wille der EU, Geflüchteten im Jahr 2019 einen fairen Zugang zu einem Asylverfahren zu gewähren und damit gelten-

des Recht durchzusetzen, manifestiert sich in den Zuständen auf Lesbos – und nicht nur hier. Vor Italiens Küsten werden private Seenotrettungsmissionen kriminalisiert und Häfen für Schutzsuchende blockiert. Im vergangenen Jahr starben auf dem Mittelmeer laut Auskunft des Flüchtlingshilfswerks *UNHCR* mehr als 2.200 flüchtende Menschen bei der Überfahrt nach Europa. Die Bilder und Berichte aus den Flüchtlingslagern im Bürgerkriegsland Libyen, in denen lokale Milizen zu offiziellen Handlangern der EU werden, kennt inzwischen jeder.

Solange alle Zeichen auf Abschreckung stehen und Zustände wie in *Camp Moria* zumindest geduldet werden, sind junge Frauen, Kinder und queere Geflüchtete der entstehenden Rechtlosigkeit besonders ausgeliefert. Der Umgang mit Geflüchteten ist keine politische Frage, sondern eine der Menschlichkeit.

Am Ende des Gesprächs schaut Ahmed plötzlich hoch und lächelt: „Im Irak gibt es ein Sprichwort: Das Leben kann nicht immer süß schmecken, sonst weißt du es nicht mehr zu schätzen. All das hier wird vorübergehen, und ich versuche, jedem Menschen mit einem Lächeln zu begegnen.“ <

Dieser Text erschien zuerst in Siegessäule 05/19.

Spendenkonto der Organisation LGBTQ+ Refugee Solidarity:

borderline-europe e.V.

GLS Bank, Bochum

IBAN: DE11 4306 0967 4005 7941 00

BIC: GENODEM1GLS

Reference: LGBTQ Lesvos





Angst vor der Zukunft

Der Bundesfachverband unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (*BumF*) setzt sich seit 1998 für geflüchtete Kinder, Jugendliche und Heranwachsende ein. Für die *Hinterland* haben Johanna Karpenstein und Tobias Klaus vom *BumF* die Ergebnisse ihrer jährlichen Umfrage unter Fachkräften in der Kinder- und Jugendhilfe kommentiert.

Wie geht es jungen Geflüchteten in Deutschland? Diese Frage können letztendlich natürlich nur die Jugendlichen selbst beantworten und die Antworten würden sehr unterschiedlich ausfallen. Eine Möglichkeit, dennoch eine zuverlässige Vorstellung der allgemeinen Situation zu entwickeln, besteht darin, die Erfahrungen der Fachkräfte in Kinder- und Jugendhilfe zu evaluieren. Unsere jährliche Online-Umfrage (durchgeführt im Herbst 2018) gibt uns Anhaltspunkte, auf deren Basis wir ein Stimmungsbild zeichnen.

Dazu haben wir Fragebögen von 723 Personen ausgewertet, die mit jungen Geflüchteten arbeiten – vor allem Betreuer*innen, Vormunde oder Jugendamtsmitarbeiter*innen. Obwohl keine repräsentative Zufallsstichprobe unter den Fachkräften gezogen wurde, kann aufgrund der großen Zahl der Teilnehmenden davon ausgegangen werden, dass die Ergebnisse eine hohe Aussagekraft besitzen.

Angst vor Abschiebung und der Zukunft

Eines der zentralen Ergebnisse ist: Immer mehr Jugendliche leben in Angst vor Abschiebungen, müssen Rassismus erleben und haben Angst vor der Zukunft. Und: Diese Angst ist Gift für die Stabilisierung der Jugendlichen und ihren Lernerfolg. Der verschärfte gesellschaftliche und politische Diskurs gegenüber Geflüchteten schlägt sich hier negativ nieder.

Mehr Fachkräfte als noch in 2017 geben an, dass Jugendliche oft oder sehr oft durch Rassismuserfahrungen belastet sind (2018: 33,4%, 2017: 26,5%) und dass Jugendliche aus Angst vor Abschiebungen untertauchen beziehungsweise abgängig sind (2018: 50,9 %, 2017: 46,3%). So antwortet eine befragte Person aus Baden-Württemberg etwa auf die Frage, „Welche Besonderheiten/Schwierigkeiten gibt es bei Ihnen vor Ort im Kontext von Asylantrag, Anhörung und Klage im Asylverfahren?“:

„Die Zeit des Wartens und die Angst vor der Ablehnung und einer möglichen Abschiebung ist für viele Jugendliche sehr schlimm. Vor allem bei psychisch sehr belasteten jungen Menschen erlebe ich immer wieder eine Retraumatisierung durch die Angst, wieder ins Heimatland zurück zu müssen und die damit aufkommenden Themen. Eine Verbesserung der psychischen Situation bei unklarer Bleibeperspektive erlebe ich trotz Therapie oft als kaum möglich.“

Nach Angaben von mehr als der Hälfte der Teilnehmenden berichten die Minderjährigen weiterhin oft beziehungsweise sehr oft von Gewalt- und Missbrauchserfahrungen im Herkunftsland oder während der Flucht – ein nur geringfügiger Anstieg im Vergleich zum Vorjahr. Auch bei den Belastungsfaktoren zeichnet sich ein ähnliches Bild wie im Vorjahr ab: Aufenthaltsrechtliche Unsicherheiten und die Trennung von der Familie seien für beinahe alle der jungen

Geflüchteten (über 90%) stark belastend. Die Angst vor der Zukunft wird für über 80% der Befragten weiterhin am häufigsten als alltagsrelevante Beeinträchtigung genannt.

Kleine Fortschritte in Betreuung und Unterbringung

Positiv ist: Die Qualität der Betreuung und Unterbringung wird deutlich besser bewertet als noch im Vorjahr. Am häufigsten wird die Qualität der Hilfen zur Erziehung als sehr gut oder gut bewertet, am seltensten die vorläufigen Inobhutnahmen. Es bestehen jedoch große regionale Unterschiede und in einigen Bundesländern wurden überwiegend schlechte Bewertungen abgegeben.

Auch bei den Hilfen für junge Volljährige ist ein positiver Trend festzustellen: Nach Angaben von etwa 78,8 Prozent der Teilnehmenden werden oft oder immer Hilfen für junge Volljährige bei ihnen vor Ort gewährt. Es fehlt jedoch weiterhin an einer flächendeckenden Absicherung des Regelrechtsanspruches. Besonders oft werden zu kurze Hilfestellungen problematisiert.

Laut knapp der Hälfte der teilnehmenden Fachkräfte ist eine Hilfestellung von unter einem Jahr die Regel. Kurze Bewilligungszeiträume führten jedoch dazu, dass von Jugendlichen große Schwierigkeiten nach Hilfebeendigung rückgemeldet werden. Eine Anschlussunterbringung erfolgt laut mehr als der Hälfte der Fachkräfte regelmäßig in Wohnungen. 39,4% geben jedoch an, dass Gemeinschafts- oder Obdachlosenunterkünfte die Regel sind.

Lärm, Enge, fehlende Privatsphäre, das (Mit-)Erleben von Gewalt in der Unterkunft und hygienische Probleme wirkten sich dann stark negativ auf verschiedene Bildungsfaktoren (physische und psychische Gesundheit, erholsamer Schlaf, Regenerationsphasen, Ruhe für Hausaufgaben et cetera) aus. Zentrale Aspekte wie die physische und psychische Gesundheit der Jugendlichen und jungen Erwachsenen, Räume und Gelegenheit für erholsamen Schlaf sowie Möglichkeiten für Regenerationsphasen und ein ruhiges Erledigen der Hausaufgaben sind in Gemeinschaftsunterkünften nicht gegeben. Effekte der Jugendhilfe würden ab Ankunft in der Sammelunterkunft oft zerstört werden, und es käme zu Ausbildungsabbrüchen, berichten die Fachkräfte.

Prekäre Bildungsverhältnisse

Im Bildungsbereich ist der Konsolidierungsprozess nach den hohen Zugangszahlen in 2015 und 2016 am wenigsten weit fortgeschritten. Die Bildungssituation wird insgesamt etwas besser bewertet als noch im Vorjahr, die Bewertungen sind jedoch weiterhin besorgniserregend.

Der Zugang zu Bildung und Spracherwerb wird mit zunehmendem Alter schwieriger. Während die Bildungssituation bei unter 16-Jährigen von knapp drei Viertel der Befragten als gut oder sehr gut bewertet wird, geben dies bei über 18-Jährigen nur ein knappes Drittel der Befragten an. Es bestehen zudem große Unterschiede zwischen den Bundesländern, wobei jeweils unterschiedliche Bundesländer bei den verschiedenen Altersgruppen besonders gute oder besonders schlechte Noten erhalten.

Ein Beispiel für die regionalen Unterschiede hinsichtlich des Angebotes an Bildungsmaßnahmen ist Bayern: Hier sind Berufsschulen und schulanaloge Projekte seit einem Jahr gezwungen, die Berufsschulpflicht für junge Geflüchtete, denen keine „hohe Bleibeperspektive“ unterstellt wird, rigide und ausnahmslos auf unter-21-Jährige zu beschränken. Währenddessen kann die erweiterte Berufsschulpflicht für Geflüchtete mit sicherem Aufenthaltsstatus und solche aus den sogenannten Top-5-Ländern (Irak, Iran, Syrien, Eritrea und Somalia) weiterhin bis ins 25. Lebensjahr geltend gemacht werden, was bis 2018 noch allgemein der Fall war. Da die Berufsintegrationsklassen (BIK), die hiervon in erster Linie betroffen sind, oft die einzige Möglichkeit für geflüchtete Jugendliche darstellen, Mittelschulabschluss oder Quali zu absolvieren, stellt dies eine extreme Einschränkung der Perspektiven vieler junger Menschen dar.

Neben Qualitätsproblemen berichten Fachkräfte insbesondere von Schwierigkeiten beim Übergang in die Ausbildung und an weiterführende Schulen, wodurch mitunter Bildungsabbrüche erfolgen. Zudem wird in vielen Bundesländern von fehlenden Kapazitäten beziehungsweise fehlendem Schulzugang für über 18-Jährige und Schwierigkeiten durch rechtliche Hürden bei der Bildungsförderung berichtet, da etwa Asylsuchende aus bestimmten Herkunftsländern von Deutschkursen ausgeschlossen seien. Auch dies betrifft in erster Linie geflüchtete Jugendliche, die nicht aus den Top-5-Ländern kommen.

Handlungsbedarf besteht daher insbesondere bei jungen Volljährigen und zum Teil auch bei den 16- und 17-Jährigen. Damit nicht Kapazitäten und

Verteilungszufall über die Bildungsperspektiven entscheiden, begrüßt der Bundesfachverband das Konzept der erweiterten (Berufs-)Schulpflicht, welches in einigen Bundesländern eingeführt wurde. Gleichzeitig sollte der best practice-Austausch zwischen den Bundesländern insbesondere in Bezug auf den Übergang in die Berufsausbildung und an weiterführende Schulen gefördert werden, damit Bildungserfolge abgesichert und Bildungsabbrüche vermieden werden.

Die Heterogenität von Bildungsvoraussetzungen und bisherigen Bildungsbiographien junger Geflüchteter muss konzeptionell Berücksichtigung finden. Bildungsangebote müssen für junge Geflüchtete mit besonderen Voraussetzungen zugänglich sein, etwa für

überwiegend positiv bewertet wird, wird diese bei psychischen Erkrankungen von etwa der Hälfte der Befragten als schlecht oder sehr schlecht eingeschätzt. Zentrale Probleme sind lange Wartezeiten und die fehlenden Übernahmen von Sprachmittlungskosten.

Problematisiert wird von einem Teil der Fachkräfte auch, dass Minderjährige bei ihnen vor Ort über lange Zeiträume Krankenscheine statt Krankenkassenkarten erhielten. Dies würde zu Verzögerungen führen, darüber hinaus minimiere sich die Bereitschaft der Ärzt*innen, Behandlungsprozesse einzuleiten; der bürokratische Aufwand erhöhe sich zudem erheblich. Darüber hinaus wird oft von einem vorurteilsbehaftetem Umgang mit jungen Geflüchteten berichtet, etwa durch die Verweigerung der Aufnahme als Patient*in.

Die entscheidenden Faktoren sind jedoch Sicherheit, Freiheit von Angst und eine zuverlässige Zukunftsperspektive

junge Menschen mit Behinderung und für junge Mütter.

Große Lücken in der psychosozialen Versorgung

Bei psychischen Belastungen und Traumatisierungen der Jugendlichen fehlt es oft an professioneller Unterstützung. So schildert eine befragte Person aus Thüringen in Antwort auf die Frage, „Welche Besonderheiten/Schwierigkeiten bestehen bei Ihnen vor Ort im Bereich der Gesundheitsversorgung?“:

„In der vorläufigen Inobhutnahme und der Inobhutnahme, bevor es eine Krankenversicherungskarte gibt, ist die ärztliche Versorgung sehr schwierig. Häufig kommen Jugendliche mit diffusen Schmerzen bei uns an, wir können jedoch anfangs nicht zum Arzt. Bei der psychischen Versorgung gibt es große Probleme. Wartelisten bei Refugio und Co sind viel zu lang, und bei Therapeuten Plätze zu bekommen, ist sehr schwer. Zudem haben wir häufig traumatisierte und auch manchmal höchst (auto-)aggressive Jugendliche.“

Die psychosoziale Versorgung ist auch in dieser Umfrage weiterhin ein zentrales Problem. Während die Gesundheitsversorgung bei physischen Erkrankungen

von Sprachmittlungskosten. Minderjährige sollten so schnell wie möglich Krankenversicherungskarten erhalten, da das System der Krankenscheine zu Behandlungsverzögerungen führt und Diskriminierungen begünstigt. Die zuständigen Landesministerien sollten hierzu Handlungsempfehlungen erlassen.

Perspektiven und Akzeptanz

Die in vielen Fällen entscheidenden Faktoren sind jedoch nichts weniger als Sicherheit, Freiheit von Angst und eine zuverlässige Zukunftsperspektive. Diese Faktoren können ohne Aufenthaltsrechtliche Stabilität und gesellschaftliche Akzeptanz nicht gegeben sein. So antwortet eine befragte Person aus Sachsen auf die Frage: „Was stärkt die Jugendlichen im alltäglichen Leben aus Ihrer Sicht am meisten?“:

„Was die Jugendlichen stabilisiert, ist Akzeptanz und Empathie. Die Jugendlichen sollen ernst genommen werden und ihre Wünsche, soweit sie realistisch und realisierbar sind, sollen in der Betreuung berücksichtigt werden. Sowohl innerhalb der direkten Jugendhilfemaßnahme, als auch vor allem in der Zusammenarbeit mit anderen Behörden und Netzwerkpartnern! Sie sollten als ganz normale Jugendliche am Leben in

Im Bereich der Versorgung psychischer Erkrankungen muss daher dringend gehandelt werden. Hierzu gehören unter anderem der Ausbau der Strukturen der psychosozialen Zentren durch Bundes- und Landesmittel sowie eine gesetzliche Sicherstellung der Erstattung

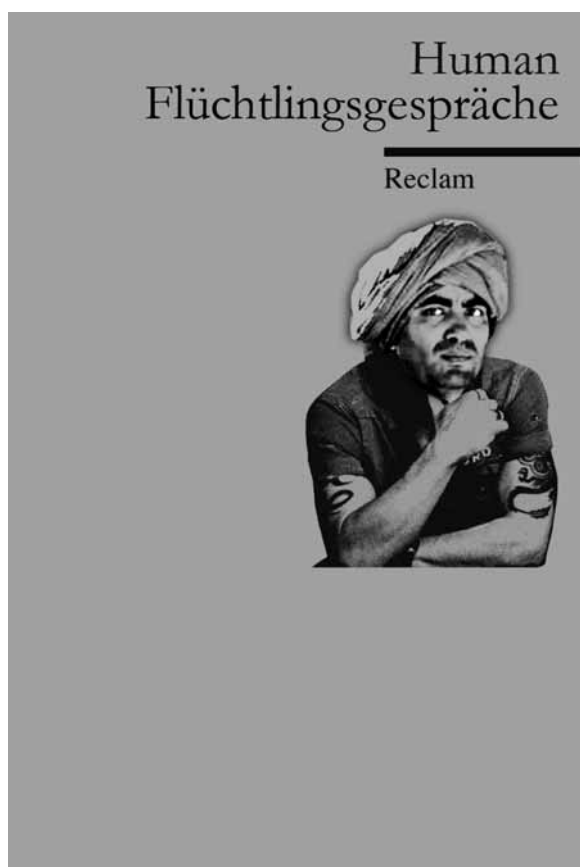
Johanna Karpenstein und Tobias Klaus sind Autor*innen der Studie "Die Situation unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge in Deutschland" und arbeiten als Referent*innen beim BumF

Deutschland teilnehmen können und ohne Druck und Angst vor Abschiebung leben können. Die gebotene Perspektive muss realistisch und verlässlich sein. Besprochene Optionen müssen auch umgesetzt werden oder eintreten."

Die aufenthaltsrechtliche Perspektive, die Zusammenführung mit Angehörigen und die Kontinuität in Betreuungsstrukturen sind von zentraler Bedeutung für das Wohl der Kinder und Jugendlichen. Gesetzgebung und Verwaltung müssen hier dringend nachbessern. Psychosoziale Versorgung, Familienzusammenführungen und aufenthaltsrechtliche Perspektiven müssen stärker ermöglicht werden als bisher.

Besorgniserregend ist die zunehmende Belastung durch Rassismuserfahrungen. Der BumF begrüßt daher Programme, die Rassismus und Diskriminierung entgegenwirken und die Jugendliche stärken. Wir appellieren an Medien und Politik, einen verantwortungsvollen Diskurs zu jungen Geflüchteten zu führen. Weiterführende und berufsbildende Schulen müssen sich vielerorts konzeptionell besser auf den Übergang von jungen Geflüchteten in die Regelsysteme einstellen und hierbei angemessen ausgestattet und unterstützt werden. Die Jugendhilfe sollte hierbei mit niedrigschwelligen Unterstützungsangeboten zur Seite stehen.<

Anmerkung der Redaktion: Die Umfrage, die dem Artikel zu Grunde liegt, steht online unter www.b-umf.de zur Verfügung („Umfrage unter 723 Fachkräften: Junge Flüchtlinge leiden häufiger unter Rassismus und Angst vor Abschiebungen“, 21.05.2019)



Flüchtlingsgespräche

Staffel 1 – Folge 6: Der Sinn des Lebens der beiden Geflüchteten, den Hauptprotagonisten dieses Gesprächs, ist zu überleben. In Bayern und Afghanistan. Die beiden, die durch eine der Sammelabschiebungen nach Afghanistan abgeschoben wurden, treten nach längerer Pause wieder in Kontakt. Von Human.

DER UNTERSETZTE: Salam Aleikum, Bruder.

DER GROSSE: Aleikum Salam.

DER UNTERSETZTE: Warum so wortkarg?

DER GROSSE: ...

DER UNTERSETZTE: Sag mal, willst du mit mir sprechen oder sollen wir es sein lassen?

DER GROSSE: Die New York Times schreibt hier, dass sich Donald Trump in die Luft gesprengt hat.

DER UNTERSETZTE: Das ist doch ein Witz. Das waren

bestimmt wieder die Clowntruppe um „The Yes Men“, wie sie damals auch das Ende des Afghanistankrieges gemeldet hatten.

DER GROSSE: Was weiß ich. Ist mir auch egal, was mit dem Vollidioten passiert. Und es ist auch egal, ob in Afghanistan Krieg ist oder nicht.

DER UNTERSETZTE: Umgangssprachlich Krieg meinst du.

DER GROSSE: Es interessiert doch eh niemand, was in Afghanistan los ist.

DER UNTERSETZTE: Ein Witz ist auch der Herr Sommer vom Bundesamt zu Aberkennung und Bekämpfung von ausländischen Flüchtlingen. Was muss in sein Kopf bloß vor sich gehen?

DER GROSSE: Frag den Autor dieses Gesprächs. Er hat zu lange da rein gestarrt und nun ist er in der Klapse. Aber jetzt erstmal langsam, langsam. Morgens wacht er bestimmt auf und pinkelt seinen Spargelpipi. Der Spargel ist bestimmt durch polnische Saison-Arbeiter-Hände gegangen. Wenn das der Sommer wüsste, müsste er erst mal kotzen.

DER UNTERSETZTE: Und er nimmt bestimmt zum Frühstück ein Croissant und Marmelade.

DER GROSSE: Selbstgemachte Erdbeermarmelade aus Deutschland. Herr Sommer steht am Herd und macht Marmelade.

DER UNTERSETZTE: Ich würde ihn persönlich Tonnen Erdbeeren liefern, damit er nicht mehr dazu kommt, Flüchtlinge zu beleidigen und seine Untergebene zu befehligen, Flüchtlinge zu verprügeln und aus dem Land zu schaffen.

DER GROSSE: Spargel ist genauso spannend wie der Strandkorb am Nordsee.

DER UNTERSETZTE: Oh ja, haben dich die Flüchtlingshelfer, nach dem sie dich 1000 Mal auf dem Berg gejagt hatten, auch zum Urlaub an die Nordseeküste zu den Robben mitgenommen?

DER GROSSE: Ja und Herr Sommer hat auch da Urlaub gemacht und die Robben mit dem Hammer die Köpfe zertrümmert. Er hatte in der einen Hand seinen Fischbrötchen und in der anderen Hand den Hammer. Er schrie die Robben an, sie seien über die Grenze illegal rüber geschwommen und müssen jetzt bestraft werden. Die Kinder um ihn herum haben geweint.

DER UNTERSETZTE: Also was für ein Unmensch dieser Herr Sommer.

DER GROSSE: Am Nordsee fand ich aber etwas anderes spannender: Wie die Deutschen organisiert Urlaub machen. Um 9 Uhr frühstücken. Von 10 Uhr bis 13 Uhr in Schlamm rumwaten. Fischbrötchen mit Pommes ins Gesicht schmieren. Dann am Nachmittag so tun als ob sie Spaß hätten und dann schnell duschen bevor sie in irgendein Restaurant zum Abend essen.

DER UNTERSETZTE: Die Promenade vor allem auf dem Deich. Wenn man das mit der Promenade in Italien, Frankreich und Spanien vergleicht, mit dieser Gemütlichkeit, Lebensfreude und Genuss, dann vergeht einem das Lachen beim Anblick auf Deutschland.

DER GROSSE: Dass der Sommer da Urlaub macht, ist kein Wunder. Bestimmt ist der Palmer auch dabei.

DER UNTERSETZTE: Mullah Horst auch. Und Hans-Christian Strache, der Österreich an irgendeine vermeintliche russische Oligarchin verkaufen wollte. Der wahre Patriot, genau wie Jelzin, der auch Russland den Geiern zum Fraß vorwarf.

DER GROSSE: Red Bull verleiht dir Flügel.

DER UNTERSETZTE: Und der Absturz ist umso härter. Strache, den dummen Hund habe ich das aus dem tiefsten Herzen gegönnt.

DER GROSSE: Herr Sommer mäht bestimmt in sein Garten auch die Blumen weg, damit keine Bienen da umschwirren, die sind auch illegal über die Grenze rüber gezogen. ‚Ich scheiße auf die Bienen, Artenschutz geht mir am Arsch vorbei, und die Grünen auch‘, denkt er sich.

DER UNTERSETZTE: Also was für ein Unmensch ist dieser Herr Sommer. Für ihn besteht der Sinn des Lebens bestimmt nur in Abschiebungen.

DER GROSSE: Wie laufen die Geschäfte?

DER UNTERSETZTE: Ich biete jetzt Pauschalreisen durch Europa an. Die Leute können sich bei mir anmelden und dann geht es los mit der Reise. Ich verlange 10.000 Euro und dann bekommen sie ein One-Way-Ticket von mir. Sie besuchen Polizeistationen in Athen, Gefängnisse in Budapest, Lager in Rom und wenn sie Glück haben, die Anker-Einrichtungen in Bayern.

DER GROSSE: Da war ich letzte Mal einen Freund besuchen. Der haust da in ein Zimmer mit acht Mann.

DER UNTERSETZTE: ‚Da soll er froh sein‘, wird der Afghanistanbeauftragte Mullah Horst sagen. Wer dort lebt, wird human behandelt und darf sich nicht beschweren.

DER GROSSE: Glück hat er bestimmt, weil wäre er in Österreich gelandet, hätte er sich nach den zehn Geboten der österreichischen Leitkultur bei den Österreichern bedanken müssen.

DER UNTERSETZE: Wofür bedanken? Dass sie in Lager untergebracht werden oder in Skirestaurants und Hotels Sklavenarbeit leisten müssen, dass sie in der Küche sich die Finger in heiße Wasser verbrühen oder von Nazis auf offener Straße jagen lassen? Oder sollen sie einfach froh sein, dass sie nicht gelyncht werden?

DER GROSSE: Die NSU hat wieder zugeschlagen und einen CDU-Politiker erschossen.

DER UNTERSETZE: Ich dachte nach den NSU-Morde haben die Leute in Deutschland „Nie wieder“ als ihre Lebensmotto herausgegeben.

DER GROSSE: Ich kann die Worte „Nie wieder“ nie wieder hören. Jetzt aber zurück zu Österreich: Nachdem die FPÖ verreckt ist, werden die Flüchtlinge bestimmt in Österreich in Freiheit leben.

DER UNTERSETZE: Der Kurz wird persönlich dafür sorgen, dass die Flüchtlinge weiterhin in Angst und Schrecken leben müssen. Der Gel-Kopf hat doch die FPÖ als Kettenhunde benutzt um seine rassistische Politik durchzusetzen. Der Kurz ist echt ekelhaft. Bin ich froh nicht in Österreich gelandet zu sein. Diese Alpenrepublik ist eine Bananenrepublik. Und dieses Ibiza-Video ist so ein Schmierentheater ohnegleichen.

DER GROSSE: Jetzt ist aber die österreichische Regierung zusammengebrochen und Neuwahlen stehen an. Da werden sicher wie auch in Deutschland die Grünen den Kanzler stellen.

DER UNTERSETZE: In Österreich haben die Grünen nicht so viel Glück wie in Deutschland. Sie raffen selbst nicht, warum die Leute sie wählen.

DER GROSSE: Die Leute raffen auch nicht, warum sie die Grünen wählen. Glück hattest du, dass du in Deutschland gelandet bist, wo dich Merkel streichelt und Herr Sommer verprügelt.

DER UNTERSETZE: Also was für ein Unmensch ist dieser Herr Sommer.

DER GROSSE: Glück hatte auch Herr Sommer am Nordsee nicht.

DER UNTERSETZE: Warum?

DER GROSSE: Während seiner Aktion mit den Robben sind kanakische Mädels aufgetaucht und haben die Kleinen um Herr Sommer beruhigt. Danach haben sie ihn zurückgedrängt und ihn umzingelt. Sie haben ihn aufs offene Meer gezwungen. Die Flut kam und er stand bis zum Hals im Wasser. Bis heute wissen wir nicht, was mit ihm geschehen ist. Er wurde nicht wieder gesehen, wie abertausende von Flüchtlingen, die im Mittelmeer sterben.

DER UNTERSETZE: Jetzt tut mir der Sommer dann doch schon leid, niemand hat so etwas verdient.

DER GROSSE: Nein, scheiße Mann, er ist aus dem Wasser gesprungen und hat die Mädels Abschiebescheide ausgehändigt.

DER UNTERSETZE: Und dann kamen die Brüder?

DER GROSSE: Nein, die liegen am Meeresboden im Mittelmeer.

DER UNTERSETZE: Bruder, das war jetzt so viel Meer. Es durstet mich nach Meer. Ich gehe jetzt das Meer suchen.

Er verschwindet.

DER GROSSE: Wenn er wüsste, dass Afghanistan kein Zugang zum Meer hat. Er sucht jetzt bestimmt lange. Es ist gut, er ist nun lange beschäftigt.

Fortsetzung folgt.<

*Human ist assim-
lierter Ausländer
und lebt an der
deutsch-afghani-
schen Grenze*

Darf es eine Duldung zweiter Klasse geben?

Am 7. Juni 2019 wurde im Bundestag ein Paket von sieben Gesetzen und Änderungen beschlossen. Das sogenannte „Geordnete-Rückkehr-Gesetz“ sieht eine neue Duldung vor; eine Duldung zweiter Klasse. Hubert Heinhold über den Inhalt und die Auswirkungen dieser neuen Duldungsart.

Der deutsche Bundestag hat am Freitag, den 7. Juni 2019, das sogenannte „Geordnete-Rückkehr-Gesetz“, treffender „Hau-Ab-Gesetz“ genannt, beschlossen. Dieses sieht in § 60 b Aufenthaltsgesetz die Einführung einer sogenannten Duldung-light vor. Diese „Duldung für Personen mit ungeklärter Identität“, so die offizielle Bezeichnung, unterwirft die Betroffenen vielfältigen Einschränkungen.

Von dieser Duldung-light sind alle Geflüchteten betroffen, denen vorgeworfen wird, dass die Abschiebung aus von ihnen zu vertretenden Gründen nicht vollzogen werden kann. Das ist der Fall, wenn sie über ihre Identität oder Staatsangehörigkeit getäuscht oder falsche Angaben gemacht haben oder wenn sie zumutbare Handlungen der Passbeschaffungspflicht nicht vorgenommen haben. So der Wortlaut des Gesetzes.

In § 60 b Aufenthaltsgesetz sind die Mitwirkungspflichten zur Beschaffung eines Passes oder Passersatzes detailliert aufgelistet. Neben der Pflicht zur

persönlichen Vorsprache bei den Behörden des Heimatlandes, der Teilnahme an Anhörungen und der Abgabe von Angaben und Erklärungen, Lichtbildern und Fingerabdrücken sowie der Zahlung der verlangten Gebühren wird von den Geflüchteten auch die Abgabe einer Erklärung über die freiwillige Rückkehr und Erfüllung der Wehrpflicht verlangt – selbst wenn das wahrheitswidrig ist. Das alles nicht nur einmal, sondern wiederholt, wenn die Ausländerbehörde sie dazu auffordert, weil sie sich jetzt einen Erfolg verspricht. Die Betroffenen müssen glaubhaft machen, dass sie diese Pflichten erfüllt haben. Dies kann auf Aufforderung der Ausländerbehörde dadurch geschehen, dass sie eine strafbewehrte eidesstattliche Versicherung abgeben.

Wer die Praxis kennt, weiß, dass es oft strittig ist, ob eine Täuschung oder ähnliches vorliegt und ob die verlangten Handlungen vorgenommen wurden oder nicht – die Botschaften und Konsulate stellen meist keine Bescheinigungen aus. Die Folge ist: Nicht selten werden die Behörden von Täuschungen oder einer mangelnden Mitwirkung ausgehen. Die Geflüchteten

Hubert Heinhold *ist*
Rechtsanwalt und
im Vorstand bei Pro
Asyl



können diese dann, wenn sie keine entsprechenden Nachweise vorlegen können, nur durch eine eidesstattliche Versicherung widerlegen. Wird dieser aber nicht geglaubt, sind Strafverfahren die Folge, die wegen der allgegenwärtigen Vermutung der Möglichkeit einer Passbeschaffung bei entsprechender Mitwirkung oft zu fragwürdigen Verurteilungen führen werden.

Darüber hinaus unterliegen Personen mit einer Duldung-light einem generellen Arbeitsverbot und einer Wohnsitzauflage. Die Zeiten mit der Duldung-light werden nicht bei anderen Bleiberechtsregelungen angerechnet. Die Betroffenen unterfallen im vollen Umfang den durch das „Hau-Ab-Gesetz“ verschärften Leistungseinschränkungen des Asylbewerberleistungsgesetzes.

Duldung zweiter Klasse

Die Neuregelung schafft in Missachtung des grundgesetzlichen Verbots der Einschränkung des Existenzminimums aus migrationspolitischen Gründen

„Geduldete 2. Klasse“. In Zusammenschau mit den sonstigen Verschärfungen des „Hau-Ab-Gesetzes“ – insbesondere den erheblich erleichterten Möglichkeiten der Inhaftnahme –, wird die Anzahl der Personen mit einem illegalisierten Aufenthalt erheblich zunehmen und weitere sozial unerwünschte Folgen nach sich ziehen – von der Schwarzarbeit bis zur Kriminalität.

Da das Gesetz insgesamt auf Drohpotenzial und Repression setzt, werden hierdurch nicht nur die getroffen, die früher oder später ausreisen, sondern auch die, die – aus welchen Gründen auch immer –, hierbleiben werden. Und das sind nicht wenige, wie die Erfahrung gelehrt hat. Einschüchterung aber fördert keine Integration. Die Missachtung des Grundgesetzes und menschenrechtlicher Positionen, die dieses Gesetz kennzeichnet, beschädigt die Demokratie gerade in den Tagen, in denen 70 Jahre Grundgesetz gefeiert werden. Den verlogenen Festtagsreden müssen wir dieses und andere derzeit diskutierte Änderungsvorhaben im Bereich des Asyl- und Ausländerrechts entgegenhalten.<



Wie bringt uns Kunst zusammen?

Ich bin Mirna Salah, ich komme aus Damaskus. Ich habe dort an der Kunsthochschule studiert und den Bachelor in Bildhauerei abgeschlossen. Damaskus ist die zweitälteste bewohnte Hauptstadt in der Welt. Es ist eine alte archäologische Skulptur.

Ich habe als Künstlerin mehrmals an Ausstellungen in Syrien teilgenommen und einmal den dritten Platz bei einer Ausstellung für Jugendliche gewonnen. Ich bin in verschiedenen Kunstbereichen tätig, unter anderem male ich gerne mit verschiedenen Materialien wie Öl und Acryl.

Vor vier Jahren habe ich mit Bildhauerei und Malerei angefangen und interessiere mich für die Frau und die Schönheit des Körpers der Frau. Der Körper der Frau ist Kunst. Die Kunst, ob als Malerei oder Skulptur, hilft diese Schönheit zu zeigen.

Ich habe gemerkt, dass man mit Malerei kleine Einzelheiten

*zeigen kann, weil Frauen viele heimliche Details haben. Deswegen habe ich diesen Weg ausgewählt. Frauen sind in allen Fällen schön. Dünn, dick, mit Schwangerschaftsstreifen, mit Narben, dunkle Hautfarbe, weiß, schwarz. Ich konzentriere mich auf meine letzten Arbeiten, an denen ich gerade arbeite. Ich zeige den Kunstkenner*innen in wie vielen Farben dieser Körper geheimnisvolle und aufregende Details enthält.*

Seit ich in Deutschland angekommen bin, versuche ich eine Chance zu bekommen, meine Ideen in der Bildhauerei und Malerei zu präsentieren. Die Skulptur ist eine Verkörperung der Realität. Mit den drei Dimensionen der Skulptur kann man sich der Arbeit nähern und sie fühlen.

Ich finde, dass Kunst viele Kulturen zusammenbringt. Und nur durch die Kunst sieht man die Welt ganz nah beieinander, es gibt niemals einen Unterschied. Kurz gesagt, Kunst bringt uns zusammen.









„Die Angst vorm Sterben hemmt das Leben“

Viele Menschen fürchten sich vor Sterben und Tod. Das ist für manche so schlimm, dass sie nicht einmal ihre Freund*innen und Angehörigen auf diesem Weg begleiten können. Die langjährige Hospizausbilderin Verena von Plettenberg macht im Gespräch klar, wie diese Furcht das eigene Leben behindert und was jeder tun kann, damit sich die Angst verringert. Von Christine Wolfrum.

Wie geht es Ihnen, wenn Sie an Ihr eigenes Sterben denken?

Die Angst vorm Sterben, mich der eigenen Endlichkeit zu stellen, war der Motor, warum ich zur Hospizarbeit gekommen bin.

Wann kam die Angst?

Da war ich gerade mal sechs Jahre alt und fürchtete mich davor, dass meine Mutter sterben könnte. Ein Leben ohne sie: unvorstellbar, unbegreiflich. Als ich als junge Frau meine beste Freundin, eine junge Mutter von drei Kindern, die ich bis zu ihrem Tod begleitete, durch Krebs verlor, wurde mir klar, dass ich mich mit diesem Thema auseinandersetzen und Ängste abbauen muss. Vor dieser über-großen Furcht auf der Flucht zu sein, ist sehr anstrengend. Das macht jeden irgendwann atemlos.

Was taten Sie dagegen?

Vor mehr als 25 Jahren ließ ich mich zur Hospizbegleiterin ausbilden. Seitdem ich mit dem Sterben konfrontiert bin, hat meine Lebensqualität immens zugenommen – bin ich überhaupt erst lebendig geworden.

Wie soll das gehen?

Alles, was wir nicht kennen, was uns fremd ist, womit wir uns nicht beschäftigen, macht uns Angst, egal ob unbekannte Menschen, neue IT-Programme oder das Sterben. Das habe ich oft bei meiner Arbeit gesehen. Eine Freundin von mir starb hier auf der Palliativstation im Harlachinger Krankenhaus in München. Als es zum Ende hin ging, kamen immer weniger Familienmitglieder und Freund*innen sie besuchen.

Traurig. Dann rief ich bei ihnen an und fragte ohne Vorwurf: „Sie vermisst euch. Was ist es, das euch hindert zu kommen?“ Von fast allen bekam ich die Antwort: „Es ist die Angst, die Auseinandersetzung mit der eigenen Sterblichkeit.“ Diese Vorstellung – das kann mir genauso passieren –, wollen viele aus ihrem Leben verdrängen. Meiner Meinung nach kostet das sehr viel Kraft, weil um uns herum ständig gestorben wird.

Und diese Extraportion an Kraft und Vitalität haben Sie, um besser zu leben?

Ja. Ich lebe jetzt, in diesem Moment und habe wirklich innerlich begriffen, nicht nur kognitiv, dass mein Leben endlich ist. Diese umfassende Erfahrung drückt jeden ins Leben.



Verena von Plettenberg *arbeitet als Hospizausbilderin, Hospizbegleiterin, sowie Krisenpädagogin und Coach in München*

Wie wirkt sich das bei Ihnen aus?

Es bringt eine neue Qualität ins Leben. Ich schiebe Dinge nicht auf. Will ich etwas Nettes sagen, tue ich es gleich. Will ich um Verzeihung bitten, mache ich das auch sofort. Ich habe eine Patientenverfügung, eine Vorsorgevollmacht und eine Betreuungsverfügung, da müssen meine Angehörigen nicht raten, was und wie ich es am Lebensende wünsche. Worum geht es eigentlich in diesem Leben? Für mich sind es nur die Spuren der Liebe, die bleiben. Vielleicht noch ein guter Satz, den ich von jemandem mitbekommen habe oder eine gute Idee. Diese Dinge leben weiter.

Was bedauern Sterbende am häufigsten?

Viele dieser Menschen sagen: ‚Hätte ich doch mehr Mut gehabt, das zu leben, was ich tatsächlich gerne gemacht hätte!‘ Sie bedauern oft, nicht den Beruf ausgeübt zu haben, den sie eigentlich hätten machen wollen. Etwa, weil die Eltern sich das so wünschten oder das Sicherheitsbestreben zu groß war. Andere haben in Beziehungen gelebt, die ihnen nicht gut getan haben. So erinnere ich mich an eine Dame, die einem Einzigen, nämlich ihrem Mann, verbot, sie am Lebensende in der Harlachinger Palliativstation zu besuchen. Mit ihm hatte sie 40 Jahre zusammen verbracht! Manche hätten noch gern eine Weltreise gemacht, weniger gearbeitet, sich mehr Freizeit mit den Kindern gegönnt. Jetzt ist es zu spät. Es geht mir sehr nahe, wenn jemand sich nicht auf die Reise zu sich selbst gemacht hat, sich fragte: Wer bin ich, was brauche ich? Für mich ist das eine schwere und sehr traurige Vorstellung.

Hat sich im Lauf der Jahre – Sie begleiten Sterbende seit rund 25 Jahren – etwas verändert?

Heute sind viele Menschen sehr allein. München ist bekannt für seine vielen Singles. Es fällt mir auf, dass ich inzwischen häufig Menschen begleite, die selten Besuch bekommen. Vielleicht hat jemand zu viel gearbeitet, konnte sich nicht um Freundschaften kümmern. Das war vor 25 Jahren noch anders. Für mich ist das auch ein Hinweis darauf, ein gutes Miteinander in der Familie zu haben, Freundschaften und soziale Kontakte zu pflegen.

Was macht die Hospizarbeit so wichtig?

Um am Ende des Lebens nicht alleine zu sein, ist die Hospizarbeit ein Segen. Doch nicht nur für diese Menschen sind wir da, sondern auch, um die Familien zu entlasten.

Wurden Sie auch schon mal um aktive Sterbehilfe gebeten?

Ja. Doch aktive Sterbehilfe ist für uns Hospizhelfer*innen ausgeschlossen. Konnte auf der Palliativstation der Arzt, die Ärztin körperliche Schmerzen auf ein erträgliches Maß reduzieren, wird der Wunsch zu sterben relativ schnell weniger. Oft erfuhr ich aus Gesprächen, dass der psychische Schmerz der Kranken viel größer ist als der körperliche.

Wie meinen Sie das?

Sterbende möchten die Angehörigen entlasten. Sie merken, dass es zu viel für die anderen wird, sie ihre Familienmitglieder mit der jetzigen Situation total überfordern. Dann fallen Sätze wie: ‚Ich falle den anderen nur zur Last‘. Oder: ‚Die Angehörigen wollen, dass das endlich vorbei ist.‘ ‚Ich bin schon

zu lange krank.‘ Wenn sterbende Menschen von Schmerzen sprechen, habe ich gelernt, mich nicht auf den körperlichen zu fokussieren, sondern zu erkennen, dass häufig der psychosomatische Schmerz im Vordergrund steht.

Welche Konsequenzen hat das?

Wenn ein Mensch den Wunsch äußert: ‚Ich möchte jetzt sterben‘, sollten wir immer nachfragen, woher dieser Wunsch kommt. Viele haben auch psychische Schmerzen, weil sie nicht wissen – wie wird mein Sterben aussehen. Da ist es wichtig, dass es die Palliativmedizin gibt. Dass es Palliativstationen, sowie ambulante und stationäre Hospizbegleitung gibt. Schon oft hörte ich von Patient*innen: ‚Ich habe mich hier so wohlfühlt.‘ Für mich sind die Sterbenden die Lehrmeister*innen, weil sie mir voraus sind. Jede*r hat seine Spuren in meinem Leben hinterlassen.<



Angriff der Killertomaten

*Das kapitalistische Glücksversprechen und die Kapitulation vor dem Gemüseregal.
Niemand kommt hier lebend raus*

Es gibt keine richtigen Tomaten im falschen Leben

Von Jan Kavka.

Man glaubt gar nicht, wie schwer es ist, Tomaten zu kaufen. Hier im Supermarkt. Also ideologisch, nicht physisch. Fleischtomaten, Kirschtomaten, Cocktailtomaten, regionale, die in einer Plastikschaale mit Plastikfolie außenrum verpackt sind, aus Spanien kommende, die zwar auch eine Plastikfolie außenrum haben, aber in einer Pappkartonschaale liegen, und lose große, die aus den Niederlanden kommen. Welche von denen haben jetzt die beste Ökobilanz und den kleinsten CO₂-Abdruck? Nun, die regionalen haben das meiste Plastik, das erst aufwendig hergestellt werden muss und am Ende einen Haufen Müll hinterlässt. Die aus Spanien hinterlassen etwas weniger Müll, mussten aber wesentlich weiter transportiert werden. Die Anbaumethoden in Spanien sind meist auch eher fragwürdig. Riesige mit Plastik abgedeckte Feld-Landschaften, die das Wasser der gesamten Region verbrauchen. Plantagen, auf denen aus oder über Marokko Geflüchtete für einen mickrigen Lohn giftige Pestizide austragen müssen. Nun, die aus den Niederlanden haben keine Verpackung und mussten auch nur relativ kurz transportiert werden. Dafür schmecken sie nicht. Niemand mag diese großen, wässrigen Tomaten. Wer so etwas kauft, offenbart nur seine kulinarische Inkompetenz und schneidet wahrscheinlich auch seine Spaghetti.

Ich könnte auch zum kleinen Obst- und Gemüseladen um die Ecke gehen. Man soll ja eh die kleinen Geschäfte unterstützen und nicht die großen Ketten. Im kleinen Laden werden wenigstens keine namenlosen Mitarbeiter*innen ausgebeutet, da beutet sich die Besitzerin noch maximal selber aus. Und den Rest der Familie. Sechszehnstundentag, Sechstageswoche. Aber sie hat lose Tomaten. Zwar die großen, aber besser schmeckende. Allerdings kommen die aus Italien und dort ist die Arbeitssituation kaum anders als in Spanien. Geflüchtete dürfen für Hungerlöhne das Essen für Länder produzieren, in die sie selber nicht

gelassen werden. Für Tomaten gilt Schengen, für Afghanen nicht. Tomaten würde die EU auch nicht im Mittelmeer ersaufen lassen.

Dann eben zum Biomarkt eine Straße weiter. Keine Plastikverpackungen, nur diese braunen Papiertüten. Die übrigens nicht aus recyceltem Papier hergestellt werden können und mehr CO₂ in der Produktion erzeugen als Plastiktüten. Allerdings sind sie abbaubar, wenn man sie in den Wald oder ins Meer schmeißt. In Bayern haben wir aber sowieso kein Meer. Lose Tomaten aus irgendeinem „heimischen Bio-Anbau“. „Heimisch“, das klingt nach Volk und Scholle und identitärem Müll. Es gibt auch einen Haufen Bio-Bauern, deren Grün schon ganz braun geworden ist. Und esoterische Spinner wie Demeter, die klein-geriebenes Kuhhorn verbuddeln, damit die Ernte besser wird. Wer sowas gut findet, lässt auch seine Kinder nicht impfen und glaubt an Chemtrails. Oder daran, dass die Queen und Bill Gates Echsenmenschen aus der Hohlerde sind. Außerdem kann ich mir das Kilo Tomaten hier eh nicht leisten. Ich bin prekär beschäftigt und arbeite, um meine Miete bezahlen zu können, nicht um mir Essen zu kaufen.

So, und wenn wir jetzt alle wegen des Klimawandels sterben, bin ich schuld, weil ich die falschen Tomaten gekauft habe. Die Fehler, die in der Produktion begangen werden, werden den Konsument*innen zur Last gelegt. Es gibt kein richtiges Tomatenkaufen in der falschen Produktion. Das ist schlicht unmöglich. Doch angeblich sollst du mit dem ‚richtigen‘ Konsum die Welt retten können. Du hast keine Chance richtig zu handeln und musst dich am Ende auch noch schlecht dabei fühlen.

Statt den Tomaten kauf ich mir jetzt lieber Bier. Dessen Produktion ist zwar nicht weniger problematisch, mir aber nach genügend Konsum egal ...<

Jan Kavka ist prekär lebender Schriftsteller mit Schreibblockade



...oder einen Pink-Lady-Fruit mit Physalis...

„Immer denkts in mir“

Gabalier hat dieses Jahr den Karl-Valentin-Preis erhalten. Der rechte Volksdudler steht nun in einer Reihe mit geehrten Lichtgestalten wie Möllemann, Strauß und Heino. Viele Münchner Kulturschaffende zeigten sich empört. Warum er selbst nie einen Karl-Valentin-Preis annehmen würde, erläutert im Folgenden Florian Feichtmeier.

Er ist österreichischer Schlagersänger, er trägt seine Lederhosen wie eine Rüstung und das siehtlich stolz. Er beherrscht die in Vergessenheit geratene Kunst, aus dem eigenen Körper ein Hakenkreuz zu formen. Als Andreas Gabalier („Hodi odi ohh di ho di eh! Hodi odi ohh di ho di eh!“) 2019 von der Münchner Faschingsgesellschaft *Narrhalla* den Karl-Valentin-Orden erhielt, staunten einige nicht schlecht.

Gabaliers Musik habe gar nichts mit der Kunst von Karl Valentin zu tun, kritisierte etwa Sabine Rinberger vom Valentin-Karlstadt-Musäum. Die *Münchner tz* zitierte den Rechtsanwalt der Nachkommen Valentins mit den Worten, es sei nicht hinzunehmen, dass Gabalier „mit seinem offenkundigen Spiel mit faschistischen Symbolen [...] seiner Frauenfeindlichkeit und seiner Homophobie, mit dem Namen Karl Valentins in Verbindung gebracht“ werde. Mit „Valentinschem Hintersinn unvereinbar“ sei Gabaliers Wirken jedenfalls, lautet das Fazit des Münchner Stadtrats Thomas Niederbühl.

Eine empörte Stellungnahme jagte die nächste, Valentins bekanntem Bonmot folgend: „Es ist schon alles gesagt, nur noch nicht von allen.“ Die Münchner Grünen forderten in Reaktion zur Preisverleihung an Gabalier, zusätzlich einen städtischen Karl-Valentin-Preis einzurichten, also *Narrhalla* zukünftig den Rang abzulaufen.

In der Debatte fehlte allerdings: Valentin konnte zwar kein Hakenkreuz aus seinem Körper formen, aber er pflegte bessere Beziehungen zu hochrangigen Nazis, als sie Gabalier je haben wird. Die unterschiedlichen Stellungnahmen funktionierten nur, weil sie Teile des Lebens des Valentin Ludwig Feys im Dunklen lassen.

Schlaglichter auf eine ambivalente Figur

An Tieren konnte der junge Valentin bereits in jungen Jahren seinen Sadismus ausleben. Er schoss im Kindesalter mit der Steinschleuder auf Hunde, Hühner und Katzen. Letztere warf er in die Odigrube und köpfte Mäuse mit einem selbst gebauten Schafott.

Hunden band er Feuerwerkskörper an den Schwanz. Das ist nur ein kleiner Ausschnitt seiner selbst dokumentierten Tierquälereien, die teilweise 1977 im Spielfilm „Die Jugendstiche des Knaben Karl“ verfilmt wurden.

Er verstreute laut eigener Niederschrift „zahllose Scherben“ auf Spielplätzen. Die anderen Kinder sollten sich die Scherben beim Barfußgehen eintreten. Diese und andere Rohheiten wie beispielsweise unter Strom gesetzte Türklinken haben Herausgebende von Valentin-Werken in der Einschätzung bekräftigt, dass Valentin eine sadistische Ader gehabt habe. Den „Roten Daifi von der Au“ soll man ihn seiner Zeit gerufen haben.

Viele Jahre später wird Valentin mit seiner 1939 geborenen Enkelin das „Kissi-Spiel“ spielen. Dabei drückte Valentin seiner Enkelin ein Kissen aufs Gesicht. „Wahrscheinlich kommt daher meine Platzangst“, vermutet die Betroffene später in einem Interview.

Letztendlich schlug sich die Menschenfeindlichkeit Valentins auch in seiner Kunst nieder. Nicht nur in seinen letzten Jahren gipfelte sie an mehreren Stellen in buchstäblichen Vernichtungswünschen. Aus einem seiner letzten Texte:

„Vater unser im Himmel, erlöse den Menschen endlich von den Menschen. Diese Sippschaft ist nicht mehr wert, als dass Du sie vernichtest [...] Lasse Du harmlose Schneeflocken vier Wochen lang Tag und Nacht ununterbrochen auf die Erde fallen, dann ist der wahre Frieden auf Erden – Amen.“

Valentin und die Nazis

Valentin hatte von Kurt Tucholsky einst das Prädikat „Linksdenker“ erhalten und mit Berthold Brecht mindestens ein gemeinsames Filmprojekt und sicher einige Biere gestemmt. Dennoch waren Valentin die Nazis in der Praxis deutlich näher als die sozialistischen Verbände.

Der Regisseur Herbert Achternbusch warf in einem BR-Interview die richtige Frage auf: Dass „Valentin nicht ins KZ gekommen ist“, man ihn „eigentlich nicht politisch verfolgt hat, auch nicht drangsaliert hat, ist schon seltsam. Alle anderen mussten abhauen, die

Kollegen, Thomas Mann, Brecht, Feuchtwanger. Und der Valentin ist einfach in München sitzen geblieben und hat geschmort“.

Der Grund ist simpel: Valentin war in Nazi-Kreisen beliebt. „Ich habe oft genug über Ihre Aussprüche gelacht“, sagte Hitler laut dem *Spiegel* 1937 gegenüber Valentin. Hitler zählte auch zum Gratulierenden-Stab an Valentins 60. Geburtstag 1942. Die von Valentin selbst erfasste Liste mit dem Titel „Alle Diejenigen, die mir zu meinem 60. Geburtstag gratuliert haben“, führte an erster Stelle folgende Nazis an: „Der Führer Adolf Hitler, Minister Adolf Wagner, Oberbürgermeister Fiehler, ...“ Als Valentin in Geldnot war, machte Hitler das Angebot, Valentins Postkartensammlung zu kaufen.

Der in Nürnberg zum Tode verurteilte Nazi-Kader Hans Frank, Generalgouverneur für Polen und einer

Einem Verantwortlichen der Alliierten gestand Valentin, dass auch er Hitler gewählt habe

der Hauptverantwortlichen für das Vernichtungslager Auschwitz, lud Karl Valentin noch 1943 dazu ein, vor bayerisch-österreichischen Soldaten in Krakau aufzutreten. Valentin lehnte ab, was allerdings auch auf seine allgemeine Ablehnung von längeren Zugfahrten zurückzuführen gewesen sein dürfte.

Während der NS-Zeit hatte Valentin nur wenige Engagements. Er wurde allerdings nicht boykottiert – im Gegenteil. Vom Jahre 1942 ab fristete Valentin sein künstlerisches Dasein hauptsächlich als monatlicher Autor der *Münchner Feldpost*, ein antisemitisches Einpeitsch-Organ für die deutsche Wehrmacht.

Noch im Januar 1945 fanden in der Feldpost Parolen Ausdruck wie: „Der Haß muß freie Bahn haben. Unsere haßerfüllte Gesinnung muß dem Gegner wie eine versengende Glut entgegenschlagen“ (Paul Gießler). Valentins Beiträge in der Feldpost waren keine hasserfüllten. Dennoch waren es nicht private, sondern Nazi-Engagements, die Valentin mehr schlecht als recht finanziell über Wasser hielten.



Es denkt in Karl Valentin

Valentin versuchte immer wieder mit den Sympathien ausgewählter Nationalsozialisten zu punkten: „Unser Führer und Reichskanzler selbst ist ein grosser Verehrer von mir und Fräulein Karlstadt“, führte er beispielsweise in einem Anschreiben an. Einem Verantwortlichen der Alliierten im Bayerischen Rundfunk gestand Valentin September 1945 in einem Schreiben, dass auch er Hitler gewählt habe.

Antisemitismus für sich genutzt

Die Konjunktur des Antisemitismus im nationalsozialistischen Deutschland wusste der Komiker für seine Interessen zu nutzen. Am 25.07.1937 erwähnte er beispielsweise in einem Schreiben an den Produktionsleiter der Tobis-Filmkunst, dass Heinz Rühmanns jüdische Ehefrau, Maria Bernheim, „nicht arischer Abstammung“ sei und fragte hintersinnig an, ob er sich nun auch scheiden lassen solle und „eine andersrassige Frau heiraten“.

Wie die Akten der ehemaligen Reichskulturkammer bezeugen, beschwerte sich der Komiker bereits im Jahre 1934 bei einem NS-Beamten über den Filmemacher Walter Jerven, mit dem er in einen Streit geraten war. Laut den Notizen des NS-Beamten hat Valentin im Gespräch durchblicken lassen, dass Jerven eigentlich „Samuel Wucherpfennig“ hieße. Jerven sah sich daraufhin genötigt, den Behörden einen „Arier-nachweis“ zu erbringen, was ihm gelang.

Im Jahre 1936 wandte sich Valentin mit einem Schreiben an keinen Geringeren als an den Hitlerstellvertreter Rudolf Hess, um sich Vorteile am Set gegenüber dem Regisseur Engels zu erwirken, mit welchem er schon vor der nationalsozialistischen Herrschaft zusammengearbeitet hatte. Sein Brief fand anklang. Die Behörde bat sich daraufhin aus, Valentins „besonders sensible Natur“ zu berücksichtigen.

Im „Kulturlexikon zum Dritten Reich“ (Frankfurt 2007) wird Valentins Wirken im Nationalsozialismus zusammengefasst: „Valentin biederte sich den Mächtigen an, verfaßte Bittschriften, führte immer wieder Hitler als Kronzeugen für seine Wünsche an.“

Valentin waren die Ereignisse im KZ-Dachau sichtlich egal

So bescheinigte es ihm beispielsweise der Dichter und 1933 entlassene Redakteur der *Münchner Neueste*

Nachrichten, Eugen Roth, in seinem Buch „Erinnerungen – Ein Lebenslauf in Anekdoten“ (1977). Der Dichter besuchte Valentins 1934/35 eingerichteten Gruselkeller. Dort wurden Wasserleichen, verhungerte Sträflinge und Folterknechte ausgestellt. Roth habe Valentin nach seiner Besichtigung des Kellers „rundheraus“ gesagt, dass er für diese „Abart seines Humors“ nichts übrig habe und „zur Zeit schon gar nicht, wo eine schaudervolle Wirklichkeit jeden fühlenden Menschen mit Abscheu und Entsetzen erfüllte – ob er [Valentin] denn von den Untaten in Dachau und in den Schinderstätten überall noch nichts gehört“ habe, so Roth.

Später wird Valentin noch weitere Dachau-Witze machen

Kurze Zeit später habe Valentin den Dichter beim NSDAP-Gauleiter und SA-Obergruppenführer Adolf Wagner denunziert, heißt es in Roths Memoiren. Als Valentin später Roth auf der Straße traf, soll er zu ihm gesagt haben:

„Sie, weil Sie g’sagt hamm, daß Ihnen mein Gruselkeller net g’fällt – am selben Nachmittag noch war der Gauleiter Wagner da, was meinen’S, wie der g’lacht hat! I hab ihm des erzählt, der Doktor Roth, hab i g’sagt, der hat sich aufg’regt, so was, hat g’sagt, braucht man jetzt net künstlich machen, wo’s doch in Dachau und so an der Tagesordnung ist!“

Später wird Valentin noch weitere Dachau-Witze machen. „Kennen Sie die längste Straße von München?“, fragte er beispielsweise. Das sei die Dachauer Straße, „da sind schon viele hinausgefahren, aber nie mehr zurückgekommen“, witzelt der Komiker. Ein weiteres Frage-Antwort-Spiel Valentins lautete: „Und wo kann man sich am besten konzentrieren?“ Die Antwort: „Im Konzentrationslager Dachau.“

Heute werden derartige Clownerien teilweise in subtile Widerstandsgesten umgelogen. Tatsächlich ist vorstehender Humor von einer Beschaffenheit, der auch SS-Mitgliedern gefallen haben dürfte. Zumindest haben sie den Holocaust-Architekten Hans Frank nicht davon abgehalten, Valentin noch 1943 nach Polen einzuladen.

Für Valentin endete die Meinungsfreiheit nicht 1933 sondern 1945. In einem Leserbrief an die neu gegründete *Süddeutsche Zeitung* schrieb er 1947: „Deppert daher reden, wie wir das 35 Jahre lange gemacht haben, dürfen wir nicht mehr – bleibt nix mehr übrig – als ganz stad sein.“ Das stimmt dahingehend, dass die NSDAP-Gauleiter nach 1945 rar geworden sind, mit denen sich über das KZ-Dachau schäkern lässt.

Was für den Komiker spricht (und wieder nicht)

„Am Karl Valentin wird sichtbar, wie die Existenz am Menschen nagt. Dieses Abgenagte [...] Da ist man in seiner eigenen Existenz ein bisschen wohler herumgekrochen.“ (Herbert Achternbusch)

Valentin aber war kein Produzent antisemitischer Pointen

Valentins Sketche tragen in sich ein beiläufiges antifaschistisches Moment. Sie sind zwar nicht gerade Reflexionen aus dem beschädigten Leben, aber immerhin dessen Darstellungen. Er verzweifelt detailverliebt an der Sprache des Alltags und befindet sich im Kampf mit den Objekten und Autoritäten. Es sind allerdings die alten Autoritäten (Kapellmeister, Oberkellner, Bürokratie, Direktion) über die sich Valentin lustig machte und über die sich Nazis ebenfalls gerne laut beömmeln konnten.

Valentin denunzierte tatsächliche und vermeintliche Juden und mindestens eine Jüdin beim NS-Regime. Aber er war kein Produzent antisemitischer Pointen wie seine Kollegen Weiß Ferdl oder Ludwig Thoma. Während bei diesen und ähnlichen Kollegen (allesamt Männer) ein gerüttelt Maß Judenfeindliches im Programm zu finden war, ist von Valentin bislang kein antisemitischer Kalauer bekannt – selbst in einer Zeit, als sich diese Witze gut verkaufen ließen.

Valentin erhoffte sich in seinen Anschreiben grundsätzlich Vorteile bei der Obrigkeit zu Lasten derer zu sichern, die bei den Oberen auf der Abschlussliste standen – ganz egal wer. So sendete Valentin beispielsweise im Oktober 1945 – als sich die Machtverhältnisse geändert hatten – an den wieder eingesetzten Bürgermeister Karl Scharnagl (CSU) ein Wohnungsgesuch.

Als „geborener Münchner“ nehme er an, dass er „längstens bis in vier Wochen eine wenigstens kleine Wohnung mit drei Zimmern und Küche bekomme [...] Es kann auch eine von Nazis abgelegte Wohnung sein“, stand in Valentins Bittschreiben.

Ein ähnliches Schreiben verschickte er an den Bayerischen Rundfunk, in dem er beklagte, dass zu viele nicht aus München stammende Personen im Radio gesendet würden und er als echter Münchner im Bayerischen Rundfunk damit unterrepräsentiert sei. Valentin hatte immer ein anbiederndes Verhältnis zur aktuellen Herrschaft. Deshalb ist sein 1936 wegen angeblichen „Elendstendenzen“ verbotener Film „Die Erbschaft“ kein Moment des Widerstands – wie stellenweise dargestellt. Der durchaus sehenswerte Kurzfilm (Youtube) ist tatsächlich ein gar nicht so subtiler Appell in Richtung NS-Administration, einen begnadeten Münchner Künstler auch in der neuen Zeit nicht in Armut versinken zu lassen.

Mit den Bomben auf München kam der Pazifismus

Vor dem Hintergrund der ersten Bombenangriffe der Alliierten auf München wandelte sich Valentin zum Gegner des deutschen Kriegstreibens. Das bildete sich auch in den zunehmend pazifistischen Beiträgen in der *Feldpost* ab, die er nach 1945 bei der US-Administration als Entlastungsbelege anführte. Zu seinen wenigen politischen zur Veröffentlichung freigegebenen Fotografien zählt eine Darstellung aus dem Jahre 1943, die Valentin abgemagert und gekrümmt zeigt, einzig mit gestreifter Unterhose und Hut bekleidet. Sein selbst gewählter Untertitel dazu: „Das letzte Aufgebot.“

Ein Film-Engagement des Regisseurs Herbert Seggelke lehnte Valentin 1944 mit den Worten ab: „Ich mache erst wieder Filme, wenn die Amerikaner in München sind.“ Valentin soll laut eines Zeitzeugen direkt nach einem Bombenangriff auf München einmal bemerkt haben, dass er hoffe, dass die Flugzeuge nicht abstürzen. Seine veröffentlichten Nachlass-Notizen beweisen an mehreren Stellen, dass sich Valentin spätestens ab 1943 einen Sieg der Alliierten herbeiwünschte.



Völkischer Rock'n'Roller

Andreas Gabalier übt sich in der in Vergessenheit geratenen Kunst, aus seinem eigenen Körper ein Hakenkreuz zu formen

Florian
Feichtmeier,
*Gewerkschafter, lebt
und staunt nicht
schlecht in München*

Valentin passt nicht zu Gabalier (und dann doch)

Valentin quälte Tiere und war kein Menschenfreund, wählte Hitler, denunzierte Juden und Jüdinnen und arrangierte sich bittstellend mit jeder herrschenden Autorität, die ihm vorgesetzt war. So gesehen war der Sohn einer hessisch-sächsischen Familie im Grunde ein ganz normaler bürgerlicher Münchner seiner Zeit. Dennoch biederte sich Valentin seinem Publikum nie an, sondern inszenierte Bitterkeiten und Verzweiflung. Der Sender *Radio München* sah sich nach Valentins erster Nachkriegs-Sendereihe, „Es dreht sich um Karl Valentin“, massiven Protesten ausgesetzt: „Wir wollen in dieser bitteren Zeit etwas wirklich Lustiges.“ Und: „Wir wollen Weiß Ferdl hören!“

Valentin war nie ein Volkskomiker. Er konnte bekanntlich mit der deutschen Kleinfamilie nicht viel anfangen, wie Inszenierungen und allein sein eigener Lebenslauf zeigen. Und „Vereine hat er gar net mögn“, sagte eine Zeitzeugin über ihn. Auch wenig Liebe brachte er dem entgegen, was man in Bayern seiner Zeit Tradition zu nennen pflegte. Valentin reimte einmal:

„Was Valentin nicht filmen will, sind: Bayerische Filme – Schuhplattlergestampf, Rauferei auf Kirchweih – Schmalznudelgedampf. Zum Kammerfensterl'n schleicht der Bua. Beim Bayernfilm ist alles da: Ha, ha, ha, ha.“

Drei der maßgeblichen Säulen des deutschen Faschismus: Kleinfamilie, Verein und dumpfe Traditionsriten waren Valentin offenbar zuwider. Das unterscheidet ihn von einem wie Gabalier. Dieser liefert mit torfdoofen Liedern wie „Bergbauernbuam“, „Daham bin i nur bei dir“, „Vergiss die Heimat nie“ oder „12 Ender Hirsch“ die Begleitmusik für die aktuelle völkische Erhebung in Deutschland und Österreich. Das lässt sich Valentin nicht vorwerfen.

Ein ganz anderer als Gabalier war Valentin dennoch nicht.<

200.000

Horst Seehofers Antwort auf alle Fragen. Von Dr. Stephan Dünwald.



Dr. Stephan Dünwald ist Ethnologe und arbeitet beim Bayerischen Flüchtlingsrat

„Aus den Erfahrungen der Vergangenheit kann ich sagen: In Deutschland haben wir keine Probleme mit dem Zuzug von 100.000 bis höchstens 200.000 Asylbewerbern und Bürgerkriegsflüchtlingen pro Jahr“, sagte der CSU-Chef der *Bild am Sonntag*. „Diese Zahl ist verkraftbar, und da funktioniert auch die Integration. Alles was darüber hinausgeht, halte ich für zu viel.“

Länger als ein ganzes Jahr, vom Winter 2015 bis zum Oktober 2017, quälte Horst Seehofer die Republik mit der „Obergrenze“ für Geflüchtete. Obergrenze, das war seine bayerische Geißel für die ungläubigen Regierungs- und Parteikolleg*innen in Berlin. Zeitweilig wurde Seehofers Insistieren als Altersstarrsinn oder auch Debität ausgelegt, letztlich hat er sich durchgesetzt. Es hieß dann zwar nicht Obergrenze, sondern Richtwert, aber seine Grenze setzte Seehofer durch, insbesondere gegen Angela Merkel. Insofern war 200.000 die Antwort Seehofers auf Merksels: „Wir schaffen das“. Nach der Bundestagswahl einigten sich die Unionsparteien darauf, dass die Zahl 200.000 als Richtwert zur Begrenzung der Zuwanderung aus humanitären Gründen gelten soll. Abgezogen werden sollen diejenigen, die abgeschoben werden oder ausreisen, dazu gerechnet die selbstständig eingereisten Asylsuchenden und die Geflüchteten, die Deutschland über Resettlement und Relocation aufnimmt. Mit Resettlement bezeichnet man die Geflüchteten, die aus Lagern in Drittstaaten nach Deutschland kommen dürfen, Relocation heißt die Übernahme von Geflüchteten aus anderen EU-Staaten, zum Beispiel Griechenland, Malta oder Italien.

Beides, Resettlement wie auch Relocation, fristet in Deutschland ein Schattendasein, randständig und unbeachtet. Dabei könnte beides sehr hilfreich sein: Über Relocation könnte Deutschland einen ordentlichen Beitrag dazu leisten, dass Geflüchtete nicht

länger zu Tausenden auf griechischen Inseln interniert werden. Man könnte wenigstens einen nennenswerten Teil nach Deutschland holen und ihnen hier ein Asylverfahren geben. Über Relocation könnten Geflüchtete zum Beispiel aus Libyen, für die der UNHCR händeringend Aufnahmeplätze sucht, nach Deutschland gebracht werden. Hier hat Deutschland zugesagt, 300 dieser Geflüchteten aus Libyen, vom UNHCR nach Niger evakuiert, aufzunehmen.

Jetzt kommt aber wieder Horst Seehofers Antwort auf alle Fragen ins Spiel: Wenn, wie in diesem Jahr erwartet wird, vielleicht 150.000 Geflüchtete nach Deutschland kommen, dann haben wir doch noch Luft nach oben. Wenn selbst Horst Seehofer sagt, 200.000 könnten problemlos integriert werden, würden sogar die Behörden nicht überlasten, worauf warten wir? Nutzen wir Horst Seehofers Obergrenze aus, und holen die bis 200.000 noch fehlenden Geflüchteten einfach her: aus Niger, aus dem Libanon, von den griechischen Inseln Lesbos oder Chios. Wir haben die Kapazitäten, Horst ist mein Zeuge.<

ORGANISIERT
⌘ DIE ⓐ
HINTERLAND-ANTIEA

Nach links offen
Fundstück aus Miesbach

Die nach Rechts offene Richter-Skala

Entgegen der landläufigen Meinung wohlmeinender Hippies gibt es sehr wohl dumme Fragen und solche, die es erlauben, die fragende Person zu verurteilen und – vorübergehend oder dauerhaft – aus Gesprächen auszuschließen, damit sie darüber nachdenken können, was für Holzköpfe sie sind. Dazu gehören Fragen wie: „Aber woher kommst du ursprünglich?“ „Bist du ein Mann oder eine Frau?“ „Darf man das überhaupt noch sagen?“ „Wie viel Vielfalt hält unsere Gesellschaft aus?“ „Gehört der Islam zu Deutschland?“ „Ist ein Hot Dog ein Sandwich?“ Sicherlich, bis zu einem gewissen Alter hat man noch Narrenfreiheit hinsichtlich blöder Fragen, aber spätestens mit Einsetzen der Pubertät sollten Menschen für so etwas mit einem nachgeholten Kindergartenjahr bestraft werden dürfen.

Aber ebenfalls entgegen landläufiger Meinung sind diese Fragen zwar bescheuert und unangebracht, aber durchaus nicht verboten, zumindest im juristischen Sinne. Tatsächlich gibt es Situationen, in denen die Zulässigkeit wirklich, wirklich dummer Fragen sogar konstitutionell verankert ist. Zum Beispiel im Falle parlamentarischer Anfragen.

Dieses Genre von Fragen muss explizit jede noch so hirnrissige Frage zulassen, weil sie nicht einfach nur der Informationsgewinnung dient, sondern ein wichtiges demokratisches Werkzeug ist. Insbesondere erlauben es Anfragen in Bundestag, Landtagen oder kommunalen Gremien auch oppositionellen Stimmen oder Fraktionen, politisch Einfluss zu nehmen. Parlamentarische Anfragen können Missstände aufzeigen, Öffentlichkeit für vernachlässigte Themen schaffen oder politisch Verantwortliche zur Rechenschaft ziehen.

In parlamentarischen Situationen sind dumme Fragen eben nicht nur dumme Fragen, sondern politische Werkzeuge, die man auf eigene Gefahr unterschätzt. Und ganz besonders dumme, ganz besonders gefährliche Fragen kommen seit nunmehr 11 Jahren im Münchner Stadtrat von Karl Richter, dem demokratisch gewählten Abgeordneten der *Bürgerinitiative Ausländerstopp (BIA)*. Personen, die nicht in München leben, sei unter Umständen verziehen, wenn sie Karl Richter nicht kennen sollten. Doch ach, jede kleine oder große Kommune hat ihre Karl Richters, und wer ein klein wenig politisches Verantwortungsbewusstsein hat, hat die Pflicht, seine*n Karl Richter gut zu kennen. Wer in München wahlberechtigt ist und Karl Richter nicht kennt, sollte sich schämen, denn er oder sie ist mitverantwortlich für ihn.

Karl Richter wurde 2008 mit 1,4% der Stimmen in den Münchner Stadtrat gewählt, zeigte während seiner Vereidigung den Hitlergruß, wurde dafür rechtskräftig verurteilt, versteht sich klasse mit *NPD*, *AfD* und *PEGIDA* sowie allen möglichen gewaltbereiten Neonazis und Menschenfeinden, und hat keinerlei legislative Macht, da niemand im Münchner Stadtrat mit ihm kooperiert oder ihn auch nur zur Kenntnis nimmt. Er darf in keinem Ausschuss teilnehmen, ist der einzige, der für seine eigenen Anträge stimmt, und während der ihm zustehenden Redezeit gehen die anderen Stadträt*innen kurz eine rauchen, spielen Candy Crush oder nutzen die Zeit, noch mal schnell zu masturbieren, eventuell.

Aber obwohl Karl Richter keinerlei legislative Macht hat, ist er brandgefährlich; seine politische Macht ist symbolisch und destruktiv und fußt auf seinem Recht, als gewählter Stadtrat Anfragen zu stellen. Er nutzt



Tante Tuuli *hieß* letztes Mal noch Tante Tom. Was sich dadurch ändert? Im Grunde nichts. Wo vorher die Kolumne eines verbitterten, altmodischen und griesgrämigen Mannes mit instabiler Geschlechtsidentität war, ist nun und soll fürderhin immer bleiben, die Kolumne einer verbitterten, altmodischen und griesgrämigen Frau mit fröhlicher Behaglichkeit in ihrer Weiblichkeit. Die Tante bleibt und war immer schon da – bloß jetzt noch *tantiger*.

diese Macht, ausdauernd, intensiv, ohne Rücksicht auf Sinn, Verstand, Anstand – aber in sehr deutlichem Wissen darüber, welchen Schaden er mit diesem vermeintlich minimalen politischen Werkzeug anrichten kann.

Auf rein inhaltlicher Ebene sind seine Anfragen geschmacklos, irreführend und hetzerisch. Alleine im Jahr 2019 waren es bereits mehr als 30, die meisten

Wahlplakate entfernt werden (23.05.2019) oder aber er selbst, ein „gewählter Münchner Stadtrat“ (leider wahr) nicht das Recht bekommt, eine öffentliche Holocaust-Gedenkveranstaltung dazu zu nutzen, vor Publikum zu erklären, wieso er selbige Gedenkveranstaltung ablehnt (28.01.2016, und ja, das ist genauso widerlich und verdreht, wie es sich liest). Um sein Portfolio abzurunden, will er zwischendurch auch wissen, wieso, wie stark und wie die Stadt die *Israelitische*

Kultusgemeinde schützt und unterstützt (10.04.2019). Und als Beweis dafür, dass Nazis für Deutsche ebenso gefährlich sind wie für nicht-Deutsche, stellt er auch die Frage, ob das Wahlrecht für „Behinderte und Insassen psychiatrischer Krankenhäuser“ wirklich sein muss (16.04.2019).

Die Anfragen aber müssen beantwortet werden, darauf hat Richter Anspruch

davon in erster Linie ausländerfeindlich (oder, wie Richter bevorzugt, „inländerfreundlich“, soviel zum Thema Kotzen). Am 05.06. fragt er, was die Stadt gegen „Schmuggel-Tabak“, „Schwarzarbeit“ und „Kriminalität“ in Shisha-Bars unternähme. Am 07.01., ob die Verursacher der „Zusammenrottungen“ und „Verwüstungen“ im (geradezu lächerlich ruhigen und beschaulichen) Stadtteil Neuaubing von „Multi-Kulti-Banden“ oder gar „Junkies“ ausgingen. Am 15.05., inwieweit die Stadt „Kinder, Jugendliche und Frauen vor ‚Flüchtlings‘“ schütze (ein Wort, dass Richter prinzipiell in Anführungszeichen setzt). Am 29.05. interessiert ihn, wie hoch der finanzielle Schaden ist, der der Stadt durch den „Ärger mit ausländischen Kfz-Haltern“ entsteht.

Insbesondere die gemeinnützige Wohngenossenschaft *Bellevue di Monaco*, die Geflüchteten Wohnraum, Infoveranstaltungen und Freizeitmöglichkeiten bietet, ist Richter ein Dorn im Auge. Wie viel das Projekt „den Steuerzahler“ koste (14.04.2018). Wie groß die Familien seien, die dort wohnen (14.06.2018). Ob die Bewohner*innen nach einem Brand in einer der Wohnungen strafrechtlich zur Verantwortung gezogen würden (24.01.2018). Wieso städtische Mitarbeiter*innen dort Beratungen anböten, während Deutsche in anderen Behörden gleichzeitig Schlange stehen müssten (20.05.2019).

Um kurz Pause von Hetze gegen migrantisierte Menschen zu machen, nutzt Richter zwischendurch sein Mandat, um die Diskriminierung von Nazis zu beklagen: Wenn beispielsweise extremistische NPD-

Das Problem ist nicht (nur), dass Richter als Stadtrat diesen gefährlichen, hassgefüllten Müll öffentlich von sich geben kann – wenn es nur das wäre, könnte man ihn notfalls ignorieren, so wie im Falle seiner Anträge, Reisende in öffentlichen Verkehrsmitteln mit „stichsicheren Schutzwesten“ auszustatten (25.07.2018) oder Etablissements, die auch Rechtsradikale bewirten, mit einer Medaille zu ehren (16.09.2016). Anträge können tatsächlich einfach vom Rest des Stadtrates ignoriert werden.

Die Anfragen aber müssen beantwortet werden, darauf hat Richter Anspruch. Und die fristgerechte, korrekte und parlamentarisch nicht zu beanstandende Antwort auf selbst die hässlichste, irreführendste und falscheste Anfrage darf sich eben nicht in „Was für ein Schwachsinn, halt's Maul, du Stück Scheiße, nichts davon hat mit der Realität zu tun“ erschöpfen. Dass die Prämissen der Anfragen schlicht erfunden sind (messerstechende Geflüchtete, Bürgerkrieg in Neuaubing, Steuergelder für Luxus-Unterkünfte, et cetera), muss anhand zuverlässiger Daten in der Antwort widerlegt werden.

Um zu beweisen, dass etwas Erfundenes nicht existiert, müssen – pro Anfrage – teilweise Dutzende Mitarbeiter*innen der Stadt aus verschiedenen Fachstellen und Referaten (Wohnen, Migration, Bau, Verwaltung, Kultur, Kämmerei) ihre eigentlichen Aufgaben beiseite legen, sich koordinieren, Informationen und Dokumente sammeln, herausfinden, was beantwortet werden kann und was nicht (weil erfunden), und währenddessen die strengen parla-



Verbitterter alter Mann mit kleinem Ego und großem Hass

mentarischen Richtlinien eingehalten sowie die Kotzübelkeit erduldet werden, die die Auseinandersetzung mit solchem Müll verursacht.

Es mag albern und traurig wirken, wie ein einsamer alter Mann vermeintlich wirr redet und niemand ihm zuhört. Es mag wie ein Sieg für die bürgerliche Demokratie aussehen, wenn alle Parteien sich darauf einigen, ihn einfach zu ignorieren. Es mag einfach sein, darüber zu feixen, dass die online-Quellangaben, die Richter in seinen Anfragen angibt, aussehen wie Babys erste Proseminararbeit, inklusive Abrufdatum und Uhrzeit (üblicherweise zwischen 01:00 und 03:00 Uhr nachts). Und es mag danach aussehen, als wäre das alles für eine freiheitliche Gesellschaft und Stadtverwaltung nicht mehr als eine alberne Ablenkung, wenn Richter fragt, welche Unsummen neugeborene Kinder von Geflüchteten die Sozialkasse nach SGBXII kosten, und die Antwort der Sozialreferentin lautet, dass „wegen der geringen Zahl der betroffenen Kinder eine händische Auswertung möglich [ist]: Ein Kind bezieht derzeit unter den in der Frage aufgeführten Bedingungen Leistungen nach dem SGB XII“.

Aber ganz zu schweigen davon, dass es neben den Karl Richters der Welt, die *AfD* mittlerweile tatsächliche parlamentarische Macht hat, sei all denen, die ihn für eine Witzfigur am Rande der politischen Relevanz halten, gesagt sein: Erstens, ihr seid wirklich dumm. Zweitens, denn Richter hat schon längst gewonnen, egal, wie sehr wir ihn ignorieren und verspotten. Rechte, Rassist*innen und Neonazis verschwinden so genauso wenig wie dadurch, dass man mit ihnen redet. Sie verschwinden, indem man sie als die gefährlichen, verbrecherischen Menschenfeinde erkennt, die sie sind und dann hart daran arbeitet, dass sie nicht politisch aktiv sein können.

Karl Richter mag als Stadtrat ein Recht darauf haben, Antworten auf seine ekelhaften und irreführenden Fragen zu erhalten. Er hat keinen Anspruch darauf, zum Stadtrat gewählt zu werden. Jede in Deutschland

lebende Person muss sich selbst die Frage stellen, wieso sie es zugelassen hat, dass er dort ist, wo er ist, und mit ihm alle rassistischen und menschenfeindlichen Arschlöcher in politischen Positionen.

In der Zwischenzeit haben wir als vertretenes Volk allerdings auch das Recht, unseren Volksvertreter*innen Fragen zu stellen. Deswegen kann man auch problemlos über seinen Internetauftritt oder die Anfragen selbst, die auf der Homepage der Stadt München öffentlich zur Verfügung stehen, seine Kontaktinformationen in Erfahrung bringen und sich bei ihm melden. Ich weiß nicht, ob seine Antworten irgendwem nützlich sein können, und ihn zum Beispiel je Hinterland-Leser*in dreimal täglich zu fragen, wieso er nicht öfter lächelt, wird das Problem auch nicht lösen.

Aber Fragen darf man doch wohl noch.<



1
Wohnen



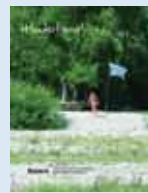
2
Nachbarn



3
Anziehsachen



4
Sex



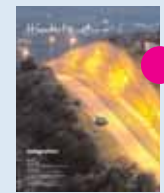
5
Bayern



6
Essen



7
Rassismus



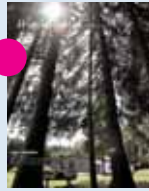
8
Integration



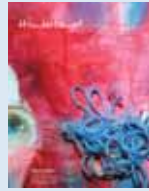
9
Arbeit



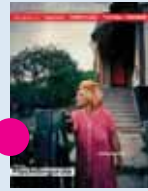
10
Polizei



11
Lager



12
Links



13
Antiziganismus



14
Alter



15
Afrika



16
Sortieren



17
Jubiläum



18
Grenze



19
Abschiebung



20
Paternalismus



21
Unterhaltung



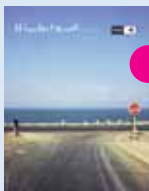
22
Vernetzung



23
Reisen



24
Sprache



25
Asyl



26
Liebe



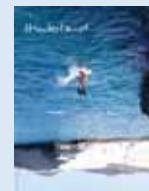
27
Fluchthilfe



28
Was tun?



29
Dublin III



30
Was geht?



31
Mob



32
Sicher



33
Kaputt



34
Privat



35
Abschiebung



36
Strategie



37
Stadt, Land,
Flucht



38
Gender



39
Europa



40
Bildung



41
Abschiebehaft

Hinterland

Sie ist kritisch, parteiisch und außerdem schön anzusehen - so wie ihre Leser*innen. Das menschenfreundliche Magazin des Bayerischen Flüchtlingsrats kreist immer wieder um die Themen Flucht und Migration, aber eben nicht nur. Die Hinterland gibt es nicht am Kiosk, also holt euch gleich ein Abo auf www.hinterland-magazin.de/bestellen/

Die markierten Ausgaben sind
leider bereits vergriffen



sea-watch.org/spenden/

**HILF UNS, LEBEN ZU RETTEN.
SPENDE FÜR SEA-WATCH!**

SPENDENKONTO:

IBAN: DE77 1002 0500 0002 0222 88

BIC: BFSWDE33BER | Bank für Sozialwirtschaft

INHABER: Sea-Watch e.V.

**SEENOT-
RETTUNG
AN EUROPAS
GRENZEN**

